INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

UNSER SOLIDARBEITRAG:

DEN GÜRTEL ENGER SCHNALLEN!



Nr. 179

6. Februar 1992

Vorwort

Diese Ausgabe enthält den Schwerpunkt "Kampf gegen die Arbeit". Die "Wildcat" hat uns freundlicherweise einige Texte für dies Thema zugeschickt. Besten Dank dafür. Außerdem bekamen wir noch aus Hamburg (Schwarze Katze) und aus der Zeitung "Swing" texte hierzu. In den nächsten Ausgaben werden wir noch zusätzliche Papiere zum Thema veröffentlichen. Erfahrungen eurerseits aus Betrieben, in denen ihr lohnarbeitet, werden die Diskussion im Heft verlängern und andere inhaltliche Sichtweisen bringen. Wir sind gespannt.
Der Zeitpunkt der Auseinandersetzung zum "Kampf gegen die Arbeit" hat jetzt keinen besonderen aktuellen Anlaß, da wir schon länger diese Schwerpunktsetszung diskutiert hatten. Das wir gleichzeitig mit der Streikmobilisierung dieses Heft machen ist eher zufällig, obwohl wir denken, daß die diesjährige Klassenauseinandersetzung in der BRD schon schärfer von unten angegangen wird, als die Jahre zuvor. Von oben wird massiv ins Propagandahorn geblasen: Von Japan lernen, heißt lohndrücken lernen, oder die ArbeiterInnenklasse soll gefälligst mit dem zufrieden sein, was sie hat. Selbst die G-7 Versammlung ermahnt zur Zurückhaltung. Bei soviel Gegenwehr von oben scheint der Zorn von unten nur all zu verständlich. Selbst Franz Steinkühler sieht sich gezwungen große Sprüche zu machen, um sichś dieses Jahr nicht wieder mit der Basis zu versauen. Also die Sache ist klar, wir sind auf eurer Seite, ihr Stahlkocher, Stahlarbeiterinnen und Bankangestellte

Das Enttarnugspapier eines BND (Bundesnachrichtendienst)-Spitzels haben wir nochmal zurückbehalten. Die tatsächlichen Beweise, die in dem Papier nicht öffentlich gemacht werden können, sind relativ spärlich, so daß uns eine Veröffentlichung bei unserem Informationsstand verantwortungslos erscheint. Zurückhalten wollen wir das Papier aber eigentlich auch nicht. Vielleicht ist es euch ja möglich, uns doch noch 1 oder 2 Details mitzuteilen.
Auf seite 37 findet ihr die fehlende Seite aus der Nr. 177. Sie gehört zwischen die Seite 16 und 17.

Tschüß bis Sonnabend 12 Uhr Pallas/Potse

Inhaltsangabe:

Ordnerliste:

Informationsstelle El Salvador
Presseerklärungen zu SPD-Besetung
Seminarreihe der Gruppe FelS
Zeitungsartike zu WWG 92
Ortsplan zu DVU Vorbereitungstreffen
Frühlingsquark zu BVV
Freiheit für Mielke

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

drei zu eins ist fünf

This is not a algebra-lesson

"Wenn Eins und Eins nicht zwei ist", das Papier, das wir in der Interim Nr.176 veröffentlicht haben endete mit der Ankündigung, daß ihr von uns (d.h. Unterstützerinnnen der TU-Besetzung) hören werdet.
In diesem Papier wollen wir die momentane Situation in der besetzten TU beschreiben und einige Diskussionen, vor allem die um unsere mittelfristige Perspektive, öffentlich machen. Wieder ist es kein fertiges Papier - so wie viele unserer Diskussionen auch noch nicht fertig sind. Wir wollen eine gemeinsame Auseinandersetzung, dazu versuchen wir, unsere Arbeit transparenter zu machen.
Schon zwischen Weihnachten und Neujahr fanden wir es wichtig, bestimmte Auseinandersetzungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt den Eindruck, relativ isoliert von der autonomen Szene zu stehen, obwohl wir gerade im November mehrere Schritte auf sie zugemacht hatten (Papierveröffentlichungen, VV im Mehringhof, Veranstaltung in der Passionskirche).
Nach einem sexistischen Angriff von Flüchtlingsmännern Anfang des Jahres haben wir den Eindruck , daß die Besetzung in der TU wieder stärker diskutiert wird. Wir haben sowohl von Männern als auch von Frauen solidarisches Unterstützung während unserer ersten Verunsicherung nach dem Angriff erfahren. Inzwischen sehen wir uns auch mit Reaktionen konfrontiert, die bei uns den Eindruck hinterlassen, Leute benutzen den sexistischen Angriff, um nachträglich ihr Nichtverhalten zu rechtfertigen. Aasgeier.

Als erstes stellt sich uns die Frage, mit welchen Vorstellungen und mit welcher Begründung wir das Projekt trotz aller uns bekannter Schwierigkeiten weiter unterstützen wollen. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß es sinnvoll ist, politische Kämpfe gegen "alltägliche" Strukturen zu führen und in aktuelle, brisante Konflikte zu intervenieren. Der Kampf gegen die Zwangsverteilungen ist eine Infragestellung des rassistischen Normalzustands, der das deutsche Asylrecht für Flüchtlinge bedeutet. Eine Antwort auf die rassistische Mobilisierung der letzten Monate durch die "Asyldebatte" in den Parteien, Parlamenten und Medien ist die verstärkte Thematisierung der Forderung nach Freizügigkeit. Der Kampf gegen die Zwangsverteilung ist der Versuch, ganz praktisch der Freizügigkeit in einzelnen Schritten näherzukommen. Wir finden es politisch fragwürdig, allein gegen Abschiebungen, als Spitze des Eisberges "Asylrecht" in der BRD zu mobilisieren. Eine Zusammenarbeit in beiden Arbeitsbereichen finden wir sinnvoll und wichtig.
In den letzten drei Monaten haben Flüchtlinge und UnterstützerInnen deutlich erfahren, wie der rassistische Konsens in der BRD funktioniert: Fordern Flüchtlinge als politische Subjekte Rechte ein, stoßen sie bei allen selbsternannten AusländerfeundInnen und AntirassistInnen auf beinharten Granit. So ist die politische Unterstützung der Besetzung und der Forderung nach Stop der Zwangsverteilung und Aufnahmegarantien für alle vor rassistischen Angriffen geflohenen recht mager. Doch es sind noch nicht alle Möglichkeiten, für die Forderungen Druck zu machen und gleichzeitig die Selbstorganisierung von Flüchtlingen zu unterstützen, ausgereizt.
Von Seiten der Flüchtlinge wird deutlich, daß die allermeisten von ihnen zur Zeit keine Alternative zur TU-Besetzung sehen und keine Möglichkeit haben sich ins Nirgendwo zurückzuziehen. Ein Teil der Flüchtlinge ist entschlossen zum politischen Kampf gegen die Praxis des Asylrechts und die Behandlung, die sie in der BRD erfahren. Sie sehen die TU-Besetzung als Basis für diesen Kampf, der bestimmte Bedingungen (Kontakte zu MigrantInnen, DolmetscherInnen, politische Diskussionen, Infrastruktur) voraussetzt.
Neben diesen theoretischen Überlegungen gibt es Unmengen von Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit von weißen UnterstützerInnen, MigrantInnen und Flüchtlingen, bzw. jeweils zwischen Frauen und Männern. Dazu haben wir auch noch kein praktikables Konzept. Dazu kommt ein sozialer Alltag auf der Etage und bei den UnterstützerInnen, der alle Beteiligte tatsächlich beutelt. Zuvorderst sind dabei patriarchale und sexistische Verhaltensweisen, die wir viel zu lange ignoriert und toleriert haben. Es fällt uns schwer, uns sowohl antipatriarchal als auch antirassistisch zu verhalten und gleichzeitig politisch handlungsfähig zu sein. In dieser Unmenge von verschiedenen Konflikten und Interessen sehen wir auch ein zentrales Problem des Projektes: Vor lauter Erfahrungen kommen wir kaum noch dazu, theoretische Klarheit zu bekommen und praktische Strategien zu entwickeln.

Dies wurde auch verschärft in den Diskussionen um den sexistischen Angriff von Flüchtlingsmännern deutlich. Wütend und total betroffen haben wir lange Zeit den Sexismus von Flüchtlingsmännern diskutiert. Erst relativ spät sind wir wieder dazu gekommen, auch den der weißen Männer zu diskutieren. Auch ein Phänomen, aus dem wir den Schluß zogen, den sexistischen Angriff nicht zum Anlaß zu nehmen, aus dem Projekt auszusteigen. Wohl aber zum Anlaß für intensive Diskussionen, die uns auch lange Zeit vordringlich beschäftigt haben und es immer noch tun.

Wir Unterstützerinnen hatten es versäumt, uns untereinander und mit den Flüchtlingsfrauen zu organisieren. Nach der Silvesternacht war es uns unmöglich, wie gehabt, ohne eine Strukturveränderung, weiterzumachen. Jetzt haben wir einen enormen Nachholbedarf an Austausch und Diskussion in den neugeschaffenen Frauenstrukturen.

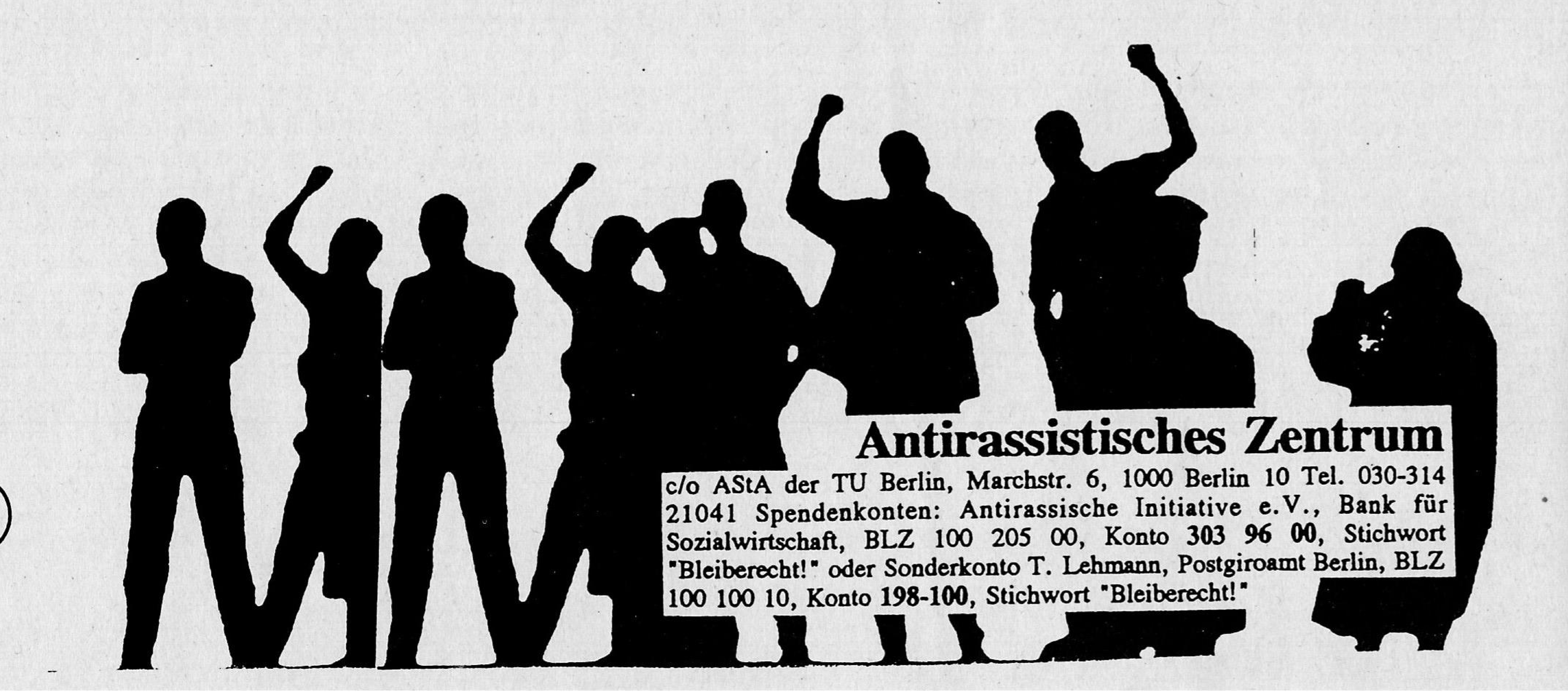
Bei den Unterstützerinnenplenas fällt auf, daß wir ein großes Bedürfnis haben, über die "sozialen Verhältnisse" in der TU zu reden. Das sind einmal natürlich immer noch vorhandene sexistische Verhaltensweisen von Männern. Dazu gehören aber auch Konflikte auf der Etage, die sich zwischen verschiedenen Nationalitäten abspielen. Was bedeuten solche Konflikte fürs Projekt, welchen Konsequenzen ziehen wir daraus?

Die Flüchtlingsfrauen nutzen die Frauenplenas einerseits, um über ihre Alltagsprobleme zu reden. Da die meisten von ihnen in einer familiären Situation leben und die Verantwortung für die Kinder haben, sind das Versorgung, Putzplan, Situation der Kinder,etc. Andererseits dienen die Plenas dem Austausch von Informationen um eine eigene Haltung und Initiative zu politischen Aktionen entwickeln zu können. Die Flüchtlingsfrauen koordinieren hier ihre politischen Aktivitäten (z.B. Redebeiträge für die Demo). Für viele von ihnen bedeutet das Frauenplenum schon deshalb einen Ausbruch aus ihrer üblichen Situation als Frau, weil sie hier die Möglichkeit haben, an Infos zu kommen und eigene Diskussionen zu führen. In den Treffen mit den Flüchtlingsfrauen werden aber auch die Unterschiede zwischen einzelnen Flüchtlingsfrauen und zwischen Flüchtlingsfrauen und Unterstützerinnen viel deutlicher. Dazu könnten wir fast ein eigenes Papier schreiben, vielleicht machen wir das auch mal.

Durch diese neuen Strukturen und lange Diskussionen sind wir jetzt in einer Situation, in der es eine Basis gibt, um politisch offensiver zu werden. Es wird in der nächsten Zeit wieder Aktionen von Flüchtlingen und von UnterstützerInnen geben, die sich konkret an die politisch Verantwortlichen richten werden. Die Besetzung der SPD-Landeszentrale war ein Beispiel dafür.

Außerdem gibt es die von Flüchtlingen initiierte Demo. Auch in ihr tauchen die bekannten Widersprüche wieder auf, neue werden entdeckt. Da wir es versäumt haben, uns rechtzeitig in die Demovorbereitung einzumischen, fehlt eine Analyse aus Frauensicht im Aufruf. Bei einem Treffen mit Flüchtlingsfrauen änderte sich unsere Einstellung zur Demo, zu der wir lange ein recht unbestimmtes Gefühl und zum Teil klare Kritik hatten. Von Flüchtlingsfrauen kam Interesse, sich an der Demo zu beteiligen, in Redebeiträgen ihre Situation darzustellen und auf die Straße zu gehen. An diesem Punkt wurde uns wieder klar, daß wir Kritik, die wir an der Demo haben erstens an uns selbst richten können (nämlich was verschnarcht zu haben) und zweitens, daß es uns sinnvoller erscheint in gemeinsamen Anstrengungen noch was zu versuchen, als zu jammern. Wir wollen uns trotz aller Schwierigkeiten die Straße als zentralen Ort unserer politischen Aktivitäten nicht nehmen lassen. Dazu brauchen wir Redebeiträge, Parolen, Transparente und Power!

Ziemlich klar ist uns, daß auch wir Kritik weitergeben können. Wenn wir in jedem Papier schreiben, daß wir schon wieder was nicht gerafft oder geschafft haben, dann liegt das auch daran, daß wir zu wenig politische Unterstütung von außen bekommen. Auch zu wenig solidarische Kritik und Vorschläge zu einer anderen antirassistischen Praxis. Schreibt uns doch auch mal ein Papier!



Haben wir uns verrechnet?

Diskussionspapier des UnterstützERplenums im Antirassistischen Zentrum

Im letzten Monat gab es im Antirassistischen Zentrum eine intensive Diskussion über Sexismus und das Verhältnis zu Rassismus, ausgelöst durch einen "sexistischen Angriff".
Warum wir (wir, uns : im weiteren gemeint: Unterstützer-Männer) von einem "sexistischen Angriff" reden und auf eine schriftliche Darstellung des Geschehens selbst bisher verzichten ist in dem Papier "Wenn Eins und Eins nicht Zwei ist" (Interim Nr. 176) von "einigen Unterstützerinnen" begründet worden. Wir schließen uns hier dieser Begründung an.
Wir wählten für die Darstellung des "sexistischen Angriff" und die daraus folgende selbstkritische Diskussion unseres Verhaltens stattdessen die mündliche Form und suchten in diesem Rahmen die Diskussion mit Männern und Männergruppen auch außerhalb des Projektes (z.B. auf einer Männer-VV).

Für uns gibt es darüberhinaus eine Begründung, nicht an einer schriftlchen Darstellung des "sexistischen Angriffes" festzuhalten: Die Diskussion über unser eigenes Fehlverhalten ist für die Diskussion im Projekt äußerst wichtig/notwendig, muß jedoch über den konkreten Einzelfall hinausgehen.

Wir wollen mit diesem Papier zum einem den Diskussionsprozeß transparent machen (bisher hat es das ARZ versäumt Diskussionen, z.B. um Perspektiven oder Erfahrungen in der Flüchtlingssolidaritätsarbeit, nach außen zu dokumentieren) zum anderen sollen sich andere an der Diskussion beteiligen können.
Wir erhoffen uns, daß in die Auseinandersetzung zum Verhältnis von Sexismus zu Rassismus die Diskussionen von Gruppen, die praktisch dazu arbeiten, einfließen.

Auf Seiten der Unterstützermänner gab es in mehreren Situationen **TYP**isches (Fehl)verhalten. Um sich mit diesem Fehlverhalten und allgemein sexistischem Verhalten und Strukturen im Projekt auseinanderzusetzen, haben wir uns in den letzten Wochen regelmäßig als Unterstützer-Männergruppe, des weiteren auch im gemischten Männerplenum mit den Flüchtlingsmännern zusammen, getroffen.

In diesem Papier versuchen wir die bisherige Diskussion unter uns zu unserem Umgang mit Sexismus im Rahmen des Projekts Antirassistisches Zentrum zu dokumentieren.
Das Papier kann für eine inhaltliche Auseinandersetzung hilfreich sein, ob sich damit unser Umgang mit Seximus ändert, wird sich zeigen. Es erscheint uns jedoch sinnvoll, um in der internen Diskussion zu einem Klärungsprozess beizutragen und einen zwischenzeitlichen Bezugspunkt herzustellen, an dem eine weitere Auseinandersetzung und Kritik ansetzen kann. Insofern hat das Papier nur vorübergehenden Charakter.

Selbstkritik zu unserem Umgang mit sexistischen Strukturen im Projekt

Im Antirassistischen Zentrum setzte sich fort, was auch sonst gängige Praxis war und ist: Sexistisches Verhalten wird von uns Männern meist gar nicht bemerkt; wenn es bemerkt wird, wird es nicht benannt und nicht damit umgegangen.
Es ist unsere Aufgabe als Männer sexistisches Verhalten von Männern mit denen wir zu tun haben nicht zu ignorieren oder zu akzeptieren.
Dabei gehen wir von dem Anspruch aus, sexistisches Verhalten auch im sogenannten privaten Bereich (z.B. Verhältnis Politik - Beziehung) zu thematisieren.

Immer wieder in den letzten vier Monaten (davon ein Monat Dahlem, drei Monate Antirassistisches Zentrum) gab es Situationen, kam es zu Zwischenfällen, die darauf hinwiesen, daß im Verhältnis zwischen Männern und Frauen (oder besser gesagt: im Verhalten von uns Männern gegenüber den Frauen) etwas nicht stimmte.
Hierzu wollen wir einige Beispiele benennen:
Als erstes Beispiel: Im Rahmen einer kleinen Fete im Antirassistischen Zentrum kam es zu Konkurrenzstreitereien zwischen Männern um eine Frau über ihren Kopf hinweg.
Desweiteren fühlten sich Frauen, die Schutz machten, immer wieder unwohl, angemacht etc. ... . Wir reagierten aber nicht, sei es, daß wir das Verhalten der Männer dem verschiedenen kulturellen Hintergrund zuschrieben, sei es, daß wir Verständigungsschwierigkeiten annahmen. Ein Zwischenfall im Dezember zeigt jedoch, wie angespannt die Situation manchmal Nachts für Frauen, die Schutz machten, war. Er zeigt auch die Komplexität des Problems im Zwiespalt von Sexismus und Rassismus auf. Ein Mann aus dem Flüchtlingskomitee berührte eine Schutzfrau an der Schulter um ihr eine Frage zu stellen. Sie interpretierte dies als Anmache und reagierte entsprechend. Der Flüchtlingsmann fühlte sich mißverstanden, war sehr gekränkt, und es kam zu einem Wortwechsel, der sich bis zu "Faschistin" steigerte.
Diese Beispiele stehen im Zusammenhang mit Hinweisen von Frauen über ein Unbehagen auf der Etage. Es bestand Mißtrauen darüber, ob freundliches Verhalten der Frauen gegenüber den Männern mißverstanden oder ausgenützt wird und inwieweit Grenzen akzeptiert werden.

Was also den Schock über den "sexistischen Angriff" angeht, müssen wir feststellen, daß wir keineswegs behaupten können, daß das alles völlig plötzlich und unvorbereitet geschehen wäre. Unvorbereitet waren wir also nur insofern wie wir diesen Sexismus entweder ignorierten oder es nicht so wichtig nahmen es breiter zu thematisieren und zu kritisieren.

Eine Diskussion über sexistisches Verhalten auf der Etage fand - wenn überhaupt - nur auf informeller Ebene statt. Die Existenz dieses Problemes auf der Etage wurde nicht in UnterstützerInnenstrukturen zurückberichtet. Es existierte keine Struktur, die eine Kritik der UnterstützerInnen an den Flüchtlingen und umgekehrt zuließ.
Es war jedoch nicht nur die knappe Zeit und die bei uns übliche Schlamperei , die eine allgemeine Sexismusdiskussion verhinderte - auch fehlende Strukturen reichen als Erklärung nicht aus - denn: Für andere grundsätzlichere Diskussionen fand sich immer wieder Zeit zwischen den Alltagsproblemen des Projekts. Sei es die Diskussion über eine Orientierung Richtung "Organisierung in die Flüchtlingsheime hinein", oder sei es die Diskussion über eine eventuelle Ausweitung des Projekts an anderer Stelle; immer fanden sich Leute, die die Frage für wichtig genug hielten, um durchzusetzen, daß sie trotz dringlicherer (Alltags-)Probleme im Flüchtlingsplenum, Flüchtlingskommittee oder gemeinsamen Plenum diskutiert wurden. Die Sexismusdiskussion jedoch wurde im UnterstützerInnenPlenum von mal zu mal, von Woche zu Woche nicht zum Thema gemacht.
Eine bessere Struktur ist notwendig, um auch für die Sexismusdiskussion den Rahmen für einen Austausch zwischen Flüchtlingen und UnterstützerInnen, zwischen Männern und Frauen zu schaffen. Die Strukturdiskussion geht jedoch an der Sache vorbei, wenn sie die fehlende Sexismusdiskussion vor dem "sexistischen Angriff" erklären soll.
Zu einer Sexismusdiskussion fehlte uns einfach die Bereitschaft; und vielleicht tragen wir mit unserem Diskussionsverhalten in Plenas - deren Charakter wir oft genug prägen - einiges zur Nichtthematisierung bei, sodaß eventuelle Bedürfnisse darüber im großen Rahmen zu reden, von uns unterbunden wurden.

Über zwei Monate waren Frauen in den Gremien der Selbstorganisierung der Flüchtlinge kaum präsent. Das Flüchtlingskommittee als höchstes Gremium bestand nur aus Männern, am Flüchtlingsplenum nahmen Frauen kaum teil (sie hatten keine Zeit, mußten kochen, sich um die Kinder kümmern,, o.ä.), nur im Küchenkommittee wurde Frauen eine prominentere Rolle zugestanden.
All dies wurde von uns höchstens in Einzelgesprächen einmal angesprochen und kritisiert, nie jedoch in Flüchtlingstreffen thematisiert (jedenfalls nicht von uns Unterstützermännern).
Im Gegenteil, wir zementierten diesen Zustand, indem auch wir wie selbstverständlich auf die Männer zugingen, wenn es um politische Fragen ging, oder die Außenvertretung, oder, oder...

Wir müssen in der jetzigen Situation feststellen, daß wir unter uns als Unterstützer auch in Bezug auf die Flüchtlingsmänner keine verbindliche Diskussion hatten, die es uns ermöglicht hätte unser eigenes Verhalten als Männer in einem gemischten Projekt zu reflektieren. Diese Strukturen für eine kritische Auseinandersetzung wären gerade deshalb notwendig gewesen, um den real vorhandenen, negativ dominierenden Männerstrukturen etwas entgegen setzen zu können. Sicher ist es fraglich, ob der "sexistische Angriff" durch solch einen Männerdiskussionszusammenhang hätte verhindert werden können, auf jeden Fall stellen wir jetzt in unseren Treffen fest, wie viele Defizite und Unfähigkeiten es gab und gibt mit sexistischen Verhalten umzugehen. So fehlt uns gerade durch den nicht vorhandenen gemeinsamen Austausch (nicht nur individuell / informell) die Sensibilität sexistisches Verhalten zu erkennen und Unsicherheiten abzubauen, die zum Teil unser Eingreifen verhindert.

Sexismus im Verhältnis zu Rassismus
Fragen und Diskussion danach

Am Tag nach dem "sexistischen Angriff" war für uns klar, daß wir uns eine weitere Zukunft des Projektes nur dann vorstellen können, wenn die Beteiligten rausfliegen. Die Unterstützerinnen informierten die Flüchtlingsfrauen darüber, die diesen Beschluß mittragen. Wir sind dann mit diesem Veto in das GesamtFlüchtlingsplenum gegangen.
Als spätere Reaktion darauf kam der Vorwurf einiger Flüchtlingsmänner, daß wir uns diktatorisch verhalten hätten, und daß wir mit unserem Vorgehen die Flüchtlinge in rassistischer Weise übergangen hätten.
War dieser Vorwurf gegen uns zurecht erhoben, zumal er von Flüchtlingen vorgebracht wurde, die die Rausschmißentscheidung selbst zuvor forderten, so lehnen wir die Position von Männern ab, die den Rausschmiß als zu hart kritisierten, bzw. andere Stimmen, die den "sexistischen Angriff" an sich relativierten.

Aus den genannten Kritikpunkten sind wir in unseren Diskussionen an das Problem unseres Eingreifen überhaupt gestoßen:
Es bereitet uns Schwierigkeiten im konkreten Handeln sowohl unseren antisexistischen als auch antirassistischen Ansprüchen gerecht zu werden. So steht unser Handeln gegenüber Flüchtlingen in der Gefahr überheblich zu sein oder es spiegelt ein scheinbares Weitersein in Umgang mit Sexismus vor (Respektierung der Individualität, der Privatsphäre; Weißer Mann schützt weiße Frau?).

In diesem Zusammenhang stießen wir erneut auf Widersprüche, die in der Konzeption des Projektes von Anfang an angelegt waren: Die fehlende Festlegung der Grundlagen am Anfang des Projektes sowie unterschiedliche Betrachtungsweisen von uns hinsichtlich der aufgenommenen Flüchtlinge führten in vielen Situationen zu ungeklärten Verhalten von uns.
Zu den Grundlagen ist zu sagen, daß es im Verlauf des Projektes zunehmend interne Schwierigkeiten auf der Etage gab. Nach dem "sexistischen Angriff" wird überdeutich, daß wir es verschlafen haben, den politischen Rahmen des Projektes in den ersten Tagen klarer abzustecken (an welche Flüchtlinge wurde sich gewandt?, war das Antirassistische Zentrum offen für alle, die kamen?, wer entschied über eine "Aufnahme"?, ...).
Eine Ursache dafür ist, daß Diskussionen über die genaue politische Bestimmung des Projektes in der Praxis nicht mehr weitergelaufen sind oder nicht umgesetzt wurden. Eine Weitere, daß wir uns aus unterschiedlichen Zusammenhängen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen in dem Projekt zusammenfanden. Wir wollen an dieser Stelle dies nicht ausführen, da dies (auch die Suche nach weiteren Ursachen) in diesem Papier zu weit führen würde.
Was die unterschiedlichen Betrachtungsweisen angeht, so ist nach wie vor kontrovers und ungeklärt, welche Vorstellungen von Flüchtlingen in unseren Köpfen rumspuken und somit unser Handeln bestimmen. Einerseits sehen wir die Flüchtlinge "per se als Kämpfende" an, andererseits wird "Bewußtsein der eigenen Situation" auf der politischen Ebene vorausgesetzt und erwartet. Im Rahmen des Projektes meint diese Erwartung z.B. die Bereitschaft zur Selbstorganisierung, zur Hinterfragung eigener Vorurteilsmuster und nichtsexistisches Verhalten. (Die letzten beiden Sätze wurden sehr kontrovers und ohne Konsens diskutiert.)
Ein weiteres Problem stellt sich darin, daß wir "Betrachtungsweisen" haben: Parallele: sexistischer Blick - rassistischer Blick ???
Darüberhinaus haben <u>wir</u> eine Struktur geschaffen in die sich die Flüchtlinge hinein begaben. In dieser von uns vorgegebenen Struktur sollten dann die Flüchtlinge ihren Kampf "selbstorganisiert" aufbauen.
All diese Widersprüche führen dazu, daß wir uns oft nicht verhalten wo wir es sollten.

Wie weiter?

Direkt nach dem "sexistischen Angriff" stellten sich uns folgende Fragen:
Brauchen wir eine Denkphase (nach der Kampfphase) oder geht es doch irgendwie nebeneinander her?
Das Ans-Projekt-gebunden-sein wird uns zur Zeit schmerzlich bewußt. Ein Aussteigen oder Unterbrechen scheint den meisten von uns unverantwortlich. Die Sache "so schnell wie möglich korrekt zu Ende zu bringen" erscheint als einzige Möglichkeit mit der Überforderung in der jetzigen Situation umzugehen.
Ist politische Arbeit in gemischten Zusammenhängen überhaupt möglich?

Inzwischen hat sich unsere Diskussion und die wieder aufgenommene politische Praxis insofern weiterentwickelt:
Es hat "Einbrüche" in die Arbeit des Antirassistischen Zentrums gegeben. Wir sehen dies als notwendige Prozesse, ohne die unser Reden über Sexismus und das Verhältnis zu Rassismus immer abgehoben bleibt und ein praktischer Bezug, bzw. das Umsetzen der Ansprüche fehlt.
Im Verlauf der letzten Wochen sind wir (auch durch einen Diskussionsprozeß mit eher Außenstehenden) dazu gekommen, daß das Projekt "politisch" verantwortbar zu Ende gebracht wird.
Ein Abbruch des Projektes würde für uns eine Art "Heuchelei" bedeuten. Auch wenn die unterstützenden Frauen sich aus dem Projekt zurückziehen würden, bleiben wir doch zum weitermachen "verpflichtet".
Eine grundsätzliche Aufarbeitung unserer Erfahrungen, halten wir für unerläßlich. Eine weitere Arbeit im Bereich antirassistischer Initiativen mit Flüchtlingen kann so aus unseren Erfahrungen (auch unseren Fehlern) Nutzen ziehen.

V.i.S.d.P.: B. Leiberecht, Ernst-Reuter-Platz 174, 1000 Berlin 10

Bericht aus dem Flüchtlingswohnheim Fürstenwalde
-Fortsetzung von Interim Nr "155 second service"-

Anfang 91, als die ersten AsylbewerberInnen nach Fürstenwalde (FW) kamen, war die Situation im Heim fatal. Alle lebten relativ vereinzelt nebeneinander her, und es gab wegen Sprachschwierigkeiten (keine DolmetscherInnen vorhanden) kaum eine Kommunikation zwischen den ca. 30 verschiedenen Nationalitäten. Es existierte kein Wissen über die wenigen Rechte von AsylbewerberInnen; sowohl bei den Flüchtlingen selbst, als auch bei den Ämtern und der Heimleitung. Dadurch waren von ca. 300 sehr bald nur noch 80 Leute im Heim. Der Rest hatte es vorgezogen, FW zu verlassen, und kassierte höchstens noch die wöchentliche Sozialkohle.
Die Selbstorganisierung im Heim setzte an 2 Punkten an: 1. Verpflegung und 2. den rassistischen Angriffen.
1. Der Widerstand der Flüchtlinge entwickelte sich an der schlechten Qualität des Einheitsessens und forderte die Barauszahlung eines Essensgeldes zur Selbstverpflegung. Auf Versammlungen wurden die jeweiligen Aktionen besprochen. Während des kollektiven Essenstreiks wurden die Lieferfahrzeuge blockiert und die Lebensmittel wanderten direkt in Müllcontainer. Die Heimleitung versuchte den Streik durch das Angebot von Warengutscheinen zu schlichten, mußte aber nach einem Demonstrationsmarsch der Flüchtlinge von FW nach Potsdam schließlich nachgeben.
Im Laufe der Auseinandersetzungen deckten die Flüchtlinge noch "mafia"ähnliche Verbindungen zwischen der Heimleitung und den betreffenden Behörden auf. Diese kassierten z.B. weiterhin das Geld für 300 Menschen, obwohl nur noch 80 dort lebten. An der Forderung nach Selbstverpflegung versuchte sich die Heimleitung durch einen eigenen Supermarkt ("natürlich auch mit türkischen Waren") zu bereichern. Durch Warengutscheine wären die Flüchtlinge verpflichtet gewesen, in diesem Supermarkt einzukaufen. Die Heimleitung hätte hierbei doppelt verdient und die Preise nach Belieben festlegen können. Deshalb wurde der Vorschlag von den Flüchtlingen abgelehnt.

Außerdem stehen jedeR AsylbewerberIn monatl. 28 DM Taschengeld zu. Es wurde ihnen aber nur 20 DM ausgezahlt; der Rest verschwand in den Taschen der "Mafia", einem Geflecht aus Besitzer, Heimleitung und SozialarbeiterInnen. Bei einer Durchsuchung der Geschäftsräume, die von den Flüchtlingen eingeleitet wurde, konnte diese conection aufgedeckt werden.
2.Als am 20. April "Skinheads" vor dem Heim auftauchten und versuchten, es anzugreifen, begannen die Flüchtlinge sich gemeinsam dagegen zu verhalten. Mit Eisenrohren und Stuhlbeinen wurden die Rassisten ziemlich schnell vertrieben.
Nach Meinung der Flüchtlinge versuchen die Bullen inzwischen deshalb das Heim zu schützen, weil sie Angst um ihre eigenen Jugendlichen bekommen haben. Es gibt jetzt auch eine Absprache mit den Bullen: "Draußen gehören die Faschos den Bullen ,hinterm Zaun können wir mit ihnen machen was wir wollen".
Die örtliche Kirche hat ebenfalls ein Schutzkonzept entwickelt. Bei bevorstehenden rssistischen Angriffen (wie z.B. am 5.Oktober) wurden Kinder und schwangere Frauen evakuiert und bei Familien untergebracht. Dafür mußte der Bürgermeister (ein ehem. Pope) die Nacht im Heim pennen ,während andere Gemeindemitglieder und der städtische Hundeverein eine Mahnwache vor dem Heim durchführten. Außerdem überwachten Kirchenmenschen alle Einfallstraßen und den Bahnhof. Sobald irgendwo Faschos gesehen werden, wird sofort die eigene Telefonkette ausgelöst, aber auch die Polüpen alarmiert.
Überrascht hat uns auch das Maß an Solidarität untereinander, das über die einzelnen Nationalitäten hinausging und damit ein gemeinsames Verhalten in diesem Kampf erst ermöglichte:

Während des Essenstreiks schufen die Flüchtlinge eine gemeinsame Kasse, in die jedeR so viel einzahlte, wie er/sie konnte, und aus der alle gemeinsamen Dinge finanziert wurden.
Auch in anderen Fällen war solidarisches Verhalten gruppenübergreifend: Arabische Leute z.B. fuhren mit einer schwangeren ätiopischen Frau nach Berlin, um speziell für sie benötigte (Lebens)-Mittel zu besorgen.
Ein anderes Mal sollte eine rumänische Person abgeschoben werden. Der Fall wurde auf dem "Komitee" diskutiert und eine gemeinsame Aktion organisiert, bei der die Flüchtlinge bei den entsprechenden Büros einliefen und damit die Abschiebung vorerst verhinderten.
Unser Eindruck ist aber auch, daß sich der Charakter und die Bedeutung dieses Komitees mitlerweile verändert hat. Wurde es "früher mindestens einmal die Woche einberufen", um die aktuellen Probleme zu diskutieren, und ein gemeinsames Verhalten abzustimmen, so trifft es sich heute "nur noch wenn was anliegt"- das heist ziemlich selten.
Auch war sein Charakter früher wohl eher konfrontativer (auch wenn die Kirche schon immer vermittelt hat). Heute, so scheint es uns manchmal, bekommt das Komitee Züge von einem Mitbestimmungsinsrument, in dem Wünsche formuliert werden (Spielplatz etc) und mit den Interessen der neuen Eigentümerin, der Kirche, abgeglichen werden. Es ist uns dabei nicht klar, ob das Verhältnis zur Örtlichen Kirche jetzt, nachdem sie als Vermittlungsinstanz ausfällt, wieder kontroverser wird.
Auch Interessenskonflikte zwischen den einzelnen Nationalitäten oder Informationshierarchien sind uns noch zu wenig bekannt. Wir wissen nicht, inwiefern sie der Homogenität in anderen Fällen widersprechen.

Seit Nov.91 hat die Kirche (Diakonisches Werk) die Heimleitung übernommen, nachdem sie bereits im Vorfeld eine vielfältige sozialarbeiterische Tätigkeit für die Flüchtlinge in FW entwickelt hatte. Das geht z.B. von Schul- und Unterrichtshilfe für die Kinder über ein geplantes Ferienprojekt, hin zu zahlreichen Veranstaltungen mit der Bevölkerung von Fürstenwalde. Es galang den Kirchenleuten durch ihre Aktivitäten, das Klima in FW zu Gunsten der Flüchtlinge zu verändern. Das zeigt nicht nur die hohe Mobilisierungsfähigkeit für die Telefonkette, sondern auch die entstandenen Freundschaften zwischen Jugendlichen aus der Stadt und aus dem Heim.
Ende letzten Jahres stellten wir den Flüchtlingen aus FW in Berlin Strukturen für eine Veranstaltung zur Verfügung. Sie wollten anderen Flüchtlingen aus Berlin und Umgebung ihre Erfahrungen, die sie aus ihrer Selbstorganisierung gewonnen hatten, mitteilen und diskutieren. Eine Hoffnung an die Veranstaltung war, daß sich eine Vernetzung zwischen den verschiedenen Heimen ergeben würde. Eine weitere Notwendigkeit für diese Veranstaltung waren die Anfang 92 drohenden Abschiebungen, von denen auch arabische Menschen in Berlin betroffen sind.
Vorerst sollte diese Veranstaltung nur für arabischsprachige Menschen sein, da wir verhindern wollten, daß durch Sprachschwierigkeiten eine aufeinanderbezogene Diskussion verhindert werden könnte. Zu der Veranstaltung kamen 8 Flüchtlinge aus FW, um von ihrem Widerstand und ihren Organisationsformen zu berichten. Obwohl in berliner Heimen viele Flugis verteilt wurden, war die Resonanz sehr gering. Es kamen nur 10 Personen, die allerdings starkes Interesse an einer Selbstorganisierung in berliner Heimen hatten. Nachdem etwa eine Stunde über die Situation in FW berichtet worden war, wurde vor allem über zwei Bereiche miteinander diskutiert:
-Selbstorganisierung und Kontakte der Flüchtlinge in den verschiedenen Heimen,
-und Aktionen gegen die drohenden Abschiebungen.
Zum Schluß bildete sich ein Komitee, daß dazu dienen soll, die Organisierung der Flüchtlinge in den Heimen besser zu koordinieren. Wie sich dies alles weiter entwickelt hat können wir noch nicht berichten, da die Komiteestrukturen nur den Flüchtlingen zugänglich sein sollen.

Am 30.1.1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Damit kam der Faschismus legal an die Macht. Die Resultate waren u.a. die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung und die durchrationalisierte fabrikmäßige Vernichtung von Menschen.
Wir haben uns entschlossen, an diesem Tag zur Ausländerbehörde zu gehen. Mit Karnivalsmasken verkleidet haben wir uns in das Zimmer des Leiters Dietrich gemogelt und ihn mit Farbbeuteln bombadiert! Das ist wirklich das Minimum, was dieser Schreibtischtäter verdient!
Es sind u.a. die BeamtInnen in den Ausländerämtern, die die Selektion der Flüchtlinge praktizieren. Sie hantieren mit dem rassistischen und sexistischen Ausländergesetz, entscheiden über Aufenthaltsstatus, Aufenthaltserlaubnis oder Ausweisung und als Schreibtischtäter können sie ihren persönlichen Rassismus ausleben. Wird ein Asylantrag in den neueingerichteten zentralen Anlaufstellen oder im Bundesamt zur Anerkennung von Asylanträgen abgelehnt, sind es die Ausländerämter, die die Abschiebung vollstrecken, sei es in Krisengebiete, in die Hände von Folterern, in den Hungertod oder in entwürdigende Prostitution für europäischen Sex-Tourismus als letzte Überlebenschance.
Durch die Änderung des Ausländergesetzes sind jetzt in der BRD über 50 000 Menschen, die bisher als de-facto Flüchtlinge geduldet wurden, von Abschiebung bedroht. Die staatliche Politik gegenüber Flüchtlingen zeigt die Kontinuität des deutschen Faschismus. Z.B. wurde das sogenannte Ausländergesetz bis auf einige Ausnahmen von der Ausländerpolizeiverordnung von 1938 übernommen.
Die herrschende Ordnung hat heute dieselben Ziele, aber es ist ein anderes Gesicht.
Heute werden keine jüdischen Menschen im KZ vergast, doch die kurdische Zivilbevölkerung mit deutscher Unterstützung bombadiert.
Heute werden nicht Kinder von Juden oder Roma oder Sinti ins KZ verschleppt und vergast. Heute ist der produzierte Hungertod von täglich 40000 Menschen in der sogenannten 3.Welt Normalzustand.
Heute gibt es keine Genickschußpraxis für politische Gefangene, sondern ihre saubere Vernichtung durch Isolationshaft über Jahre und Jahre hinaus.
Heute gibt es nicht den Stürmer, der über die jüdische Weltverschwörung schreibt, sondern die Bildzeitung, die von Asylmißbrauch und Wirschaftflüchtlingen redet.
Heute gibt es keinen Volksgerichtshof, aber Richter, die Menschen Asyl verwehren mit der Begründung, daß Folter zu den kulturellen Eigenheiten mancher Völker gehöre.
Heute werden Roma und Sinti nicht ins KZ deportiert und vergast, heute sollen sie in ein Slumghetto nach Jugoslawien abgeschoben werden, wo die Lebenserwartung nur 29-33 Jahre beträgt.

Wir nehmen diese Politik nicht hin! Deshalb haben wir heute die Aktion bei der Ausländerbehörde gemacht.
Wir wissen, daß heute auch in anderen Städten Demonstrationen und andere Aktivitäten gegen Rassismus und Faschismus stattfinden.
Herzliche Grüße an alle dort!

EIGENSTÄNDIGES AUFENTHALTSRECHT FÜR FRAUEN!

KEINE EINRICHTUNG VON SAMMELLAGERN!

WEG MIT DER RASSISTISCHEN GUTSCHEINPRAXIS!

KEINE ABSCHIEBUNGEN - BLEIBERECHT FÜR ALLE!

GRENZEN AUF FÜR ALLE!

FREIE WAHL DES AUFENTHALTSORTES!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!!!

WUPPERTAL

FREIHEIT FÜR KNUD UND RALF !

HER MIT EINEM NEUEN AUTONOMEN ANTIFASCHISTISCHEN INTERNATIONALEN ZENTRUM !

HEUTE BEGINNT DER PROZEß GEGEN KNUD UND RALF UND AUS DIESEM ANLAß HABEN WIR 4 ALDIS EINGEDEPPERT.
ralf und knud haben in der "roten flora" in hamburg mitgearbeitet - einem autonomen stadtteilzentrum, daß den hamburger pfeffersäcken und yuppibonzen schon lange ein dorn im auge ist.
vor einem halben jahr haben lka-bullen ralf und knud verhaftet und ein wahnsinns-lügen-konstrukt gegen sie erfunden. die beiden sollen angeblich versucht haben, einen ganz normalen personenzug zum entgleisen zu bringen und die anklage lautet auf versuchten mord !
damit wollen sie die "rote flora" kaputtmachen und uns alle bedrohen und einschüchtern.
uns geht es hier in köln genauso um ein autonomes zentrum.
wir brauchen ein zentrum, damit alle denen es hier nicht passt und die ein anderes leben wollen, sich kennenlernen und was zusammen machen können.
grade jetzt, weil es für uns unerträglich ist, vereinzelt von der großdeutschen entwicklung -faschismus,rassismus,sexismus... überrollt zu werden und wir dagegen gemeinsam eine stärke kriegen wollen. der letzte versuch dafür, das FRANZ-RHEINBERGER-ZENTRUM , wurde nach 5 tagen besetzung von den bullen geräumt. verantwortlich dafür waren die stadtbonzen und aldi, die ihre profite aus den lebensmitteln für die ärmeren bevölkerungsschichten ziehen, mit schlechtem zeugs, wie zb, fleisch in dem unmengen krebserzeugender konservierungsstoffe steckt.
aber wir werden den bonzen solange druck machen, bis ein zentrum durchgesetzt ist!!

wir fordern nicht nur die freiheit für knud und ralf, sondern die freiheit für alle politischen gefangenen und bis dahin zumindest das sofortige ende der isolationsfolter - also ihre zusammenlegung. die herrschenden sollen sich nicht einbilden, daß wir uns mit ihrem neuesten beschissenen "angebot" zufrieden geben, also daß sich die situation der politischen gefangenen nicht ändert und nur 6 freigelassen werden. aber nicht mal das ist sicher, weil sie es davon abhängig machen wollen, daß dieses jahr friedhofsruhe herrscht.
außerdem fordern wir, daß die forderungen aller kämpfenden gefangenen, die in den revolten der letzten jahre aufgestellt wurden endlich sofort und bedingungslos erfüllt werden!!

DO THE RIGHT THING ---- FIGHT THE POWER



WENN EIN SÜßER SAUER WIRD....

Am 13.Februar 92 findet der Prozeß gegen Thorsten statt. Hintergrund ist ein Zwischenfall bei der Schwulen- und Lesbendemo am 7.6.91 in Ost-Berlin.

Ende Mai 91 kam es zu mehreren "Fascho"-Übergriffen auf Schwulen- und Lesbenveranstaltungen (Mahlsdorf, Subversiv). Um darauf nicht nur defensiv zu bleiben, gab es eine große Bündnisdemo von homosexuellen Gruppen. Durch eine breite Presse aufgescheucht, gaben sich unsere schnieken grünen Jungs als Beschützer der Demo aus, während hinter den Kulissen zeitgleich die Stelle des Berliner Polizeibeauftragten für Neofaschistische Umtriebe ersatzlos gestrichen wurde. Daß diese Fassade nicht lange halten sollte, zeigte sich schon während der Demo: Der größte Teil der DemoteilnehmerInnen fuhr vom Alex unbeschadet mit der S-Bahn zur Warschauer Straße/Friedrichshain, um von dort weiter nach Lichtenberg zu laufen. Während es bis dahin keine Vorkontrollen gegeben hatte, wurde nun auf einer Straßenseite der Warschauer Brücke "vor" kontrolliert, wobei es auch prompt zu einem Bullenübergriff kam:

Nichts Böses ahnend geriet Thorsten in diesen Polizeiposten und wurde aufgefordert, sich einer Leibesvisitation zu unterziehen. Thorsten nahm das Angebot des jungen hübschen Schutzmannes gerne an, sich gegenseitig abzutasten. Leider war der Beamte ein wenig verklemmt und zu stark in dem männlichen Aktivitätsschema gefangen und wehrte sämtliche Möglichkeiten des Genusses einer Vorkontrolle schroff von sich.



Mit Thorstens Angebot "Wenn du mich abtastest, dann darf ich doch auch mal Süßer ?!" war der junge Schutzmann sichtlich überfordert. Die Ledermänner bevorzugten eher die harte Welle und -schwuppdiwupp- fand sich Thorsten mit Handschellen gefesselt in der Wanne wieder - etwas verdattert und nicht sonderlich erregt...

Und jetzt hat Thorsten ein Verfahren am Hals. Sie werfen ihm "Widerstand, Körperverletzung und Beleidigung" (Süßer ?!) vor.

Wir sind gespannt darauf, zu sehen, wieso ein deutscher Beamter bei "Süßer" rot sieht und freuen uns riesig auf diese Nachhilfestunde zum Thema "Zwangsheterosexualität in grünen Uniformen".

Donnerstag, 13. Feb. 92
9.00 Uhr
Amtsgericht Moabit
Turmstraße 91
Raum 571
Ausweis nicht vergessen!

..kommet ihr Kinder

und schauet !

SPEKULANTEN IHR SEID DRECKIG UND STINKT ZUM HIMMEL!

Die Spekulantenfirma Henning, von Harlessem & Co. GmbH (Fasanenstr.63) will die seit Jahren besetzten Häuser Marchstr./Einsteinufer in Charlottenburg räumen und strengt deshalb einen Räumungsprozeß gegen die BewonerInnen an.

Wir lassen nicht zu, daß unsere Freundinnen und Freunde auf die Straße gesetzt werden!
Hauseigentümer und Wohnungsnot haben Namen und Adressen.
Deshalb haben wir am Mittwoch den 29.1.92 um 11 Uhr morgens den feinen Damen und Herren der Firma ne Menge ekligen Müll und 50 Liter feinste Pisse vor die Tür gekippt und Grüße an die Scheibe gesprüht. Vorher haben wir die Tür mit einer Kette zugemacht. Die drinnen haben vielleicht blöd geguckt!

Jetzt stinken sie zum Himmel.

SPEKULANTEN ANGREIFEN!
DIE LEUTE BLEIBEN IN IHREN HÄUSERN!
MARCH/EINSTEIN IHR SEID NICHT ALLEINE!

Die Revolutionäre Fäkalienfront

Die neue Arbeitsmigration - Vorschlag für eine "militante Untersuchung"

Seit gut einem Jahr powern Bundesregierung und ihre Medien gegen die wachsende Zahl von Menschen, die aus Bürgerkrieg oder politischer Verfolgung oder ganz einfach aus Armut fliehen, sich in Deutschland niederlassen wollen und zu diesem Zweck politisches Asyl beantragen. Der Staat betreibt auf der einen Seite Abschreckungspolitik (neue Gesetze, ständige Verschubung in immer schäbigere Lager, medienwirksame Darstellung der Brandanschläge und Schlägertrupps), auf der anderen Seite gibt es zwischenstaatliche Abkommen über geplanten Import von billigen ArbeiterInnen.

Um die ImmigrantInnen herum haben sich in den letzten Monaten - besonders seit der Welle von Angriffen auf Flüchtlingswohnheime - sehr viele Initiativen entwickelt: von ländlichen Kirchengemeinden, die Sammlungen und bunte Abende organisieren bis zu linksradikalen Gruppen, die versuchen, die Flüchtlinge zu "schützen" bzw. mit ihnen zusammen eine organisierte Struktur für den Kampf ums Bleiberecht aufzubauen. "Antirassistische Politik" ist das aktuelle große Thema der Linken oder was davon übrig geblieben ist. Eine Politik mit sehr hohem moralischem Anspruch, die oft in Konflikt gerät mit den Bedürfnissen der Einwanderer.

Die Kategorie "Flüchtlinge" für alle Ankommenden verschleiert, daß es sich bei einem Großteil einfach um "Arbeitsmigration" handelt, für die es keine legale Form gibt. Die Argumente, die der Hetze gegen die "Wirtschaftsflüchtlinge" entgegengehalten werden, ignorieren meist die Probleme, die die Einwanderung von ArbeiterInnen, die bereit sind, für weniger Geld zu arbeiten, für die Leute bedeutet, die sich bisher am unteren Rand des Arbeitsmarktes bewegt haben... Wenn wir Fragen von Rassismus in der Arbeiterklasse offensiv angehen wollen, müssen wir uns mit der Veränderung und Neukonstituierung von Ausbeutungsverhältnissen auf der Basis der Migration auseinandersetzen.

Arbeitsmigration geht immer dorthin, wo ein Bedarf besteht. Einkommensansprüche, materielle Not, Wille nach Veränderung durch Auswandern treffen auf Rekrutierungsstrategien des Kapitals. Die Auswanderung wirkt oft als Ventil für aufgestauten Klassenhaß im Auswanderungsland und gleichzeitig als Spaltung der Arbeiterklasse im Einwanderungsland. Denn die einwandernden ArbeiterInnen begreifen sich zunächst nicht als Teil der Klasse hier - gerade Leute, die vorher nicht Arbeiter waren, aus eher feudalen Verhältnissen kommen, sehen die deutschen Arbeiter erstmal als Teil der Gesellschaft hier, die sie ausschließt von ihrem Lebensstandard. Der riesige Einkommensunterschied rechtfertigt für einige auch die Erzielung von Einkommen egal mit welchen Mitteln, und sei es durch Heroinhandel. Die Einwanderung nach Westeuropa hat zwar im letzten Jahr stark zugenommen, doch es ist trotz der informellen Strukturen, über die sie "sich selbst" organisiert, kein kollektiver Prozeß, sondern individuelle Flucht nach Einkommen. Die EinwandererInnen tauchen als vereinzelte hier auf, als isolierte Verkäufer der einzigen Ware, die sie besitzen: Arbeitskraft. Kämpfe der neuen Einwanderer gegen die verschärfte Ausbeutung können auch Prozesse von Neuzusammensetzung der Klasse insgesamt auslösen. Wenn es zu dieser Verbindung nicht kommt, enden die Kämpfe allerdings, wenn die üblichen Ausbeutungsstandards erreicht sind.

Speziell in Deutschland konnte das Kapital nie eine Ausweitung der Mehrwertproduktion mit der vorhandenen Arbeiterklasse durchsetzen und hat daher die Immigration in den verschiedensten Formen gefördert. Ein neuer Akkumulationszyklus war und ist immer verbunden mit einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse. Unerfahrene, "kulturell" isolierte, rechtlich benachteiligte ArbeiterImen sollen die bestehenden Arbeitsbedingungen aufbrechen: die bestehende Starrheit der Löhne nach unten, den Acht-Stunden-Tag, die Arbeitsrhythmen. Im folgenden wollen wir einen Überblick gegen über die Entwicklung der Arbeitsmigration nach Deutschland.

1 Die Massenarbeiter-Immigration bis 1974

a) Die Immigration nach 1945 spielte sich in Deutschland in mehreren Phasen ab: Zuerst wurde die Produktion – das mit 12 Millionen ZwangsarbeiterInnen gebaute größte und modernste Industriepotential Europas – mit neun Millionen "Ostflüchtlingen" wieder in Betrieb genommen. Bis zum Bau der Mauer 1961 wurden außerdem zwei Millionen Hochqualifizierte aus der DDR integriert. Danach probierte die BRD wie die anderen nordwesteuropäischen Staaten "Gastarbeiter"-Rotationsmodelle aus.

b) Die Anwerbung von ProletarierInnen aus Süd- und Südosteuropa auf eine begrenzte Zeit verschaffte dem Kapital (auch in der DDR) die notwendige billige Arbeitskraft für die Ausweitung der Massenproduktion in den Metropolen. Die Reproduktion dieser Arbeitskraft sollte außerhalb der (Sozial-)Staatsgrenzen stattfinden. Die gewollte Spaltung der Arbeiterklasse in Deutschland in einen national integrierten und einen anderen, aus dem Staat ausgeschlossenen Teil, sollte ein höheres Niveau von Klassenkampf verhindern.

c) Wie in ganz Europa und Nordamerika sind in den 60er Jahren die Wanderarbeiter vom Kapital direkt in die zentrale Arbeiterklasse gestellt worden (v.a. in die Montageindustrien). Von dort aus sind sie zu Protagonisten der politischen Neuzusammensetzung jener Phase geworden. Der gemeinsame Kampf mit "ausländischen" ArbeiterInnen begann die politische Integration der "Deutschen" in den Staat zu zersetzen. Wo das Kapital durch die Rotation die Unerfahrenheit zirkulieren lassen wollte, ließen 'zig Millionen ArbeiterInnen ihre Erfahrungen zirkulieren und damit auch die Kämpfe zwischen den Peripherien und den Industriezentren Europas (oft mehreren Stationen hin-

tereinander, z.B. von Süditalien zuerst in die BRD und dann nach Turin) Der Krisenangriff 73/74 zielte auf diese Klassenzusammensetzung und stoppte folgerichtig auch die Anwerbung.

2 Die Entwicklung nach 1974: Prekarisierung

Die Krisenpolitik nach 1974 mit ihren Massenentlassungen trieb viele WanderarbeiterInnen zur Rückkehr. Mit dem neuen Akkumulationszyklus kam dann auch die Immigration wieder in Gang.

a) Die Rekrutierung neuer FabrikarbeiterInnen aus den "deutschen Minderheiten" in Osteuropa machte eine kanalisierte Einwanderung von Arbeitskräften möglich, ohne Deutschland offiziell zum Einwanderungsland zu machen. Der deutsche Staat förderte den "Ausreisedruck" aus Polen, Rumänien und der SU. Von den "Aussiedlern" erwartete das Kapital die Mobilität und Unerfahrenheit von frischen ImmigrantInnen und weitgehende politische Loyalität (nicht zuletzt Antikommunismus). Die Größenordnung dieser Immigration liegt allerdings mit ca. 60.000 pro Jahr weit unter den "Gastarbeiterströmen der frühen 70er.

b) WanderarbeiterInnen aus der Türkei und Jugoslawien hatten wegen der anhaltenden schlechten Wirtschaftslage in ihrer Heimat wenig Gründe zurückzugehen. Sie holten ihre Familie nach und wurden zu dauerhaften BRD-BewohnerInnen. Der Staat versucht, sie über sozialarbeiterische "Integrationsprogramme" an den Staat anzubinden. Scheinbar gegenläufig dazu werden selbst hier geborene Kinder von WanderarbeiterInnen rechtlich als "Ausländer" nicht den Deutschen gleich-, sondern unter permanenten Vorbehalt gestellt.

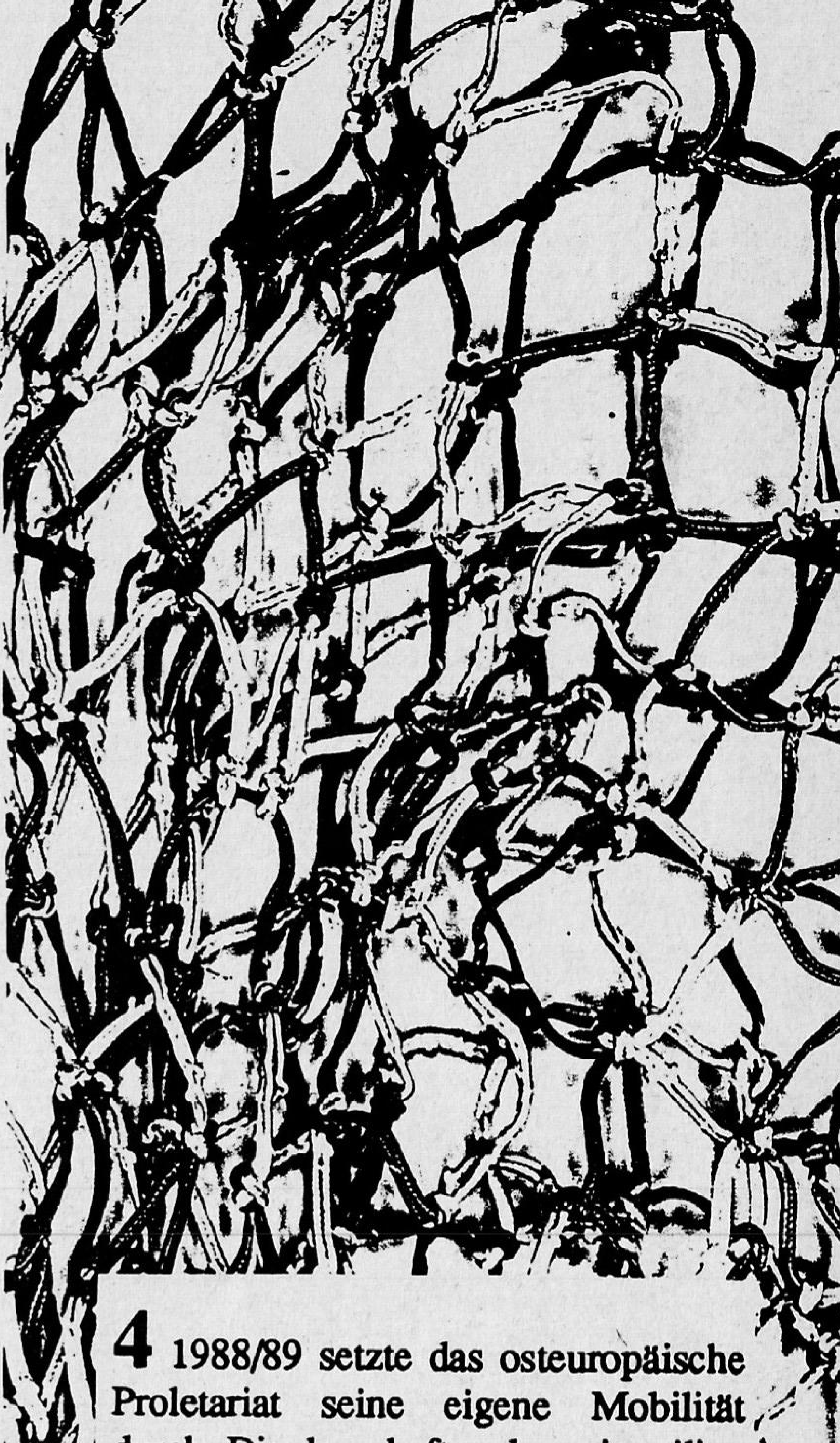
c) Der Personalabbau in den Fabriken und die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse hat die Immigration aus Staaten wie der Türkei nicht beendet. Sie findet jetzt unter "prekären" Bedingungen statt, z.B. im Rahmen des Familiennachzugs und durch Einheirat. Die Beschäftigungsquote von Türken in der BRD sank von 71% im Jahre 1970 auf 35% im Jahre 1990 (gegenüber 40% im BRD-Durchschnitt). Diese Zahlen lassen nicht nur auf die größere Kinderzahl schließen, sondern auch auf Arbeitslosigkeit und v.a. vermehrte Schwarzarbeit, vom Staat durch restriktive Vergabe von Arbeitserlaubnissen gefördert. Viele dieser Jobs entstehen in einem neuen Niedriglohnsektor von Familien- oder "ethnischen" Betrieben, wo z.T. ehemalige Fabrikarbeiter die Kapitalisten spielen.

3

Nach den Militärputschs in der Türkei und Polen, dem Umsturz im Iran dem Bürgerkrieg in Afghanistan, Sri Lanka und im Libanon kommen zigtausende von Menschen, die politisch verfolgt sind oder die einfach einen Weg raus aus der Armut suchen. Die einzige legale Aufenthaltsform ist der Asylantrag. Gleichzeitig wird dies eine neue Form der Arbeitsmigration.

Das Arbeitsverbot während des Verfahrens und nach Ablehnung des Antrags zwingt zur illegalen Arbeit.

* Das Asylverfahren ist ein flexibles Instrument, um die Migration zu selektieren und bei Bedarf auszudehnen oder zu verengen, die Bedingungen zu verschärfen oder zu lockern.
* Das Verfahren hat es bislang erlaubt, eine gewisse Kontrolle über den Schwarzarbeitsmarkt ausüben.
* Außerdem werden alle Einwanderinnen und Einwanderer politisch überprüft (Geheimdienste checken Verfolgungsgeschichte und kontrollieren die Leute weiterhin.)
* Die Ausgrenzung der AsylbewerberInnen aus dem legalen Arbeitsmarkt trägt dazu bei, sie als ArbeiterInnen zu entpolitisieren - d.h. sie können sich kaum als Teil der hiesigen Arbeiterklasse begreifen. Dies fördert eine Orientierung nach ethnischer Zugehörigkeit, die gut in die modernen Sozialstaatskonzepte der multikulturellen Gesellschaft passen. (Die auf Nordeuropa beschränkte Erscheinung, daß AsylbewerberInnen Sozialhilfe bekommen, hat nur solange als sozialstaatliche Schutzmaßnahme gegenüber der einheimischen Arbeiterklasse funktioniert, wie das Asylverfahren als Übergang zur Eingliederung in den offiziellen Arbeitsmarkt bzw. das Ausbildungssystem verstanden wurde. Die fast nur noch aus Sachleistungen bestehende Sozialhilfe ist heute hingegen ein Grundeinkommen, das mit Schwarzarbeit aufgestockt wird. D.h. auch ein niedriger Stundenlohn wird akzeptiert, wie die Teilnahme an den Sozialamts-Jobs zeigt.)



4

1988/89 setzte das osteuropäische Proletariat seine eigene Mobilität durch. Die dauerhafte oder zeitweilige Auswanderung nach Westen sprengte nicht nur die Klassenzusammensetzungen in Osteuropa, sondern auch in Westeuropa. Speziell die BRD ist nun Ziel der osteuropäischen Immigration, deren unterschiedliche Kategorien sich v.a. aus den vorhandenen Gesetzen ableiten: "Übersiedler", "Aussiedler", "Asylanten" und "Illegale".

a) Galten die ersten Flüchtlinge aus der DDR im Sommer 1989 als "stark motiviert", schuf die "Wiedervereinigung" das Problem, wie ein gespaltener Arbeitsmarkt aufrechterhalten werden kann. In Ostdeutschland gelten niedrigere Tarife, aber die 8 Mio ArbeiterInnen können sich frei auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewegen. Die Übersiedlung in den Westen (seit 1989 etwa eine Million Übersiedler) oder das Pendeln v.a. von jungen und ledigen ArbeiterInnen (500 000 täglich) nimmt den Abwehrkämpfen in den abgewickelten Betrieben einige Kraft. Gleichzeitig akzeptieren die Ostdeutschen in den Westbetrieben oft niedrigere Löhne, was zu erheblichen Konflikten führt. Spezielle "Ossi-Abteilungen" entstehen, in denen von den Ansässigen (bzw. Alt-Immigranten) niemand arbeiten würde (z.B. im Hamburger Hafen).

b) Seit der "Wiedervereinigung" scheint kein Interesse mehr an "Aussiedlern" aus Osteuropa zu bestehen, die sich dauerhaft hier niederlassen und für deren Reproduktion und Ausbildung der Staat aufkommen muß. Bis heute sind ca. 1,2 Mio. von ihnen eingebürgert worden, aber aufgrund der schlechteren Qualifikation, der fehlenden Deutschkenntnisse ist ihre Arbeitslosenrate bis heute sehr hoch. Als Konsequenz werden jetzt die Kontrollen zum Aussieben "nichtdeutscher" MigrantInnen, die als "Aussiedler" in die BRD zu kommen versuchen, verschärft und in die osteuropäischen Länder vorverlegt. Angesichts der Zahlen von zwei Millionen weiteren ausreisewilligen "Sowjetdeutschen" will die SPD den Aussiedler-Paragraphen ganz abschaffen; die Regierung verhandelt mit Rußland über Privilegien für "Rußlanddeutsche" dort.

c) Gleichzeitig haben sich die Zahlen der Asylbewerber mehr als verdoppelt



(insgesamt 700 000 seit 88). Die Regierung geht zudem von z.Zt. 500 000 illegalen Einwanderern in der BRD aus.

* Legal Eingereiste, deren Touristenvisa abgelaufen sind. Neben Schwarz-Kleinhandel arbeiten sie v.a. in klassischen, großteils von "illegalen" Sklavenhändlern kontrollierten Schwarzarbeitersektoren wie Bau, Gebäudereinigung, Obst- und Weinernte usw., wobei sie die bisherigen Schwarzarbeiterlöhne drücken. Falls sie Asylanträge stellen, dann, um sich abzusichern oder auch, um eine Zeitlang von Sozi zu leben.

* PolInnen können ohne Visum einreisen, bekommen aber i.d.R. keine Arbeitserlaubnis. Sie können jederzeit abgeschoben werden und bei "Fehlverhalten" durch Stempel im Paß "gesperrt" werden. Dumping-Löhne im BRD-Schwarzarbeitssektor sind, in Zloty umgewechselt, immer noch recht hoch.

* Illegal Eingereiste. Sie werden meistens in der Türkei und Südosteuropa von Schleppern direkt als ArbeiterInnen angeworben. Einige setzen ihre Hoffnungen auf die Hilfe der Landsleute hier, um eine Arbeit zu finden. Andere kommen sowieso mit der Perspektive, sich hier als Händler zu betätigen oder krimineller Arbeit nachzugehen. Viele werden trotz der hohen Preise für Schlepper an der Grenze erwischt. Sie wissen, daß sie "Asyl" sagen müssen, um nicht sofort abgeschoben zu werden. Diesen Migranten ist die Sozialhilfe vielleicht ganz recht, aber nicht der entscheidende Grund für ihr Kommen.

Bei allen Gruppen bestimmt v.a. der Staat die Grenze zwischen Asyl und Illegalität.

d) Die Asyl-Immigration wirft für den Staat einige Probleme auf: Die Leute können nicht einfach ohne Verfahren abgeschoben werden, sie lassen sich aber auch nicht alle in die Ausbeutungsordnung einbauen. Die BRD verhandelt mit den Balkan-Staaten, damit die Roma dort bleiben.

e) Im Sommer 1991 steigerte der Staat bewußt die Zahl der Asylanträge (indem er einfach die Überwachung der grünen Grenze verschärft) und initiierte eine neue Kampagne gegen die "Asylanten", z.T. indem er sie selbst noch mieser behandelt (sofortige ED-Behandlung für alle; Internierungslager...), v.a. aber, indem er gezielt kommunale Kassen belastet und über die Medien an rassistische Strömungen appelliert, dem angeblichen Volkswillen nachzuhelfen. Der Osten wird zum Faschistengebiet erklärt. Damit werden drei Ziele erreicht, von denen zwei mit den ImmigrantInnen so gut wie nichts zu tun haben:

* die sich entwickelnden Arbeiterkämpfe in der Ex-DDR werden über die unmittelbar Beteiligten hinaus kaum bekannt;
* es werden neue Legitimationen für den Ausbau der staatlichen Gewalt im Osten geschaffen (v.a. die "Ausländerfreunde" fordern: Bullen, Bullen, Bullen);
* alle ImmigrantInnen sollen von vornherein eingeschüchtert werden und Forderungen, wenn überhaupt, nur noch als Opfer stellen.



5 Die Bundesregierung legt die Grundlagen für eine neue Migrationspolitik:

a) EG-Politik: Die EG-Staaten erwarten im Binnenmarkt 93 zwar keine größeren Wanderungen von EG-Bürgern, aber die einzelnen Länder versuchen, die unterschiedlichen Situationen (z.B. geschätzte 2 Mio. völlig Illegale in Italien) zu vereinheitlichen, u.a. über europaweite Repressionsorgane (Schengener Abkommen/TREVI). Auch das Asylrecht wird vereinheitlicht werden.

b) Lösung von "Altlasten": TürkInnen/KurdInnen und JugoslawInnen sind dauerhaft eingewandert, haben sich aber nicht kulturell "assimiliert", sondern ethnische Communities gebildet, in denen Erfahrungen über ein weites Spektrum von staatlicher Sozialarbeit über garantierte Fabrikarbeit bis zu ethnischen Klitschen (in denen z.B. das starre BRD-Ausbildungssystem faktisch außer Kraft ist) und halblegalen Familien-Minibetrieben zirkulieren. Die in der BRD aufgewachsene Generation löst sich von den Begrenzungen des bäuerlichen Hintergrunds ihrer Eltern und ist gleichzeitig institutionell aus der BRD-Gesellschaft ausgeschlossen. Was Pädagogen und Bullen als Probleme sehen (Schulversagen, Kriminalität), drückt aus, wie wenig ein Teil dieser Generation in die produktive Kooperation der BRD integriert ist. Das seit 1991 gültige neue Ausländergesetz ist eine Art Wasserscheide: Den Angepaßten wird die Einbürgerung erleichtert (Ausbildungsinvestitionen des deutschen Staats gehen nicht verloren), die Unangepaßten werden stärker prekarisiert. Im wesentlichen ist der Zwang zur Arbeit verschärft: Wer zu lange nicht arbeitet, kann ausgewiesen werden. (Laut einer Umfrage unter Jugendlichen mit türkischer Staatsangehörigkeit wollen 70% hier bleiben und die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen - trotz der rassistischen Hetze!)

c) Zum ersten Mal seit 1974 hat die BRD letztes Jahr wieder Anwerbeabkommen abgeschlossen und zwar mit Polen, Ungarn, CSFR, Jugoslawien, Portugal. Dabei sollen die Fehler der alten nicht funktionierenden Rotationspolitik vermieden werden, indem statt der 3-5jährigen "Gastarbeiter"-Verträge diesmal nur 3-Monats-Verträge abgeschlossen werden und z.B. auf dem Bau ungarische und deutsche Kolonnen *nacheinander* arbeiten. Es gibt aber schon Stimmen (z.B. im Gaststättengewerbe), die eine Verlängerung auf 9 Monate fordern. Damit werden die Löhne und Arbeitsbedingungen in legalen Bereichen wie Bau und Krankenhaus und die Kämpfe der hier Beschäftigten direkt angegriffen. (es gab einem Krankenhaus schon Flugblätter, die den gleichen Lohn für jugoslawische Schwestern fordern.)

d) Über den illegalen Sektor wissen wir z.Zt. wenig. In Paris, Amsterdam oder London gibt es seit Jahren bestimmte Sektoren, in denen fast nur illegale ImmigrantInnen arbeiten, allen voran die Konfektionsindustrie (siehe Artikel in WILDCAT Nr. 57). Es gibt Stimmen, die das nun auch für Deutschland erwarten ....

Migration und illegale Arbeit – Überlegungen zur Untersuchungsarbeit

Die Arbeitsmigration findet heute in anderen Formen statt als in den 70er Jahren. Da die meisten veröffentlichten Zahlen nur die jeweiligen politischen Forderungen untermauern sollen, widersprechen sie sich oft und gegen nur wenig Einblick in die Realität der WanderarbeiterInnen. Eine Untersuchung ihrer Bedingungen und ihrer Erwartungen ist die erste Voraussetzung, um gemeinsam handeln



zu können. Dabei geht es nicht um eine Untersuchung "von außen", sondern um die gemeinsame Diskussion der Lebens-, Arbeits- und Kampfbedingungen hier als ersten Schritt zu gemeinsamer Aktion.

Mittel der Untersuchung: Wir haben begonnen, Interviews mit ausländischen KollegInnen, ihren Familienangehörigen zu machen. Wir setzen gehen in türkische oder polnische Cafés, die oft Vermittlungsbörsen für Jobs sind. Fragebögen als Leitfaden zu nehmen, kann dabei sehr hilfreich sein.

Während früher die im Heimatland angeworbenen »Gastarbeiter« zum großen Teil in »legale« Ausbeutungsverhältnisse rekrutiert wurden, ist heute für die Mehrheit der illegalen Einwanderer diese Möglichkeit versperrt. Sie bilden die hauptsächliche Arbeitskraft in bestimmten Branchen. Da der "informelle Sektor" die Ausgangsbasis für fast alle neuen MigrantInnen ist, setzt hier unsere Untersuchung an. Die politische Einschätzung dieses Sektors bewegt sich zwischen zwei Extremen:

* Für die einen ist der illegale Sektor Druckmittel, um die Löhne und die sozialstaatlich abgesicherten Bedingungen zu untergraben. Gerade in der gewerkschaftlichen Propaganda ist der illegale Bereich (oder oft noch platter: »die Illegalen«) Hauptübel der aktuellen Deregulierungstendenzen; im Kampf dagegen sind deswegen alle Mittel recht, und seien es Ausländerbullen, die Illegale abschieben, oder schärfere Gesetze, um sie schon am Herkommen zu hindern.



Die ersten Fragen sind:

1) Welche Dimensionen hat die Migration: wie viele »MigrantInnen« sind hier, wie viele kommen gerade, woher, aus welchen Gründen? Wieviele sind es im Vergleich zu früheren Einwanderungswellen - und zur Einwanderung in andere Länder, Regionen?

2) Welche Arbeiten machen sie hier? unter welchen Bedingungen, zu welchen Löhnen? Warum machen sie gerade diese Arbeiten? Wie ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt, wie entwickeln sich Ansprüche an Arbeit, welche Qualifikationen bringen sie mit? Wie wirken Ausbreitung von prekärer und illegaler Arbeit und Migration zusammen?

* Anderen erscheint der illegale Bereich als Beginn einer alternativen, selbstbestimmten Produktion: das Proletariat verwerte sich hier selbst, der Staat habe nur marginale Bedeutung. Die erste Position schlägt in die altbekannte Gewerkschaftsposition um: das Erreichte sichern, die eigene Klientel verteidigen - das gleiche Schema wie in den 80ern: Stammbelegschaften verteidigen, die Prekären dem Kapital zum Fraß vorwerfen. Die zweite Position bemüht sich, die Interessen der »neuen MigrantInnen« zu vertreten und übersieht oft u.a. die Ausbeutungsstrukturen innerhalb der "ethnischen" Betriebe.

Daraus ergaben sich weitere Fragen:

3) Über welche Kanäle kommen sie auf den Arbeitsmarkt?

4) Verhältnis zum Arbeitgeber: Ausbeuter vs. Landsmann

5) An welchen Biographien, Karrieren orientieren sie sich; wie sehen sie ihr eigenes Fortkommen?

Die Antworten geben uns hoffentlich Anhaltspunkte, um allgemeinere Fragen zu beantworten:

- Weitet sich in Deutschland der informelle Sektor aus? wie verhält er sich zu »garantierten« Bereichen (Lohnkonkurrenz; Ausweitung)? Entstehen bestimmte Sektoren (wie z.B: Konfektionsindustrie) neu auf der Basis von Niedriglöhnen?

- Wie entwickeln sich die Löhne in den bisherigen Sektoren von Schwarzarbeit?

Diesen Teil der Untersuchung dürfen wir nicht vorschnell auf die Arbeit der ImmigrantInnen einengen: es geht um die Frage der Ausweitung des gesamten prekären Bereichs - und welche Rolle darin die Migration spielt.

Wir haben in Berlin mit dieser Untersuchung begonnen. Jede/r von uns kennt Leute, die in solchen Arbeitsverhältnissen stecken. Oft genug arbeiten wir am selben Arbeitsplatz. Wir wollen versuchen, daraus ein Verhältnis von gemeinsamer Diskussion und Aktion zu machen.

Wer sich beteiligen möchte, komme am 15.2.92 um 16 Uhr zu unserem Treffen bei Babylonia, Cuvrystr.20, Hinterhof.

VON EINEM,
DER AUSZOG,
DIE BOSSE DAS FÜRCHTEN ZU LEHREN

Nach 1,5 Jahren glücklicher Arbeitslosigkeit zwang mich das Arbeitsamt, zu wählen zwischen Sklavenhändler oder Umschulung. Durch die Umschulung, die ich wählte, hoffte ich, Zeit zu gewinnen, um mich nach einem Halbtagsjob umsehen zu können. Die Umschulung sollte 2 Monate dauern, bei 8 Stunden am Tag.

Im Freien arbeiten	Mit Pflanzen oder Tieren umgehen	Mit Menschen zu tun haben	Körperlich tätig sein	Gestalterisch arbeiten	Handwerklich arbeiten	Auf technischem Gebiet arbeiten	Im Büro arbeiten	Anderen helfen	Verkaufen, Kaufen	Saubere Arbeit	Maschinen zusammen bauen, reparieren	Produktionsanlagen überwachen	Mit Metall umgehen	ARBEIT?.
mag ich weniger gern	mag ich gerne	mag ich gerne	mag ich weniger gern	mag ich sehr gern	mag ich weniger gern	mag ich weniger gern	mag ich sehr gern	mag ich sehr gern	mag ich weniger gern	mag ich weniger gern	mag ich nicht	mag ich nicht	mag ich nicht	!NEIN DANKE!

Arbeitsamt-Test leicht verfälscht

Da die Schule vom Arbeitsamt und der Industrie bezahlt wird, war sie ganz versessen darauf, mich aufzunehmen. Ich beschloß recht schnell, meinen Achtstundentag auf 4,5 Stunden zu reduzieren, da ich nicht dachte, daß mich die Schule beim Arbeitsamt verpfeift, weil ich ja sonst aus aus dem Kurs fliegen würde, und die Schule für mich kein Geld mehr bekäme. Mein Beschluß und mein Verdacht waren richtig.





Buchtip

Nachdem ich mir mit einer angenehmen Gehirnerschütterung und einem schönen Halswirbelsyndrom (siehe nebenstehenden Buchtip---in gutsortierten Infoläden erhältlich!) noch 2 Monate bezahlten Urlaub während der Umschulung gönnte, bestand ich meine Umschulungsprüfung. Mit dem Sklavenhändler im Rücken fand ich nach 2 Tagen einen Halbtagsjob.
Trotz eines Vertrages über 15 Stunden pro Woche, mußte ich in der Regel 18 Stunden pro Woche arbeiten. Schwere, harte Arbeit. Ich hatte die ersten 4 Wochen permanent Muskelkater. Nach ca. 8 Wochen wurde mir in der gleichen Firma eine Halbtagsstelle als Fahrer angeboten. Bei auch nur 20 Stunden pro Woche, besserer Bezahlung und leichterer Arbeit überlegte ich nicht lange. Obwohl ich eine Art Uniform tragen mußte.
Obgleich ich eine relativ gute Arbeitszeit hatte, verging die Lust am 5-Stunden-Arbeitstag sehr schnell. Jeden Tag das gleiche und abends kaputt! Dazu die üble Hierarchie bei dieser Firma, die sich keine Mühe machte, diese zu verbergen: "Wir zahlen 100% über Tarif - wer muckt, fliegt raus! In Japan fliegen die Arbeiter schon nach 3 Tagen Blaumachen raus. Bei uns, wir sind sozial, erst nach 5 Tagen!" (Zitat eines Personalchefs).
Auf die Frage, ob es in der Firma einen Betriebsrat gäbe, bekam ich die Antwort: "Nein - und wenn, geht dieser Dich nichts an!" Mir war sofort klar, daß dieser Betriebsrat mich sehr wohl was angeht. Durch diesen Betriebsrat lernte ich dann Kollegen kennen, die ihre Zeit und Kraft lieber für sich verwenden, als diese Zeit dem Chef zu schenken. Diese Kollegen standen auch schon teilweise auf der Abschußliste, denn sie sagten laut, was ihnen in diesem Laden stinkt, oder nahmen sich Urlaub, wenn sie ihn benötigten. Dabei konnte ich sie mit dem oben schon erwähnten Buch unterstützen, in dem Gebrauchsanweisungen stehen, wie mensch sich Urlaub nimmt (per "gelbem Urlaubszettel"). So nahmen wir uns auch kollektiv Urlaub, um diesen auch als Druckmittel einzusetzen, und um die nicht gewollten Überstunden auszugleichen.

Die Betriebsratswahl stand an (juhu!).
Diese lieben Kollegen und ich stellten uns alle zur Wahl auf einer Liste. Denn wer sich zur Wahl stellt, bekommt automatisch ein halbes Jahr Kündigungsschutz (§ 103 Kündigungsschutzgesetz, Absatz 2/I).

Dadurch wurde gesichert, wenn jemand von uns in diesem Zeitraum fliegt, ist zumindest die Abfindung höher als sonst.
Mit der Abfindung funktioniert das ungefähr so:



Wenn eine Firma einem/r Arbeitnehmer/In kündigt, und diejenigen klagen gegen die Kündigung, ist in der Regel immer eine Abfindung drin, wenn die Kündigung nicht selbstverschuldet ist.
(z.B. Diebstahl von Firmenkulis).
Krankheit ist grundsätzlich kein Kündigungsgrund!!
Wenn nun mensch noch einen Kündigungsschutz hat, und die Firma mensch trotzdem loswerden will, muß sie dafür zahlen (Abfindung). Ohne Kündigungsschutz ist die Höhe der Abfindung ungefähr

- bei 1 Jahr Mitgliedschaft -- 1 Monatslohn
- bei 2 Jahren " -- 2 Monatslöhne
- usw.

Mit Kündigungsschutz springt ungefähr das Doppelte raus .
Ein Kollege von uns ist mit diesem Trick noch vor der Wahl nach 4 Jahren Betriebsmitgliedschaft mit 20.000 DM Abfindung gegangen worden.
Nach der Wahl besaß ich also ein halbes Jahr Kündigungsschutz, obwohl nur ein Kollege von unserer Liste gewählt wurde. Fortan beschloß ich, mir den Urlaub zu nehmen, den ich benötigte, um mich zu entfalten und der Abfindung näher zu kommen.
Nachdem ich über 40% meiner Arbeitszeit mit AOK-Urlaub verbrachte, hatte ich die Aufmerksamkeit der Schlipsträger auf meiner Seite. Das schwierigste bei diesen Urlauben war das telefonische Krankmelden im Betrieb und der erste Arbeitstag nach dem Urlaub, da die Vorgesetzten mir am Telefon schon zu verstehen gaben, daß ich meine Kollegen im Stich ließe, daß ich gar nicht krank sei oder trotzdem arbeiten könnte, ganz nach dem Motto: "Was, schon wieder krank, das gibts doch nicht!"
Diese Hemmungen überwand ich, indem ich mir vorstellte, ich sei wirklich krank, und daß solche Sprüche von denen ja daher eine Unverschämtheit sind. Denn denen ist meine Gesundheit scheißegal, hauptsache ich arbeite, egal ob gesund oder krank.
Wichtig war dabei für mich auch immer, mit meinen GenossInnen über diese Angst zu reden. Diese Gespräche mit meinen WohnungsgenossInnen haben dazu beigetragen, mir meine Skrupel, Ängste und Hemmungen gegenüber den Arbeitshetzern zu nehmen. Ohne sie hätte ich es auch nicht so gut hingekriegt.
Wieder einmal war ein Urlaub zuende, und ich mußte arbeiten. Also ging ich mit einem flauen Gefühl im Bauch und mit dem Wissen, Krankheit ist kein Kündigungsgrund und ich will meine Abfindung, in die Firma.
Da unterstellten mir zwei Vorgesetzte, ich hätte eine negative Arbeitseinstellung, und schickten mich zum Personalmenschen. Mit weichen Knien, flauem Kribbeln im Bauch und dem Gedanken - sie können mir nur kündigen, und genau das will ich! - im Kopf ging ich zum Personalchef. Dieser sagte dann, daß das mit mir nicht so weitergeht, und daß ich jetzt 4 Möglichkeiten hätte:

1. - Sie kündigen mir fristgerecht (ordentliche Kündigung)
2. - Ich kündige Fristgerecht
3. - meinen jetzigen Arbeitsplatz gibt es nicht mehr, und ich muß wieder da arbeiten, wo ich angefangen habe (anderer Vertrag, härtere Arbeit, weniger Geld).
   Zitat Personalchef: Diese Arbeit halten Sie keine 2 Wochen aus, weil das Arbeitsklima versaut ist, und Sie dann doch selbst kündigen."
4. - Wir (die Firma und ich) machen einen Aufhebungsvertrag mit beiderseitigem Einverständnis und sie zahlen mir noch meinen Urlaub aus, großzügig wie sie nun mal sind.

Ich wußte, ich war kurz vorm Ziel. Die Angst vor den Vorgesetzten war weg, denn diese 4 Möglichkeiten waren alles, was sie auf Lager hatten, und da würde ich jede Klage vorm Arbeitsgericht gewinnen.
Ich sagte zu ihm, ich nähme die 5. Möglichkeit:
mir ist es egal, welche Möglichkeit sie wählen - ich gehe zum Anwalt.
Auch nach einer 2-stündigen Bedenkzeit, die sie mir im Aufenthaltsraum aufdrückten, blieb ich bei der 5. Möglichkeit.
Doch der Bezirksleiter, der bis dahin angerückt war, wechselte sofort die Taktik und wollte mich am nächsten Tag zum Betriebsarzt schicken. Ich ging sofort zum Anwalt und fragte ihn, ob ich überhaupt zum Betriebsarzt muß. Er teilte mir mit, deß ich da nicht hin brauche, da freie Wahl des Arztes auch im Arbeitsbereich Geltung hat. Nur die Krankenkasse könne mich zum Amtsarzt schicken!!!
Also ging ich am nächsten Tag streitlustig " das Gesetz ist auf meiner Seite" wieder in den Betrieb, direkt zum Personalchef und sagte ihm: "Guten Tag, ich bin gesund, ich will arbeiten!" Mit bösem Blick sagte er mir, daß ich sofort zum Betriebsarzt zu gehen habe, da dieser auch ein Amtsarzt ist. Nach einer kurzen Absprache mit meinem Anwalt ging ich wieder in den Betrieb zurück. Da der Personalchef nicht in seinem Büro war, vermutete ich ihn im Gemeinschaftsraum. Als ich den Gemeinschaftsraum betrat, rutschte mir erstmal das Herz in die Hose. Denn da saß nicht nur der Personalchef beim Mittag, sondern noch 13 andere dieser Schlipsträgersorte. Doch da mußte ich durch!
Ich verlangte eine schriftliche Rechtsgrundlage, nach welcher ich zum Arzt gehen muß. Die allerdings gibt es nicht!
Obwohl ich in dieser Situation recht eingeschüchtert war, war sie im nachhinein doch lustig. Denn dem einen blieb der Hamburger im Mund stecken, der Personalchef warf seine Pizza auf den Tisch und ein anderer sagte: "Ich glaub, ich bin im falschen Märchen!"
Worauf ich sagte: "Ja, stimmt, aber schon länger als ich."
Daraufhin schickte mich der Personalchef in sein Büro. Dort erklärte er mir, daß ich ab morgen wieder an meinem ersten Arbeitsplatz arbeiten müßte. Das konnte ich getrost verweigern (vorher mit dem Anwalt abgeklärt). Daraufhin verlangte er von mir, daß ich das Gelände augenblicklich verlassen sollte. Als ich dies schriftlich wollte, sprang er auf mit rotem Kopf und glubschigen Augen. Da wußte ich, es ist Zeit für mich zu gehen.
Nachdem daraufhin mein Anwalt einen Eilbrief an die Firma schickte und diese darauf hinwies, daß der Personalchef ja wohl seine Kompetenzen überschritten hatte, wollte ich am anderen Tag meine Arbeit wieder antreten.
Die Vorgesetzten erzählten mir, daß heute keine Arbeit für mich da sei, und daß ich selbstverständlich bezahlten Sonderurlaub hätte.
So trat ich eineinhalb Wochen jeden Tag meine Arbeit an, um zu hören, daß ich heute Sonderurlaub habe. Ich mußte jeden Tag meinen Arbeitswillen zeigen, um zu demonstrieren, daß ich mit einer Kündigung nicht einverstanden bin, weil eine Schadenersatzklage (Abfindung) auf dem Nichteinverständnis mit der Kündigung beruht.
Die eineinhalb Wochen waren der Zeitraum bis zur nächsten Betriebsratsversammlung, bei welcher meine Kündigung durchgebracht werden sollte. Der Betriebsrat bestand aus 3 firmentreuen Menschen, darunter der Personalchef, einem lieben Kollegen von unserer Liste und einem, den ich nicht kannte. Dieser Kollege wußte, daß ich die Kündigung wollte, und wies trotzdem während der Versammlung auf meinen Kündigungsschutz hin, der noch zweieinhalb Monate dauerte. Somit wurde

mir leider nicht gekündigt,und ich mußte meine Arbeits- und Urlaubsdialektik wieder aufnehmen, um in diesen zweieinhalb Monaten doch noch eine Kündigung zu erzwingen. Mit über 50% AOK-Urlaub und 3 Wochen vor Ablauf meines Kündigungsschutzes hatte ich mein Ziel erreicht: Eine fristgerechte Kündigung, gegen die ich nun locker klagen konnte. Da ich während des Kündigungsschutzes nur fristlos gekündigt werden kann, und Krankheit dafür kein Grund ist, konnte ich die Firma nun auf Schadenersatz verklagen.
Mein Anwalt beantragte einen Gerichtstermin vor dem Arbeitsgericht, da diese Kündigung ein Verstoß gegen das Kündigungsschutzgesetz § 15 war. Von der Kündigung bis zum Prozeßtermin dauerte es etwa noch 3 Monate. Vorm Arbeitsgericht gab es dann einen Vergleich wo am Ende über die Höhe der Abfindung entschieden wurde. Bei einem Jahr Firmenzugehörigkeit und über 50% Krankenstand gab es 2000.-- DM!
Anwaltskosten hatte ich keine, da ich in der Gewerkschaft bin, und diese in Streitfällen die Kosten übernimmt, auch wenn ich den Prozeß verloren hätte.
Der Nachteil bei diesen Gewerkschaften ist, daß du meist nicht mit offenen Karten spielen kannst.
Umso wichtiger war es für mich, Gespräche mit GenossInnen darüber zu führen, die mir die Angst vor den Vorgesetzten nahmen und mir die nötige Kraft und Streitlust gaben.



Gemeinsam sind wir unausstehlich!

Morgendlicher Schock für die Espresso-Trinker

Neapel dreht säumigen Zahlern das hervorragende Leitungswasser ab / Von Christa Langen-Peduto

NEAPEL, im Januar
Concettina, Hausfrau in Neapel, erlebte dieser Tage eine böse Überraschung. Ihren Espresso wollte sie kochen, jenen berühmten Trank, der, wie Espresso-Kenner wissen, wegen der speziellen Zusammensetzung des Leitungswassers nirgendwo in Italien so gut ist wie in Neapel. Doch Concettina drehte und drehte – kein Tröpfchen mehr floß aus dem Wasserhahn. Ein Wasserbruch, neue Wasserknappheit, verdächtige Substanzen in der Leitung? Concettina rannte wütend nach draußen – und mit ihr ein ganzes Heer von neapolitanischen Hausfrauen in Morgenröcken auf der Suche nach der Ursache. Passiert war, wie berichtet, etwas Einmaliges: Das städtische Wasserwerk „Aman" hatte 80 000 Nutzern kurzerhand die Wasserzufuhr gesperrt. Motiv: „Zahlungssäumig seit Jahren."

„Das ist wirklich unfair", sagten die an ihren hervorragenden morgendlichen Espresso gewöhnten Neapolitaner. Für die Betroffenen fing der Tag schlecht an wie selten zuvor. Jemanden ohne glaubwürdige Vorwarnung um den Espresso zu bringen, empfinden sie als unverhältnismäßig. Das Wasserwerk argumentiert, Wasser sei zwar eine öffentliche Dienstleistung, doch deshalb noch lange nicht gratis. 30 Kommandos aus je fünf Mann schickt das städtische Werk daher derzeit täglich los, um Saumseligen den Haupthahn abzudrehen. Umgerechnet rund 85 Millionen DM an Einnahmen fehlen dem Wasserwerk, weil viele seit Jahren nicht zahlen. Die Hälfte davon geht allein auf das Konto des staatlichen „Institutes für Sozialwohnungen Iacp". Dieses führte – so heißt es – die Wassergelder für seine Mieter auch deshalb nicht ab, weil es seit Jahren unter demselben Übel leidet, nämlich daß zahlreiche Wohnungsinhaber ihre Miete nicht zahlen. Folge für das Wasserwerk: Sein Defizit ist seit Jahren so hoch, daß keine Investitionen gemacht und auch keine neue Mitarbeiter eingestellt werden können.

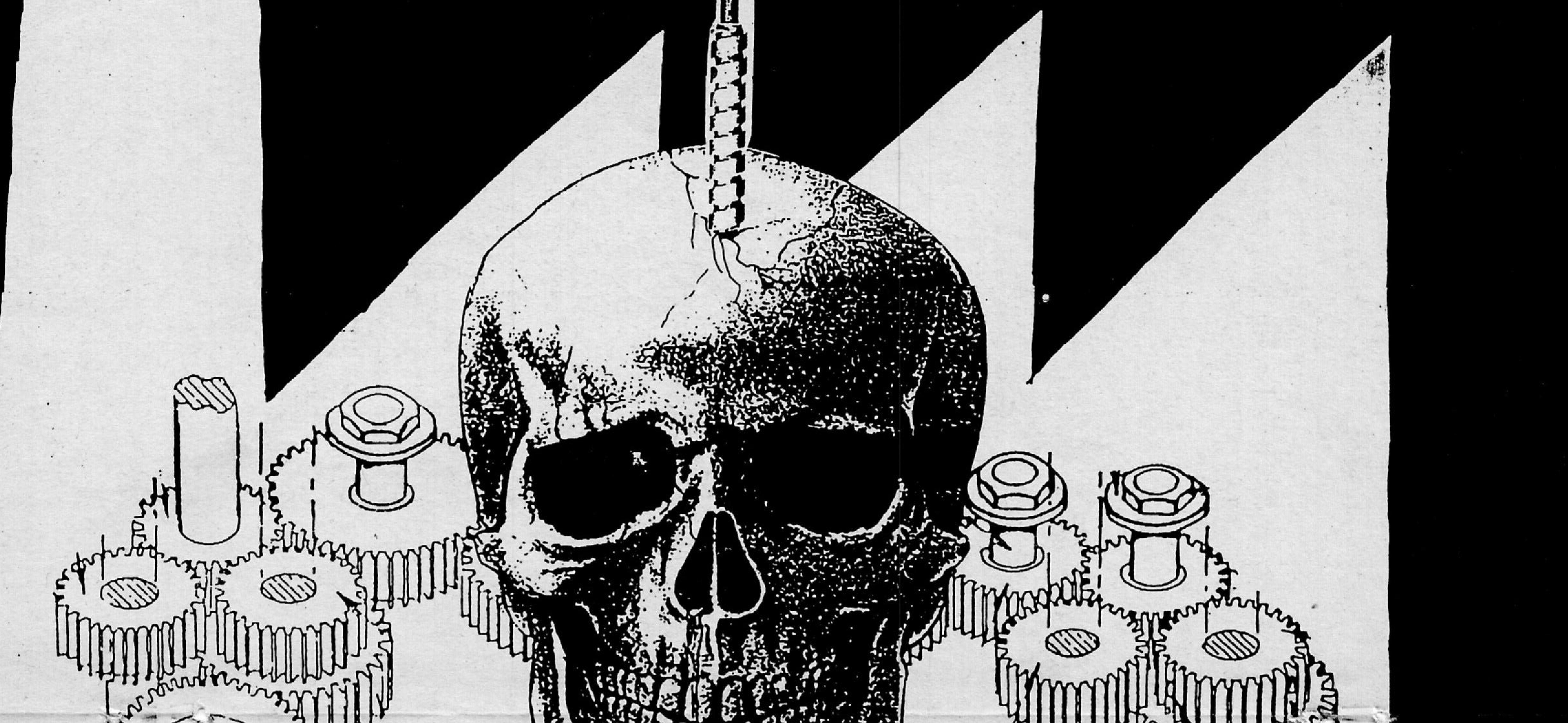
Lange Schlangen stehen jetzt vor den Schaltern des Wasserwerkes, alles Saumselige, die jedoch ohne Zapfstelle im eigenen Heim nicht leben wollen. Zwischen 1300 DM und 4200 DM Nachzahlungen leisten sie in der Regel. Rund 4,2 Millionen DM Schulden trieb „Aman" so schon in nur drei Tagen ein. Ohne Murren geht das natürlich nicht ab, jeder hat eine andere Entschuldigung parat.

„Erst habt ihr uns nur braunes Wasser geliefert, da habe ich aus Protest nicht mehr gezahlt", so behauptete Concettina. Diese Anspielung auf den Skandal mit der Wasserknappheit und der Verunreinigung Anfang der 90er Jahre führen viele an. Doch die meisten waren – wie Concettina – im Unrecht: Immerhin zeigte sich, daß sie sechs Jahre Wasserrechnung nachzahlen mußte, also schon vorher säumig war. „Keiner ist gekommen, um das Geld einzutreiben, sollen wir da noch hinterherlaufen?" An diesem von einem alten Mann angeführten Motiv, der Rechnungen seines gesamten Miethauses in der Hand hielt, ist allerdings etwas dran. Wasserwerksangestellte, mit der Eintreibung von Schulden beauftragt, sollen nämlich ihren Dienst ebenfalls nur saumselig ausgeführt haben – wohl wissend, daß die meisten doch nicht zahlen würden.

Doch trockene Wasserhähne gibt es, wie sich jetzt zeigt, selbst in Villengegenden. Rund 60 000 DM schuldet „Parco Ruffo", ein ganz im Grünen angelegter luxuriöser Gebäudekomplex. Gezahlt hatten die dort Wohnenden alle ganz pünktlich, nämlich an ihren Verwalter. Doch dieser leitete das Geld offenbar nicht weiter – bei „Aman" zumindest war „Parco Ruffo" säumig seit Jahren. Was tun? Die Bewohner gingen erstmal mit der Sammelbüchse herum, die Hälfte bekamen sie zusammen und leisteten sie jetzt erstmal als Anzahlung. Die Wasserhähne wurden wieder aufgedreht. Und nun wollen sie überlegen, was sie mit dem Verwalter tun sollen.

Wie man sieht, der Neapolitaner Unlust, Wasserrechnungen zu bezahlen, hat vielerlei Gründe. Sie stehen damit jedoch nicht allein da. 50 Prozent aller Wasserverbraucher im unterentwickelten Süden Italiens, so schreibt die römische Zeitung „Il Messaggero", seien ebenso saumselig. In Mittel- und Norditalien sei die Lage besser, 10 bis 20 Prozent zahlten dort nicht. Das habe jedoch auch etwas mit der Qualität der Dienstleistung zu tun: Im Süden sei diese unzureichend. Etwa in der Region Kampanien rund um Neapel wiesen 82 Prozent aller Wasserleitungen große Mängel auf, knapp und spärlich fließt das Naß aus den Kränen, 30 Prozent gingen schon in den Leitungsrohren verloren.

WENN ARBEIT WAS GEILES WÄRE
WÜRDEN DIE BONZEN SIE
FÜR SICH BEHALTEN





Strenge dich möglichst wenig an

genieße das Krankfeiern

organisiere dich mit KollegInnen

sabotiere den Betrieb

verkaufe deine Arbeitskraft

so teuer wie möglich



Widersprüche der modernen Fabrik

Das Folgende ist die leicht überarbeitete Fassung eines Referats, das auf einem internationalen Treffen der WILDCAT im November letzten Jahres in einer Arbeitsgruppe zur Fabrik gehalten wurde. Das Referat sollte in groben Zügen ein Untersuchungsprojekt zur Automobilindustrie umreißen, indem es auf die politischen Bruchpunkte und Widersprüche in den kapitalistischen Modernisierungsprojekten für die Fabrikarbeit hinwies. Es kann sich hier nur um Thesen handeln, die eine neue Aneignung der Fabrikrealität von Arbeiterseite ermöglichen sollen - und vieles wird bewußt als Frage stehen gelassen. Es geht um eine »Untersuchung«, die nur in den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter selbst gedeihen kann - und nicht um die hundertste soziologische Studie zur Autoarbeit. Ein solches Projekt stößt gerade in der Automobilindustrie auf die größten Schwierigkeiten, da die Macht der ArbeiterInnen und ihre organisierten Strukturen im letzten Jahrzehnt vom Kapital massiv angegriffen wurden. Es gibt kaum militante Strukturen in den Fabriken, an denen es anknüpfen könnte. Aber die Automobilindustrie ist wegen den fortgeschrittensten Methoden der Ausbeutung, die immer von ihr entwickelt werden, wegen ihres Umfangs und nicht zuletzt wegen ihres spezifischen Produkts ein Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft - und ihre inneren Widersprüche haben daher eine explosive Bedeutung für die gesamte Gesellschaft.

Wir können die Modernisierung der Fabrik, speziell der großen Montagefabriken, grob in drei Momente einteilen: **Einführung neuer Technologien, Verlagerung und Dezentralisierung von Produktionsstätten, neue Modelle der Arbeitsorganisation.** Bei der Untersuchung dürfen wir nicht den Fehler machen, aus den theoretischen Planungskonzepten auf einen einheitlichen und konsistenten Plan des Kapitals zu schließen. Es muß seine Konzepte in der täglichen Realität des Klassenkampfes durchsetzen - was zweierlei heißt: 1. ist es immer wieder gezwungen, seine Konzepte durch den Arbeiterwiderstand modifizieren zu lassen, und 2. muß das Kapital an den neuen Verhaltensweisen, Bedürfnissen und Forderungen der ArbeiterInnen ansetzen. Das heißt, es muß die Kämpfe der ArbeiterInnen verwerten, sie zum Motor der Modernisierung machen (das wird in dem 7. Kapitel des Buch »Lavorare in Fiat« - erscheint demnächst bei WILDCAT - deutlich gemacht). Nur so können diese Konzepte funktionieren: indem sie den Terror gegen die Klassenkämpfe mit einem Aufgreifen der Arbeiterforderungen verbinden.

Im Folgenden konzentriere ich mich auf die Bruchpunkte und Widersprüche in den modernen Produktionskonzepten. Das soll nicht als Triumphalismus der Arbeiterklasse mißverstanden werden - wir stehen vor dem Problem, daß die neuen Konzepte tatsächlich funktionieren und wir müssen erstmal verstehen, wie und warum sie funktionieren. Aber die vorgeschlagene Untersuchung soll nicht bei der Beschreibung der Realität stehen bleiben, sondern die Dynamik und Entwicklungsperspektiven des Klassenkampfes erfassen.

Automatisierung der Produktion

Anfang der 80er Jahre verbreitete das Kapital in der Automobilindustrie die Vorstellung, die gesamte Fahrzeugproduktion könne in kurzer Zeit automatisiert werden. Entsprechend kreiste die Diskussion der Linken um technologische Arbeitslosigkeit und Automatisierung. Heute ist klar, daß die verschiedenen Bereiche in ganz unterschiedlicher Weise automatisiert worden sind: Im Bereich von Preßwerk und mechanischer Fertigung wurde die Automatisierung mit computergesteuerten Maschinen auf ein neues Niveau gehoben. Karosseriebau (Schweißen) und Lackiererei - bisher manuelle Arbeiten - konnten erst auf Basis der »flexiblen« Automation rationalisiert wurden. In den Montagebereichen sind die frühen Automatisierungshoffnungen fallengelassen worden. Hier versucht das Kapital, durch die Auslagerung kompletter Montageschritte, den Einsatz neuer Transportsysteme (Robot-Carrier statt Fließband) und eine neue Arbeitsorganisation die Arbeitermacht zu schwächen.

Es hat also eine sehr selektive Automatisierung stattgefunden, die eine **Aufspaltung der Massenarbeiter** in der Automobilindustrie bedeutet. Auf der einen Seite entsteht die Figur des Automatisierungsfacharbeiters (in der deutschen Industriesoziologie als »Systemregulierer« bezeichnet), auf der anderen Seite bleibt ein großer Anteil an klassischer Hand- und Montagearbeit. Das gilt selbst für die automatisierten Bereiche: beim hochautomatisierten Punktschweißen im Rohbau arbeiten nur 5% der Arbeiter als »Systemregulierer«, 95% sind mit manuellen Schweiß- und Nacharbeiten beschäftigt. Das, was in der Automatisierungsdebatte früher als die »Restarbeitsplätze« bezeichnet wurde, bleibt also gegenüber den neuen Überwachungstätigkeiten die überwiegende Mehrheit. Lediglich in den sogenannten vollautomatisierten Bereichen der mechanischen Fertigung wird diese **neue Facharbeiterfigur** zu einer Mehrheit. Das ist aber für sie



mit einem schmerzhaften Prozeß verbunden, weil ihnen damit die verbleibende Handarbeit aufgehalst wird, was sie als Statusminderung erfahren. Diese neue Figur bleibt widersprüchlich, weil die weitgehende Abwälzung der Verantwortung für den gesamten Prozeß und ihr Bewußtsein von einer zentralen Stellung im Produktionsprozeß Erwartungen von Selbstbestimmung und Mitspracherechten weckt, die ihrer Unterordnung unter den kapitalistischen Plan entgegenstehen. Politisch wird diese Figur aber durch ihre Privilegierung gegenüber anderen Arbeiterschichten neutralisiert.

Neben dieser Aufspaltung des Massenarbeiters zeichnet sich auch ein **Vereinheitlichungsprozeß** ab, da die neue Maschinerie ein höheres Niveau an Kooperation von bisher getrennten Arbeitsaufgaben (z.B. Maschinenbedienung und Instandhaltung) erfordert. Das Kapital spricht vom universellen Automobilarbeiter; in einem Interview mit Opel-Facharbeitern wird dieser Prozeß deutlich (WILDCAT 57 - vgl. auch in WILDCAT 45 den Artikel zum Ford-Streik in GB aus *Echanges*, wo die These einer neuen Homogenisierung aufgestellt wird). Neue Formen der Entlohnung wie der Prämienlohn – an Stelle der alten Aufteilung in Zeit- und Akkordlöhner – begleiten die Vereinheitlichung. Außerdem sind die Arbeiter quer durch alle Bereiche von der Ausweitung der Maschinenlaufzeiten durch Nacht- und Samstagsarbeit betroffen.

Dezentralisierung und Konzentration der Produktion

Die Dezentralisierung der Produktion, Verringerung der Fertigungstiefe usw. waren eine *politische* Antwort des Kapitals auf die Arbeitermacht in den großen Fabriken. Dabei hat es zunächst Produktivitätsverluste in Kauf genommen, die aus dem Verzicht auf eine hochentwickelte produktive Kooperation entstehen. Aber dies konnte es nur vorübergehend hinnehmen. Die Jagd nach Profit zwingt das Kapital, die zerstreuten Produktionsstätten in einem neuen, weiterentwickelten Netz der Kooperation zu verbinden. Damit entwickeln sich neue Ansatzpunkte von Arbeitermacht:

Die unmittelbare Anbindung der Zulieferer an die Montagewerke wird v. a. als »Just-in-time«-Anlieferung (Kanban-System) diskutiert: die Fließbänder werden quer durch die dezentralisierte Fabrik wieder zusammengebunden, was dieselbe Anfälligkeit gegenüber Störungen mit sich bringt, die die militanten Kerne in den Automobilfabriken in den 70er Jahren als Waffe einsetzen konnten. Aber wo entsteht in diesem Produktionsnetz heute ein neues Klassensubjekt?



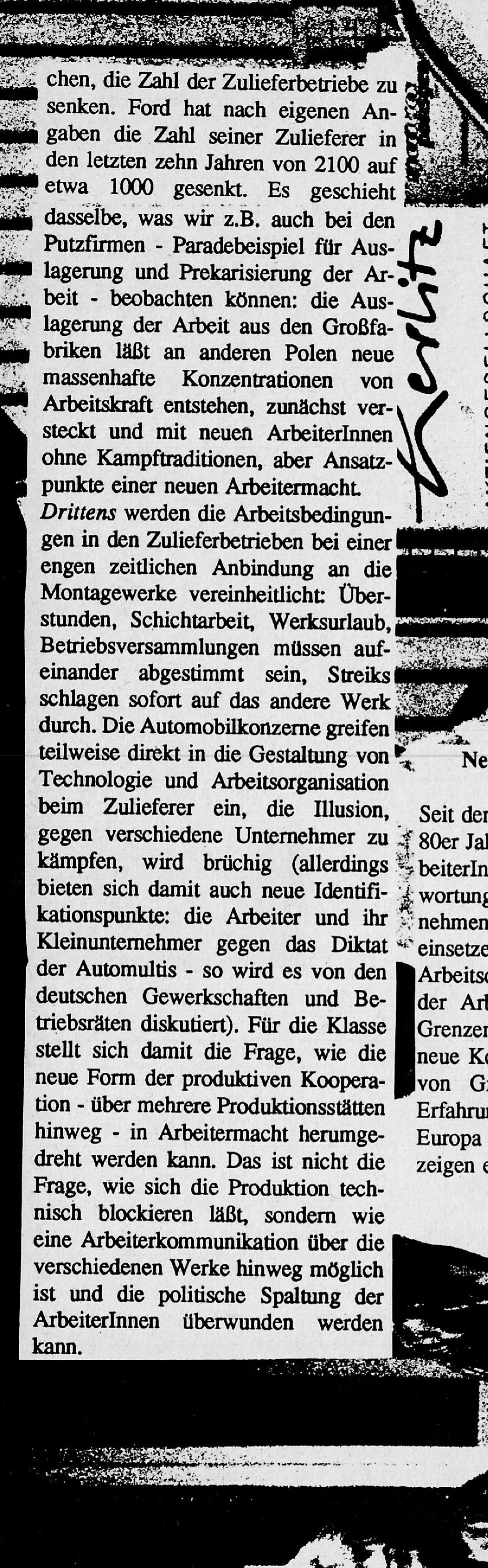
* »Just-in-time« hat zu einer starken Ausweitung der **Arbeit im Transportsektor** und deren Macht geführt. An Streiks von LKW-Fahrern wie dem Ende 1990 in Spanien, der sogar bei Ford in Köln die Bänder zum Stillstand brachte, wird das deutlich. Im Transportsektor vollziehen sich verschiedene Formen der Prekarisierung: Sub- und Sub-Sub-Unternehmen mit entsprechend miesen Arbeitsbedingungen, aber andererseits getarnt in neuen Formen mittelständischer Selbständigkeit, was Kampfperspektiven erschwert.

* Auf der Seite der **Zulieferer** gibt es gegensätzliche Tendenzen, die die Zulieferindustrie weiter auffächern - von großen Zulieferindustrien, die die gesamte Industrie beliefern, bis hin zu kleinen, an eine Autofirma angebundenen Zulieferern. Die Auslagerung von ganzen Teilmontagen (Komponenten) an Zulieferfirmen und die Abwälzung von Kosten auf die Zulieferer hat drei wesentliche Auswirkungen:

Erstens wird die **Kette der Zulieferung** länger. Komponenten-Montagewerke lagern ihrerseits Teilefertigung an kleinere Zulieferfirmen aus, was bis hin zu prekären Formen von illegaler Beschäftigung oder Heimarbeit geht. (Prekarisierung der Arbeit in der Automobilindustrie findet außerdem durch die Auslagerung von Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten statt, wobei sich die prekarisierte Arbeitskraft dann aber in den Montagewerken selbst befindet!) Aus diesen verschärften Ausbeutungsbedingungen erwachsen den Autokonzernen neue Qualitätsprobleme bei den zugelieferten Teilen, die dann den ArbeiterInnen in der Teil- oder Endmontage mehr Funktionen aufhalsen, weil ihnen die Kontrolle der einzubauenden Teile übertragen wird.

Die Verlängerung der Zulieferungsketten bedeutet eine weitere Aufspaltung der Arbeitsbedingungen und der Arbeiterklasse. Wegen der engen Anbindung der Zulieferer mit Just-in-time führt sie aber auch zu **regionaler Konzentration** (die durchschnittliche Entfernung zwischen Montagezentrum und Zulieferbetrieb verringert sich), und damit zu Möglichkeiten einer neuen, territorialen Arbeitermacht (in Japan gibt es Versuche, die prekäre Arbeitskraft der Zulieferer in regionaler Form zu organisieren), eine Gefahr, die das Kapital erkannt hat.

Zweitens versuchen die Zulieferbetriebe durch erneute **Kapitalkonzentration** und eine Verringerung der Zahl von Produktionsstätten ihre Kosten zu senken - und die Autofirmen versu-



chen, die Zahl der Zulieferbetriebe zu senken. Ford hat nach eigenen Angaben die Zahl seiner Zulieferer in den letzten zehn Jahren von 2100 auf etwa 1000 gesenkt. Es geschieht dasselbe, was wir z.B. auch bei den Putzfirmen - Paradebeispiel für Auslagerung und Prekarisierung der Arbeit - beobachten können: die Auslagerung der Arbeit aus den Großfabriken läßt an anderen Polen neue massenhafte Konzentrationen von Arbeitskraft entstehen, zunächst versteckt und mit neuen ArbeiterInnen ohne Kampftraditionen, aber Ansatzpunkte einer neuen Arbeitermacht.
Drittens werden die Arbeitsbedingungen in den Zulieferbetrieben bei einer engen zeitlichen Anbindung an die Montagewerke vereinheitlicht: Überstunden, Schichtarbeit, Werksurlaub, Betriebsversammlungen müssen aufeinander abgestimmt sein, Streiks schlagen sofort auf das andere Werk durch. Die Automobilkonzerne greifen teilweise direkt in die Gestaltung von Technologie und Arbeitsorganisation beim Zulieferer ein, die Illusion, gegen verschiedene Unternehmer zu kämpfen, wird brüchig (allerdings bieten sich damit auch neue Identifikationspunkte: die Arbeiter und ihr Kleinunternehmer gegen das Diktat der Automultis - so wird es von den deutschen Gewerkschaften und Betriebsräten diskutiert). Für die Klasse stellt sich damit die Frage, wie die neue Form der produktiven Kooperation - über mehrere Produktionsstätten hinweg - in Arbeitermacht herumgedreht werden kann. Das ist nicht die Frage, wie sich die Produktion technisch blockieren läßt, sondern wie eine Arbeiterkommunikation über die verschiedenen Werke hinweg möglich ist und die politische Spaltung der ArbeiterInnen überwunden werden kann.

AKTIENGESELLSCHAFT

* Die Autofirmen haben in den letzten zwanzig Jahren einen **Produktionsverbund** der Werke entwickelt, teilweise europa- und weltweit, der die Abhängigkeit zwischen den Werken verstärkt hat, weil bestimmte Teile nur noch an einem Standort für alle Werke produziert werden. Streiks bei Ford in England oder Belgien haben das gezeigt, und im November 1991 besonders deutlich und spektakulär der Streik im Werk Cléon von Renault, der die gesamte Produktion von Renault blockieren konnte. Aber inwiefern erkennen die ArbeiterInnen in solchen Streiks schon ihre neue politische Macht, die auf der höheren Stufe der Kooperation basiert - oder wird diese Waffe nur von den Gewerkschaften *vorgeführt*, um nachzuweisen, wie wichtig sie für die Aufrechterhaltung der Produktivität immer noch sind - wie es beim Streik der IG Metall 1984 der Fall war?

Neue Arbeitsorganisation - Gruppenarbeit

Seit den Krisenangriffen der 70er und 80er Jahre erpreßt das Kapital die ArbeiterInnen verstärkt, mehr Verantwortung in der Produktion zu übernehmen, sich flexibler und allseitiger einsetzen zu lassen. Die bisherige Arbeitsorganisation und die Rigidität der Arbeiterklasse setzen dem aber Grenzen - und es deuten sich ganz neue Konfliktlinien an. Die Versuche von Gruppenarbeit, die nach den Erfahrungen in den USA jetzt auch in Europa stärker zum Zuge kommen, zeigen einige Widersprüche auf:

Klassenzusammensetzung:
Gruppenarbeit zielt auf eine bestimmte Schicht von jungen, qualifizierten Arbeitern, die bereit sind, Verantwortung für die Produktion zu übernehmen und sowohl untereinander wie mit der Hierarchie in eine offene Kommunikation über die Verbesserung der Produktivität einzutreten. Dabei werden Forderungen dieser Arbeiter gegen das alte autoritäre Fabrikkommando, nach Anerkennung der eigenen Qualifikation und Kreativität aufgegriffen. Möglich wird dies heute, weil die deutschen Autokonzerne im Boom der 80er Jahre fast ausschließlich gelernte Arbeiter an die Bänder geholt haben. Diese erblicken in der Möglichkeit, ihre Qualifikation im Produktionsprozeß einzusetzen und dafür bezahlt zu werden, zunächst mal den ersehnten Aufstieg als Facharbeiter. Zufriedenstellend funktioniert dies aber nur dort, wo die Firmen aus einem großen Angebot an qualifizierter Arbeitskraft schöpfen können (Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit), wo also ein besonderer Druck für ArbeiterInnen besteht, sich auf die geforderte Beteiligung an der Produktionsverbesserung einzulassen. Auf der anderen Seite hat die Gruppenarbeit ihre natürlichen Feinde in den älteren Montagearbeitern, vor allem den Arbeitsmigranten, die sich auf

diese Kommunikation nicht einlassen wollen. Sie werden mit Einführung von Gruppenarbeit systematisch aus den Werken gedrängt. Zweitens wehren sich die Instandhaltungsarbeiter und andere indirekte Arbeiter gegen ihre Integration in die unmittelbare Produktion.
Da die Montagearbeit auch im Rahmen von Gruppenarbeit hauptsächlich angelernte Handarbeit bleibt, ist der Versuch, die Fabrik wieder attraktiver zu machen, begrenzt. Selbst die weitreichenden Modelle von Volvo und Saab in Schweden konnten den Absentismus und die Fluktuation nicht genügend senken. Das erst im Herbst '89 von Saab eröffnete fließbandfreie Musterwerk mußte im Februar '91 aus Kostengründen wieder geschlossen werden, die Montage wurde in die alte Fließbandfabrik zurückverlagert. Für das Kapital bleibt das Problem »Montagearbeit in der Metropole« ungelöst. Nicht nur bei den Zulieferern, auch bei den Automobilkonzernen besteht die Tendenz, verstärkt in Osteuropa zu investieren. Da es nicht gelingt, die Fabrik in der Metropole zu einem »attraktiven« Arbeitsplatz zu machen, sucht das Kapital nach neuen Arbeitskräften.

Hoffnungen und ihre Enttäuschung:

Gruppenarbeit konnte dort relativ reibungslos eingeführt werden, wo sie Arbeiterforderungen aufgriff und Hoffnungen auf Verbesserungen auslöste. Von den Firmen wurde das mit großem Werbeaufwand bewußt gefördert: bessere Qualifikation und Lohn, Erleichterung der Arbeit, mehr Mitsprache in der Produktion, Aufstiegschancen. In der Einführungsphase räumen die Firmen tatsächlich einen größeren Spielraum ein. Z.B. hatten die Arbeiter bei NUMMI (*das* Vorzeigewerk in den USA für Gruppenarbeit) in der Anlaufphase der neuen Fabrik das Recht, bei Störungen das Band zu stoppen - um eine »optimale Qualität« zu sichern. Als die Produktion auf volle Kapazitätsauslastung hochgefahren wurde, verloren die Arbeiter dieses Recht und wurden gezwungen, auch bei Qualitätsproblemen weiterzuarbeiten. Bei Opel in Bochum wurden erst nach einer lokkeren Einführungsphase die Stückzahlen heraufgesetzt. Schon jetzt sagt die Mehrheit der Arbeiter in den Gruppen bei Opel, daß sich der Zeitdruck durch die neue Organisation verschärft hat. Die Gewerkschaft nennt die Verweigerungshaltung der Arbeiter gegenüber diesen Anforderungen die »Flucht in den Taylorismus«: unter dem Druck der Zeitvorgaben konzentriert sich jeder wieder auf eine Teiltätigkeit. Ebenso werden die Hoffnungen auf Lohnbesserung und Aufstieg systematisch enttäuscht. Daß es trotzdem nicht gleich zu Kämpfen aus diesen Strukturen kommt, liegt daran, daß es fremde, vom Kapital vorgegebene Strukturen sind, die ein hierarchisches Innenleben entfalten. Eine Untersuchung zu einem Gruppenexperiment bei Ford/Köln stellt fest, daß sich in den Gruppen schnell eine Spaltung in »leader« und »underdogs« entwickelt. Diese Gruppen, die zudem unter ständiger Beobachtung der Hierarchie stehen, scheinen daher zunächst nicht als Organisationsform für den Arbeiterkampf umgedreht werden zu können - aber er kann sich an ihnen entzünden, wenn sie als neue und perfidere Form des kapitalistischen Kommandos durchschaut und angegriffen werden.

Gruppe als neues Kommando:

Indem der Gruppe Aufgaben zugewiesen werden, die bisher bei den Meistern oder Vorgesetzten lagen, wird der Feind und das Kommando des Kapitals zunächst verschleiert. Konflikte um Urlaub, Krankheit, Lohn, Qualifikation bis hin zu Entlassungen sollen innerhalb der Gruppe ausgetragen werden. In dieser Verschleierung tritt das Kapitalkommando aber nun als das auf, was es wirklich ist: nicht die Macht einer Person, nicht als ein persönliches Abhängigkeitsverhältnis, sondern als sachliches Diktat, Zeit- und Stückvorgaben. Der Arbeiterkampf kann sich dann nicht länger an einzelnen Personen abarbeiten, sondern muß sich unmittelbar mit dem Kapital als sachliche Gewalt konfrontieren. Der Feind ist nicht länger der Meister und dessen Autorität, sondern die Arbeit als solche, zu der sich die Arbeiter in der Gruppe durch ihre gegenseitige Kontrolle anhalten. Was heute als eine Perfektionierung und Verschleierung des Kommandos erscheint, wird in den zukünftigen Kämpfen das Kapital als solches, also die Gewalt der Arbeit angreifbar machen.

Gruppenarbeit als Schwächung der Gewerkschaft - Chance der Selbstorganisation?

Anfang der 80er Jahre hatte die Gewerkschaft befürchtet, daß sich durch Gruppenarbeit alternative Vertretungsstrukturen entwickeln (Gruppensprecher), die ihren Einfluß aushöhlen (siehe USA). Da sie aber beim deutschen Modell der Einführung von Anfang an stark beteiligt wurde, sah sie ihre Rolle in den Fabriken durch Gruppenarbeit nicht bedroht. So übernehmen die Betriebsräte bei Opel-Bochum wichtige Funktionen der Regulierung und Gestaltung der Gruppenarbeit, und ihre nützliche Funktion wird vom Unternehmer voll anerkannt. In Zukunft könnte die Gewerkschaft aber vor einem anderen Problem stehen: durch die starke Beteiligung an der Einführung der Gruppenarbeit fällt die Arbeiterkritik, die sich an der Gruppenarbeit entwickelt, auf sie zurück – Kämpfe gegen diese neue Form des Kommandos würden sich dann an ihr vorbei entwickeln.

Es ist deutlich geworden, daß ein **Untersuchungsprojekt** zur Automobilindustrie eine enorme Breite von unterschiedlichen und aufgesplitterten Arbeitsbereichen einbeziehen und nach Verbindungen und Kommunikationsansätzen von Arbeiterseite darin suchen muß. Der Zyklus des Autos reicht von der illegalen Arbeit in Klitschen bis zur Computer-Techniker-Arbeit in den Autofabriken, er umfaßt die gesamte Situation der Arbeiterklasse in der Metropole - und zunehmend auch in der sogenannten Peripherie, wenn wir an den Autoboom im Osten oder in Ländern wie der Türkei denken. In diesem Zyklus erzwingt das Kapital die Zusammenarbeit von ArbeiterInnen in den verschiedensten Ausbeutungssituationen und Ländern der Erde. Auf dieser Kooperation beruht der Profit der Automultis - aber diese Zusammenarbeit liefert auch die Grundlage einer kollektiven Macht der Klasse gegen das Kapital, der einzigen Macht, die wirklich Schluß machen kann mit der Arbeit - und damit übrigens auch mit dem Auto.

Tarifverträge abgeschlossen Einkommenssenkung durchgesetzt





Die Tarifverhandlungen sind über die Bühne. Die Abschlüsse liegen alle um 7% plus "Strukturverbesserungen" in den unteren Lohngruppen. Die Ergebnisse blieben damit weit hinter den Ausgangsforderungen. Statt der 280 DM-Mindestforderung für die Metallindustrie gibt es nur 231 DM bzw 186 DM mehr für LG 2 und 3. Für LG4 sind es schon nur noch 142 DM.
Daß von den "Verhandlungskomissionen" Zugeständnisse weit unter den ursprünglichen Forderungen gemacht werden , ist ja schon eine alte Leier. Und wer hat sich nicht schon damit abgefunden, daß die Gewerkschaften am Ende doch immer bloß die Lohnleitlinien zum Wohle der Unternehmer einhalten? Die Abschlüsse kamen überraschend schnell, zumal die Beteiligung an den Warnstreiks teilweise relativ hoch war. Es wurden auch ganze Schichten geschmissen statt symbolischer halber Stunden. War das den Gewerkschaften vielleicht zuviel Kampfbereitschaft? Wir haben doch noch gar nicht angefangen zu kämpfen!

Mit diesen Tarifabschlüssen haben sie uns eingeseift!
Auch wenn wir im Moment ein paar Märker mehr auf dem Lohnzettel finden,- ab 1.Juli kommt die Dusche: 7,5% mehr Lohnsteuer. Dazu die höheren Preise für Benzin, Heizöl, Gas und Versicherungen. Telefon und öffentlicher Nahverkehr wurden oder werden ebenfalls teurer. Die Lebensmittel und vor allem die Mieten steigen maßlos. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate für 1991 wird bereits mit über 4% veranschlagt. Damit werden die Lohnerhöhungen mehr als aufgefressen. Es wird für 1991 mit einem durchschnittlichen (Real-) Einkommensverlust von 1,7% gerechnet!

Und es kommt noch dicker: Tabaksteuer ab 1992, Pflegeversicherung, Mehrwertsteuererhöhung usw. sind schon angekündigt.
Gleichzeitig werden Vermögens- und Gewerbekapitalsteuern in den neuen Bundesländern sogar ausgesetzt. Die Schere zwischen Arbeitereinkommen und Unternehmergewinnen öffnet sich weiter. Alleine in den 80ern sind die Gewinne sechsmal stärker gestiegen als die Löhne. Damit ist der Lohnanteil am Volkseinkommen auf dem niedrigsten Stand seit 1962. Der Anstieg der Lohnstückkosten in der BRD ist deutlich niedriger als im EG-Durchschnitt und in den USA.

Organisieren wir uns selbst!

Unter den Belegschaften und Vertrauensleuten einiger Betriebe gab es wegen der Tarifabschlüsse ziemlichen Unmut. Zu offensichtlich sind wir verschaukelt worden. Die IGM hat es doch selbst gesagt (wie z.B. der Werften-Sekretär vor den Vertrauensleuten bei Blohm & Voss): "Alles unter 7,5% ist eine Nullrunde".

Offensichtlich zieht die Gewerkschaft es vor, uns voneinander isoliert mal in dem einen Betrieb, mal im anderen für ein Stündchen Warnstreik zu mobilisieren. Wenn wir darüber hinausgehen wollen, legen sie uns gleich Knüppel zwischen die Beine. Schon die Trennung der Tarifrunden für jede Branche und neuerdings sogar für verschiedene Bundesgebiete (alte und neue) behindern gemeinsame Diskussionen und Aktionen aller ArbeiterInnen. Als wären unsere Interessen als Metaller/in, Krankenhausarbeiter/in oder Drucker/in so verschieden...

Statt wirklich Informationen an die Belegschaften weiterzugeben, z.B. über Konflikte in anderen Werken und Betrieben, und Diskussionen unter uns zu fördern, veranstalten die Betriebsräte gelegentliche Betriebsversammlungen, auf denen uns Unternehmer und Gewerkschaftsfunktionäre vollquatschen.

Bei aller Kritik an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik müssen wir zugestehen, daß diese auch auf unserer eigenen Passivität beruht. Solange wir die Symbolik gewerkschaftlicher "Arbeitskampfmaßnahmen" nicht durchbrechen, können sie uns weiter unsere eigene Schwäche vorführen bis zum gewollten "Mehr war nicht drin"-Gefühl. Es liegt auch an uns - wir müssen die Sache schon selber in die Hand nehmen!

Es kann schon Mut machen, sich an ein paar positive Beispiele zu erinnern: im Herbst 89 gab es in den Stahlwerken im Ruhrgebiet eine Bewegung für "Nachschlagszahlungen" mit kleineren Arbeitsniederlegungen. Nach dem offensichtlichen Lohnbeschiß durch die Tarifabschlüsse von 1987 haben sich die Arbeiter einige Extra-Zahlungen erkämpft. Diese Bewegung setzte sich in Automobilwerken und anderen Betrieben fort: im November 90 wurde in zwei Schichten in Wolfsburg wild gestreikt für 500 DM mehr. In Kassel wurde gegen Betriebsverlagerungen in die Ex-DDR gestreikt. Auch die Bewegung der Krankenhausarbeiterinnen 1989 ging wesentlich von der Basis aus, die sich in autonomen Versammlungen organisierte. Anfang letzten Jahres gab es die Mobilisierung der Erzieherinnen, die v.A. in Berlin einen langen Streik organisierten. Im Hamburger Hafen haben die Hafenarbeiter im Februar mit einem Bummelstreik die Einführung eines beschisseneren Schicht-Systems verhindert.

Keine dieser Bewegungen hat außerordentliche Verbesserungen erreicht, wenn auch die 10%ige Lohnsteigerung für das Pflegepersonal letztes Jahr einiges über "normal null" lag. Es wird darauf ankommen, ob es in den Betrieben gelingt, die Diskussionen zu vertiefen und Kontakte zwischen verschiedenen Bereichen zu entwickeln.










Lieber schwarzes Schaf als blinde Kuh!

Seit April läuft eine Kampagne "gegen das Krankfeiern". Arbeitgeberpräsident und Industrieverbandschef fordern lauthals die Wiedereinführung von drei unbezahlten Karenztagen im Krankheitsfall. Solche Forderungen - so lächerlich sie sind - bilden den Hintergrund für eine Reihe betrieblicher Verschärfungen gegen das Blaumachen auf Krankenschein. So konnten wir gerade von der Drohung der Post lesen: Fehlzeitenlisten, Gelber Zettel sofort, Umsetzungen, Kündigungen. Auch in anderen Betrieben werden Lohnkürzungen erwogen oder schon durchgeführt. Im Hafen wird regelmäßig mit großer Verspätung erst der Lohn gezahlt und den Arbeitern wurde die Streichung des Malus-Tages angedroht, wenn die "Schwarzen Schafe" in Zukunft nicht weniger krank sind. Seit Anfang Juli ist für den Sonnabend der gelbe Schein Pflicht.

Wir wollen uns gar nicht auf eine Debatte zur Rechtfertigung des Krankfeierns einlassen - die Arbeit macht uns genug kaputt! In der alten BRD sterben jährlich nachweislich (!) alleine 50.000 direkt an den Folgen ihrer Arbeit. Es ist aber wichtig, daß wir uns in den Betrieben durch diese Kampagne nicht spalten lassen in schwarze Schafe und brave Arbeitstiere. In manchen Abteilungen klappt es schon lange ganz gut, daß die Leute sich absprechen beim reihum krankfeiern und gegenseitig Tips zu "Krankheitsgeschichten" und guten Ärzten geben.

Wir meinen, wenn du dich schlecht fühlst, gibt es keinen Grund, dich zur Arbeit zu schleppen und wenn du dich gut fühlst, eigentlich auch nicht.



Rassismus: Wir kämpfen gegen uns selbst

Wie gehabt spielen Unternehmer und Regierung uns gegeneinander aus und die Gewerkschaften spielen mit. In der alten BRD wird seit Jahren das erreichte Niveau von Löhnen, Sozialleistungen und Rechten angegriffen. Die neueste Begründung dafür ist die "Wiedervereinigung". Jetzt wird die ganze Produktionsstruktur der alten DDR zerkloppt und nebenbei machen die Konzerne ihre Schnäppchen. Die DDR-Wirtschaft beruhte klar auf Ausbeutung, aber die ArbeiterInnen hatten in den Betrieben relativ günstige Bedingungen durchgesetzt. Sie mußten wenig arbeiten und konnten sich viel erlauben, ohne rauszufliegen. Das ganze Gerede von "Konkurrenzfähigkeit", "Produktivität" und "Staatsverschuldung" heißt nur, daß die Leute endlich parieren sollen und für uns heißt es Einkommenskürzungen, weil wir diesen "Umbau" auch noch bezahlen sollen. Kurz: Im Westteil soll mehr gearbeitet werden, damit im Ostteil mehr gearbeitet wird - fragt sich bloß, wem es dadurch besser gehen soll. Für die OstlerInnen bedeutet dies, daß sie in der Ex-DDR oder als Pendler hier zu Dumping-Löhnen schuften sollen. Die Löhne im Osten werden entgegen allen offiziellen Verlautbarungen noch im Jahr 2000 nicht denen im Westen entsprechen. Aufgrund geringerer Zulagen, geringerem Urlaub usw. werden die Lohnkosten dort noch 1998 erst 80 % von denen im Westen betragen. Damit werden bewußt Pendler und Übersiedler auf den West-Arbeitsmarkt gedrängt, um die Konkurrenz unter den ArbeiterInnen zu erhöhen und das Lohnniveau zu drükken.

Leider machen wir selbst oft irgendeine Gruppe von ArbeiterInnen für die ganze Scheiße verantwortlich: "die Wessis", "die Ossis", "die Türken", "die Polen" oder sonstwen. Die Behauptung, "es gibt nicht genug für alle", ist eine der ältesten Lügen, mit denen Regierung und Unternehmer versuchen, uns ängstlich, dumm gespalten und schwach zu halten. Alle haben die gleichen Interessen: möglichst gut leben und möglichst wenig sich das Leben durch die Arbeit kaputtmachen zu lassen. Wenn wir uns auf irgendwelche wirklichen oder angeblichen Unterschiede unter uns berufen und damit begründen, daß wir nur für uns selbst und sogar **gegen die anderen** kämpfen sollten, schwächen wir letztlich nur unsere Position gegenüber den Unternehmern.

Gerade in der Ex-DDR läuft da einiges schräg. Aus gutem Grund haben die ArbeiterInnen ihr System gestürzt, weil sie die gleichen (zum Teil scheinbaren) Möglichkeiten haben wollten, wie ihre KollegInnen im Westen: Autos, Reisen, Konsum. Jetzt sollen sie aber erstmal "hart arbeiten" - sprich: niedriger Lohn, Umschulungen, irrsinnige Arbeitswege, Entlassungen. Da in der Ex-DDR linke Politik vorerst verschissen hat, laufen viele mit ihrem Frust und ihrer Ratlosigkeit rechten Erklärungsmustern und rechten Hoffnungen hinterher. Sie grenzen sich ab mit Nationalismus (deutscher als die Westdeutschen) und Rassismus (gegen alle, die anders aussehen) und überhaupt gegen alle, die irgendwie anders als "normal" sind: Schwule, Lesben, Alternative, Linke. In der Ex-DDR ist es zur Zeit ziemlich leicht, aufs Maul zu kriegen. Und fast immer hauen sich ArbeiterInnen gegenseitig aufs Maul.

Aber letzlich haben wir dieselben Interessen, egal, welche Sprache wir sprechen oder aus welchem Deutschland wir kommen, egal, ob wir gerade mehr oder weniger stark ausgebeutet werden. Wenn wir untereinander kämpfen, kämpfen wir gegen uns selbst. Ob wir bei Opel in Eisenach oder in Rüsselsheim, für die Bahn in Hamburg oder Ostberlin arbeiten, ob wir aus Dresden, Mosambik oder aus Westberlin mit türkischem Pass stammen... was interessiert das?

Genießen wir das Leben
- Scheißen wir auf die Arbeit!

Wir müssen das alles in den Betrieben diskutieren. Wollen wir mit Parolen vom Gürtel-enger-schnallen für die Profite der Unternehmer akkern wie die Blöden? Wir sollen jetzt in die Hände spucken und "Einkommenszurückhaltung" üben zum Wohle der bundesdeutschen Wirtschaft, für den Aufbau im Osten usw. Wir haben diese Aufopferungsparolen satt !!!!!!
Reden wir doch lieber mal von der Verteilung des Reichtums und von seiner sinnvollen Verwendung! Reden wir über unsere Lebensqualität! Zum Beispiel die Schichtarbeit oder die Arbeitshetze oder die Gesundheitsschäden, die Arbeitsunfälle, die Schikanen. Oder unsere Wohnungen: zu klein, zu schlecht, zu wenig, zu teuer. Oder die Umwelt: die Luft und die Böden versaut. Die Nahrung: voll Chemie. Die Ausbildung unserer Kinder: Lehrpersonal und -mittel werden gestrichen. Unsere Wohnviertel: mehr Autos als Bäume.
Und auf der anderen Seite: Milliarden werden für Waffen, Militär, für Überflußproduktion, für Atomenergie und überhaupt für die ganze Organisation der Ausbeutung unserer Arbeitskraft verbraten. Z.B. der Autowahn: Ein Großteil an gesellschaftlicher Produktivkraft wird für Autos, Straßen, KFZ-Verwaltung usw. verbraucht. Der größte Teil davon ist wiederum nur notwendig, weil Produktion und Gesellschaft nicht sinnvoller organisiert sind. Kurz: Wir arbeiten für die Autos, damit wir Autos für die Arbeit haben. Die Automultis profitieren - Gesundheit und Umwelt gehen in Arsch.
Grundsätzliche Alternativen zum bestehenden System der Arbeit und der politischen Unmündigkeit scheinen spätestens seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus undenkbar. Weil sie nicht kapieren konnten, daß die Abschaffung der Ausbeutung etwas damit zu tun hat, daß die gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht mehr als Lohnarbeit organisiert wird, haben die alten Arbeiterführer nur eine soziale-re Variante des Kapitalismus angestrebt. Im Osten die staatskapitalistische und im Westen die sozialstaatliche und marktkapitalistische. Doch lassen wir uns nicht von den Verirrungen der Geschichte bluffen! Formulieren wir unsere Kritik: an unseren Arbeitsbedingungen, an den Löhnen, an unseren Lebensbedingungen.



Wir, die wir dieses Flugblatt gemacht haben, arbeiten in verschiedenen Hamburger Betrieben. Uns verbindet vor allem, daß wir die Schnauze voll haben von Lohnverzicht und Arbeitshetze und darüber hinaus die Einsicht, daß wir die Sache selbst in die Hand nehmen müssen.
Wir wollen eine Anlaufstelle sein für alle, denen es ebenso stinkt. Wir wollen Erfahrungen austauschen, praktische Schritte überlegen, uns gegenseitig unterstützen, Informationen sammeln, Betriebsgruppen aufbauen.
Unmittelbar vorstellen könnten wir uns im Herbst eine Kampagne für "Nachschlagszahlungen" wenn in den betrieblichen Diskussionen sich die Stimmung in die Richtung bewegt. Bis dahin wird wohl auch dem/ der letzten klar, daß wir mal wieder übern Tisch gezogen wurden.
Meldet Euch mal, gebt das Flugblatt weiter, diskutiert es.

Wir treffen uns: montags ab 19 Uhr in der Thadenstr. 118 (Souterrain) in Hamburg 50 /Altona.

Wilde Katze Hamburg

V.i.S.d.P.: F. Zappa, Stresemannstr.125, 2000 Hamburg 50

Auf der Suche nach der unsichtbaren Frau

Sklaverei und Widerstand in Jamaika



Die Rolle der schwarzen Frau im Widerstand gegen die Versklavung verlangt dringend nach einer Neuinterpretation. Am Beispiel Jamaika spürt Stella Dadzie die zahllosen Frauen auf, die zwischen den Zeilen der eurozentristisch und sexistisch verzerrten Geschichtsschreibung unterdrückt wurden, und rekonstruiert den vermutlich realeren Beitrag der Sklavinnen auf dem Wege zur Emanzipation. Anhand der Aspekte Produktion, Reproduktion, Subversion und Kultur arbeitet sie deren geschlechtlich determinierte Widerstandsstrategien heraus und bemüht sich, die gängigen Klischees über die schwarze Frau in der Versklavung richtigzustellen.

Jamaika erlebte nicht nur mehr Sklavenaufstände als alle anderen westindischen Kolonien, sondern die Maroons (1) ließen das Pflanzer-Establishment von der ersten spanischen Besiedlung an nicht zur Ruhe kommen. Kein Wunder — die Struktur der Zukkerplantagenwirtschaft in Jamaika brachte eines der inhumansten agro-industriellen Zwangsarbeitssysteme hervor, das die Geschichte kennt.

Durch den Sklavenhandel kamen fast ebenso viele Frauen wie Männer von Afrika in die britischen Zuckerkolonien. In der Beschäftigungshierarchie der jamaikanischen Plantagenökonomie hatten die Sklavinnen in der Regel jedoch nur Zugang zu den niedrigsten und am meisten ausbeutenden Arbeiten. Bei der zermürbenden, monotonen Arbeit auf den Zuckerrohrfeldern stellten sie den größten Anteil der Arbeitskräfte, 12 bis 18 Stunden arbeiteten sie täglich in den Mühlen und Kochhäusern der Zuckerproduktion, und als Haussklavinnen waren sie dem sexuellen Mißbrauch der Sklavenhalter in besonderem Maße ausgesetzt.

Da bis Ende des 18. Jahrhunderts afrikanische Sklaven billig in nahezu unbegrenzter Menge importiert werden konnten, lohnte es sich für die Plantagenbesitzer nicht, die Reproduktion der Sklavenbevölkerung zu fördern. Die Frauen wurden deshalb nicht nach ihrer Gebärfähigkeit, sondern wie Männer nach ihrer Arbeitsleistung beurteilt und behandelt. Bei Folterungen nahm man selbst auf bestehende Schwangerschaften oder Mütter von Kleinkindern keine Rücksicht.

Der fortwährende physische Mißbrauch von Frauen war ohne Zwangsmaßnahmen nicht durchzusetzen. Die Rede von der bevorzugten Stellung der Frauen aufgrund der ihnen unterstellten sexuellen Beziehungen zur Pflanzeraristokratie entpuppt sich damit als blanker Zynismus. Die patriarchalische Geschichtsschreibung hat die traumatischen Implikationen täglich drohender Gewalt, der die angeblich „privilegierten" Haussklavinnen — im übrigen auch von schwarzen Männern — betroffen waren, ausgeklammert oder verharmlost. Dagegen schrieb sie Frauen promiskuitive Neigungen zu — nichts anderes als eine Schuldzuweisung an Frauen zur Verschleierung gewaltvoller sexueller Exzesse der Pflanzerklasse.

Man kann davon ausgehen, daß den meisten Sklavinnen keine Vorteile aus den Verbindungen mit ihren weißen Herren erwuchsen, da ihre Verfügbarkeit ohnehin erzwungen werden konnte. Das weitverbreitete Bild von der begünstigten Mulatten-Konkubine, die aus eigenem Profitdenken mit der Pflanzerklasse kollaboriert, stellt nur eine mögliche Facette der Wirklichkeit dar.

Durch den sexuellen Aspekt erhielt die Ausbeutung der schwarzen Frau eine zusätzliche Intensität, die sie motivieren mußte, jedes Mittel auszuschöpfen, um gegen das System zu opponieren. Tatsächlich gibt es zahlreiche Belege dafür, daß Frauen durch Täuschungsmanöver, Ungehorsam, Streiks und physische Anschläge auf Sklavenhalter mit großem persönlichen Risiko für ihre Befreiung kämpften.

Sklavinnen und Reproduktion: Wahl oder „äußere Umstände"?

Solange der Nachschub afrikanischer Arbeitskräfte unbegrenzt schien, wurde die geringe Kinderzahl der westindischen Sklaven von den Kolonialisten kaum beachtet. Dies änderte sich jedoch abrupt Ende des 18. Jahrhunderts, als der Sklavenstrom zu versiegen drohte und damit das Überleben der Pflanzerklasse in Frage gestellt wurde. Die alarmierte Kolonialregierung betrieb deshalb seit 1788 eine massive geburtenfördernde Politik. Schnell erlassene Gesetze sicherten Plantagenbesitzern, Aufsehern und den Sklaven materielle Vergünstigungen zu, um die Reproduktion ihres menschlichen Kapitals zu erreichen.

Weshalb diese Bevölkerungspolitik ihr Ziel verfehlte, wurde unter zahlreichen Gesichtspunkten diskutiert. Man sah eine Ursache in den Aufsehern, die nach wie vor in skrupelloser Weise maximale Arbeitsleistung aus den Sklaven herauspreßten. Sozialökonomische Erklärungen führten die geringe Fruchtbarkeit der afrikanischen Frau auf schlechte Ernährung und körperliche Mißhandlungen zurück oder brachten sie sogar mit der wachsenden weiblichen Promiskuität in Beziehung.

Aber kein Historiker versuchte bisher, den Einfluß der schwarzen Frau selbst, der immerhin primär Betroffenen, auf den anhaltenden Abwärtstrend der Geburtenziffern hin zu überprüfen. Zahlreiche Hinweise sprechen für die These, daß die geringe Kinderzahl schwarzer Frauen als Ergebnis ihrer bewußten „Fortpflanzungsverweigerung" zu verstehen ist. Schon lange, bevor die geburtenfördernde Politik einsetzte, waren Sklavinnen gegen die Idee des „breedin'for massah" verhärtet. Es war vermutlich ohnehin abschreckend genug, Kinder zu gebären, die zu lebenslanger Versklavung verdammt waren, die häufig früh von ihnen weggerissen und wie Waren verkauft wurden und mit denen sie zum Wohlstand ihrer Unterdrücker beitrugen.

Aus vielen Quellen geht hervor, daß die Frauen über Mittel und Methoden verfügten und auch davon Gebrauch machten, Schwangerschaften und Geburten zu verhindern. Sie griffen dabei auf ihre afrikanischen Kulturtraditionen zurück, in denen sie als Heilerinnen und Magierinnen detaillierte Kenntnisse von Heilmitteln und Behandlungsmethoden besessen hatten.

Das Ausmaß der Abtreibungen läßt sich nicht bestimmen. Aber die Vergeblichkeit des Versuchs, eine sich selbst erneuernde Arbeiterschaft zu erzielen, deutet darauf hin, daß sich die Kolonialherren hier mit Sabotage konfrontiert sahen, der sie hilflos gegenüberstanden. Eine mildere Methode stellten mehrjährige Stillzeiten dar, mit der Sklavinnen erneute Schwangerschaften hinauszögerten.

Empfängnisverhütung, Abtreibung und Kindestötung müssen als bewußte Entscheidung zahlloser schwarzer Frauen und als ihre effektivste Waffe gegen ihre Ausbeutung neu interpretiert werden.

Sklavinnen und Subversion: Die Gewalt aufrührerischer Frauen

Die Quellen ermöglichen nicht, den Beitrag der schwarzen Frauen zu Rebellionen und *Marronage* in seiner vollen Tragweite zu rekonstruieren. Fest steht, daß sie auch an dieser Form des Widerstands partizipierten, denn sie tauchen gelegentlich in Berichten über Plantagenaufstände oder sporadisch in öffentlichen Hinrichtungs- oder Deportationslisten auf.

Das Bild der Frauenrolle wäre aber unvollständig, würde man leugnen, daß sie mitunter momentanes Überleben langfristigen Freiheitsidealen vorzog. Obwohl man Frauen häufig folterte, weil man ihnen kein Durchhaltevermögen zutraute, läßt sich nicht belegen, daß sich Frauen „verräterischer" verhielten als Männer.

Die Mehrheit der schwarzen Frauen mußte sich auf subtilere Methoden des Widerstands beschränken. Sie benutzten ihren engen Kontakt mit den Weißen als Konkubinen und Haussklavinnen, um das System zu unterlaufen. Trotz ihrer schwer faßbaren Präsenz in zeitgenössischen Berichten deutet alles auf eine „Quasheba" (2) hin, die mindestens so scharfsinnig zu täuschen vermochte wie ihr Bruder „Quashie". Das ist umso wahrscheinlicher, als ihr die Intimität mit den Weißen eine einzigartige Einsicht in deren Psyche ermöglichte. Aber Quasheba war mehr als Produkt sexueller und häuslicher Intimität.

Sklavinnen und Kultur: Die Trägerinnen der „roots"

Die kulturelle Situation der Karibik war gekennzeichnet durch das Aufeinanderprallen unterschiedlicher afrikanischer Kulturen mit denen europäischer Siedler und autochthoner Bevölkerungen, sofern diese den „Aufprall" überlebt hatten. Ein großer Teil der

nach Jamaika importierten Sklaven gehörte den Akan-Völkern der westafrikanischen Goldküste an. Daher prägten besonders Akan-Kulturelemente das Glaubens- und Wertesystem, das die Sklaven trotz der enormen Repression zu entwickeln vermochten.

Dieses Bezugssystem enthielt als wichtige Elemente eine hohe Wertschätzung der Frau, eine ausgeprägte militärische Tradition und gemeinschaftliche Überlebensstrategien, in denen Frauen eine aktive und zentrale Rolle spielten.

Am stärksten kommen diese Elemente in dem legendären Ruf der Maroon-Anführerin Nanny zum Ausdruck. Nanny soll in den ersten Maroon-Kriegen die Guerilla-Truppen gelenkt und mit ihren immensen magischen Fähigkeiten unterstützt haben. Die offenkundige Bedeutung von Nanny wirft Fragen nach dem allgemeinen Status der Maroon-Frauen auf. Zeitgenössische Berichte lassen allzu deutlich ihren rassistischen und sexistischen Blickwinkel erkennen, wenn sie die Maroon-Frauen als unterdrückte Minderheit und Opfer von Plantagenplünderungen und krasser sexueller Ausbeutung darstellen. Diese Frauen wählten oft bewußt das Risiko der Flucht von den Plantagen, aber damit auch die Chance der *Marronage*, ein Leben in Freiheit zu verwirklichen.

Trotz des zahlenmäßigen Ungleichgewichts zwischen Männern und Frauen hatten sie eine zentrale Bedeutung für das ökonomische, militärische und demographische Überleben der Maroons.

Die wichtigste Rolle der schwarzen Frau bestand in ihrer Bedeutung als Trägerin ihrer kulturellen Wurzeln.

Die in Afrika geborenen Frauen, die mithalfen, die Bestimmungselemente dieser kulturellen Identität wiederherzustellen, waren, wie Frauen überall, auch ihre Hauptvermittlerinnen. Dies gilt nicht nur für die Maroon-Frauen, die den offenkundigen Vorteil hatten, jenseits der Kontrolle der Pflanzer ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.



aus: nacla

Obwohl die Plantagenbesitzer alles daransetzten, die Identifizierung der Sklaven mit ihrem Herkunftsland zu verhindern, schafften sie es nicht, die frühen (und wo es möglich war, anhaltenden) Bande zwischen Sklavenmüttern und ihren Kindern zu zerstören. Es waren genau diese Bande, durch die die Akan- oder andere afrikanische Kulturelemente an nachfolgende Generationen überliefert wurden.

Die heterogene und unaufhörlich sich anpassende afrikanische Kultur zeichnete sich durch eine enorme Kapazität aus, der eigenen Zerstörung zu widerstehen. Die Kapazität liegt nach Ansicht Braithwaites (The folk culture of the slaves of Jamaica, London, New Beacon, 1974) in ihrer Immanenz begründet. Sie war vom Individuum oder der Gemeinschaft getragen, und nicht wie in Europa in Gebäuden, Monumenten, Büchern etc. externalisiert. Tanz war die afrikanische Architektur, Geschichte lebte durch mündliche Überlieferung weiter. Infolgedessen trug jede/r in die Neue Welt verschleppte Afrikaner/in das Potential der Rekonstruktion in sich selbst und damit die Fähigkeit, auf eine ganze Reihe bemerkenswert komplexer Ressourcen zurückzugreifen.

Eine dieser Ressourcen war ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl, was der in Afrika geborenen Frau seit der frühesten Sozialisation vermittelt wurde. Da sie die sexuelle, häusliche, reproduzierende und wirtschaftliche Sphäre dominierte, besaß sie in ihren Gemeinschaften Prestige und Autorität. Natürlich war diese Situation nicht Bestandteil aller Kulturen, die die jamaikanische Sklavengesellschaft formten. Genausowenig soll das Bild weiblichen Selbstbewußtseins darüber hinwegtäuschen, daß in Westafrika zweifellos die Männer dominierten. Dennoch war es größtenteils ein kulturelles Milieu, in dem die Beziehungen zwischen den Geschlechtern genauestens bestimmt und reguliert waren.

Nach Mathurins Analyse bestimmte nicht Minderwertigkeit, sondern die geschlechtliche Verschiedenheit die Rolle der Frauen in den polygynen (3) westafrikanischen Haushalten. Sie behauptet, daß dieses „matriarchale Erbe" sicherstellte, daß auf den meisten jamaikanischen Plantagen Frauen im Zentrum eines Verwandtschaftsnetzes standen, das seinerseits den Kern der Sozialstruktur bildete, welche die meisten Aspekte der Gemeinschaft regulierte. Verwandtschaftsverbindungen stellten auch die Grundlage des spirituellen Lebens dar. Das Glaubenssystem gründete auf der Beziehung zu den Ahnen und dem Konzept, daß Frauen die wichtigsten Wächterinnen und Vermittlerinnen des Lebenszyklus sind.

Die Erfahrung der Sklaverei und der Kreolisierungsprozeß ließen diese Sichtweise des Selbst und der Gesellschaft nicht unangetastet. Aber die ganze Periode der Versklavung hindurch waren in Afrika geborene und Kreol-Frauen in der Lage, ein Werte- und Glaubenssystem, Rituale und Praktiken an ihre Kinder weiterzugeben, mit deren Hilfe sie die Erniedrigungen der Sklaverei aufrecht überstehen konnten.

Der Status der afro-karibischen Frau in der kolonialen Sklavengesellschaft bedeutete also, daß sie die Trägerin vieler der schwersten Lasten war. Aber er gewährleistete auch, daß sie Trägerin der afrikanischen kulturellen Wurzeln blieb.

Stella Dadzie

aus: Race & Class (32/1990)
In dt. Übersetzung und Bearbeitung von Doris Neu in: „blätter des iz3w", Nr. 173, Mai 1991.

Anmerkungen:

(1) Mit „Maroons" (von span. „cimarrón" = wild) werden die entflohenen Sklavinnen und Sklaven bezeichnet, die in den schwer zugänglichen Gebieten Jamaikas Gemeinschaften gründeten. Sie führten einen jahrhundertelangen Guerilla-Krieg gegen die Kolonialherrscher.

(2) Das Twi-Wort (Akan-Sprache) „Quashie" bzw. „Quasheba" (= „am Sonntag geboren") bezeichnete Sklaven und Sklavinnen, die die Fähigkeit besaßen, die Weißen zu täuschen und eine Form der Sabotage. Die Figur des männlichen „Quashie" wurde zum Symbol des Sklavenwiderstands.

(3) Eheform, bei der der Mann mehrere Partnerinnen hat.

Das rebellische Eigentum

Vom Kampf der Afroamerikaner gegen ihre Versklavung

„Wir dürfen nicht verkennen, daß ihr erstes Lächeln gegenüber dem weißen Mann zugleich das erste Anzeichen ihres Eigensinns war."
(Julius E. Lips)



Im überwiegenden Teil der Literatur über afroamerikanische SklavInnen werden diese als ein historisches Objekt beschrieben, das Opfer „weißer" Aggressionen ist und selbst niemals handelt. Diese Vorstellung von AfroamerikanerInnen als ohnmächtige Opfer ihrer Ausbeuter widerlegt Peter Martin in seinem sehr spannend geschriebenen Buch: „Das rebellische Eigentum" unter zur Hilfenahme vieler zeitgenössischer Quellen. Von Anfang an wurde der Sklavenstatus nicht einfach hingenommen. Eine große Bandbreite von Widerstandsformen zeigt den Kampf der SklavInnen für Gerechtigkeit und Würde, deren Zielsetzung das kulturelle Überleben beinhaltete. Der Macht der Sklavenhalter wurden somit durch passive und aktive Widerstandsformen, deren Form und Intensität von den jeweiligen Situationen abhing, Grenzen gesetzt. Im folgenden soll die Vielfalt der Aktionsformen, die die Versklavten entwickelten, aufgezeigt und teilweise näher beschrieben werden.

Der durchgehend ausgeübte passive Kampf bestand in der Anpassung der SklavInnen an ihre vorgegebene Situation. Denn ein unauffälliges Verhalten ermöglichte den plötzlichen Einsatz aktiverer Formen, wie beispielsweise Schiffsmeutereien, Flucht etc., was für die Sklavenhalter sehr überraschend kam und deswegen von deren Seite aus oft nicht zu verhindern war. So wird die Anpassung in diesem Sinne nicht als eine Antithese der Rebellion, sondern als eine Rebellion mit anderen Mitteln verstanden.

Andere Möglichkeiten sahen die SklavInnen darin, sich während des Transports auf den Schiffen noch in der Nähe der afrikanischen Küste totzustellen, um über Bord geworfen zu werden und somit zum Land zurückschwimmen zu können. Sofern sie sich schon auf den Plantagen befanden, täuschten sie Krankheiten vor, arbeiteten bewußt untüchtig und setzten zahlreiche Formen der Betriebssabotage ein. Zur gegenseitigen Verständigung wurde eine Schlüsselsprache entwickelt. Und über größere Entfernungen, z. B. zwischen verschiedenen Fincas, nutzten die SklavInnen sehr oft Trommeln, die deshalb aufgrund ihrer Funktion als Nachrichtenübermittler durch die unterschiedlichen Trommelklänge auch „talking drum" genannt wurde. Offiziell genehmigte Feiertage mit Musik und Tanz stellten bei den Unterdrückten Voraussetzungen zur Ausübung der kuturellen Freiheit dar. Hier konnte der ursprünglichen sozialen Organisation Ausdruck verliehen werden, da beispielsweise eine bestimmte Trommel nur von einem Häuptling gespielt werden darf. Andere Trommeln waren wiederum anderen sozialen Stellungen vorbehalten. Diese Bewahrung des kulturellen Erbes fiel in den Augen europäischer Beobachter nicht auf. Um den widrigen Lebensbedingungen untereinander Ausdruck zu verleihen, wurden Spottlieder gesungen oder Geschichten erzählt, manchmal wurden die Sklavenhalter sogar mit List und Tücke hintergangen.

Persönliche Formen, die sich gegen das Leben stellten, das die AfroamerikanerInnen nicht bereit zu leben waren, finden sich im Selbstmord, der auf dem religiösen Hintergrund basiert, daß man mit dem Tod wieder in sein Heimatland zurückkehrt. Viele Sklavinnen ließen Abtreibungen machen oder töteten ihre Kinder in den ersten Lebenstagen, um sie so vor einem Leben in der kolonialen Sklavengesellschaft zu bewahren.

Der aktive Kampf gegen die Unterdrückung setzte oftmals schon bei der autochthonen Bevölkerung in Afrika an, die sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Handel menschlicher Ware widersetzte. Schiffsmeutereien waren keine Seltenheit, und auf den Plantagen fanden viele Sklavenhalter den Tod, da die AfroamerikanerInnen durch die Werkzeuge in gewisser Hinsicht bewaffnet waren oder aber ihre Ausbeuter vergifteten. Weiterhin spiegelte sich der Widerstand in der Erschwernis des technischen Fortschritts und somit auch in einer Produktionsunterbindung wider. Neuere und spezialisiertere Geräte und Werkzeuge kamen nicht zum Einsatz, da sie von den SklavInnen ruiniert wurden.

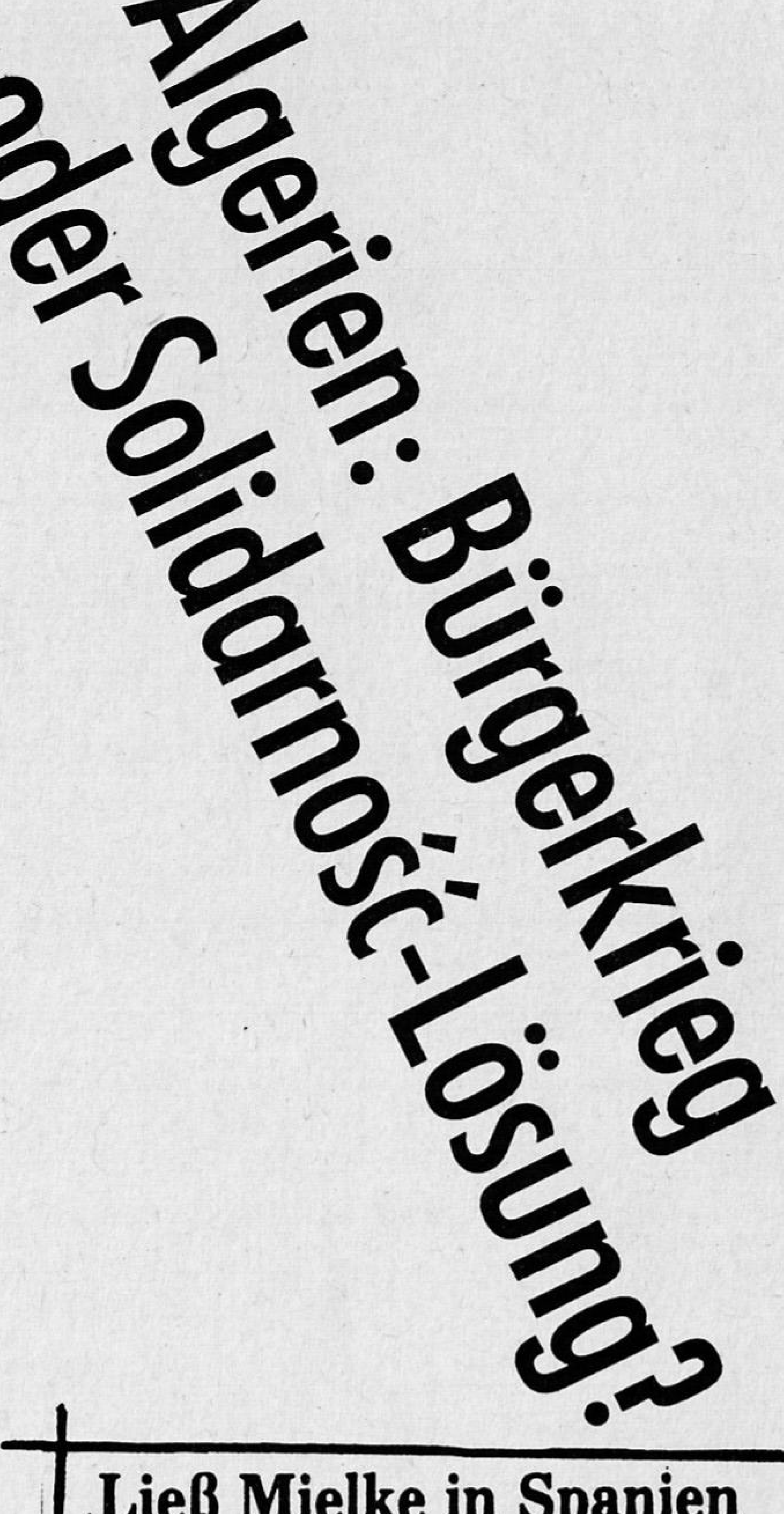
Der Tanz diente nicht nur als Ausdrucksmittel sondern auch als im ersten Augenblick unauffälliges Angriffs- bzw. Verteidigungstraining. Zu solchen Kampftänzen gehören beispielsweise der *mani*, ein Tanz mit Faustschlägen, der *mousondi*, als Stocktanz und der *capoeira*, bei dem man die Füße als Kampfmittel einsetzt.

Das wohl effektivste Mittel zur Erlangung der Freiheit war die Flucht, wobei sich die Flüchtlinge in zwei Gruppen aufgliedern lassen: Die *cimarrones* waren unstet durch die Wälder streifende EinzelgängerInnen, und die *apalencados* hingegen wohnten mit mehreren SchicksalsgenossInnen zusammen in befestigten Buschsiedlungen, sogenannten *palenques*. Die letzteren verfügten über eine eigene Waffenproduktion und stellten zur Verteidigung Fallen und Geschosse auf. Beide Flüchtlingsgruppen raubten in gewissen Abständen Dinge, die sie benötigten aber selbst nicht herstellen konnten, von den Haciendas.

Alle diese Beispiele zeigen auf, daß die Macht über das „menschliche Eigentum" niemals uneingeschränkt bestand. Der Widerstand der AfroamerikanerInnen spielt bei dem weltweiten Kampf der unterdrückten kolonialen Völker eine wesentliche Rolle.

Marion Meyers

Peter Martin
Das rebellische Eigentum. Vom Kampf der Afroamerikaner gegen ihre Versklavung
Junius, 1985, 320 S., DM 34,-
Fischer TB, 4370, 1987, 316 S., DM 19,80



Der französische Islamforscher Bruno Etienne über Islam und linke Ignoranz und über Algeriens Perspektiven nach dem Staatsstreich

Bruno Etienne: Lassen Sie mich die Eröffnung machen. Wir gewinnen Zeit, wenn wir gleich drei Lügen und Mißverständnisse ausräumen. Erstens stehen wir in Algerien vor einem Staatsstreich und nicht, wie man uns weismachen will, vor einer „verfassungsmäßigen Aktion zur Rettung der Demokratie". Der Coup von Algier hat den ganzen Maghreb in eine brandgefährliche Situation gestürzt.

Zweitens hat nicht die Armee geputscht — sie hält die Macht seit drei Jahrzehnten — sondern der militärisch-industrielle Komplex: ein kleiner Unterschied. Die Kapitalisten-Generäle fürchteten um ihre wirtschaftlich dominierende Stellung und um ihre Privilegien.

Drittens sagt man uns, das algerische Volk sei nicht reif für die Demokratie. Das sind die alten Kolonialphrasen. In Algerien hat die FLN (ehem. Staatspartei) die Demokratie getötet. Wir wissen, daß Unterentwicklung Diktatur produziert. Aber es gilt auch umgekehrt: Diktatur produziert Unterentwicklung. Algerien ist ein gutes Beispiel.

In Algerien gab es immer Formen nichtparlamentarischer, tribaler Demokratie. Selbst unter den französischen Kolonialherren haben die AlgerierInnen gewählt, wenn auch unter Einschränkungen und für ein Pseudoparlament. Im Widerstand gab es Demokratie, insbesondere unter Einschluß der Frauen. Und was ist, wenn heute der „Majlis En-Schura", der Rat der Islamisten, die normale Form algerischer Demokratie wäre?

taz: ***Sie waren vom Wahlsieg der Islamisten nicht überrascht — im Gegensatz zu den Generälen, die glaubten, die Islamische Heilsfront FIS erschüttert zu haben.***

Unsere Forschungsarbeit in Aix zeigt seit Jahren, daß die Islamisten die dominierende gesellschaftliche Kraft in Algerien geworden sind. Und wir sagen, daß es dafür gute Gründe gibt. Das wurde uns lange vorgeworfen; man hat unsere Analyse mit einer Parteinahme verwechselt. Was mich an den Wahlen aber erstaunt hat, war die hohe Stimmenthaltung. Sie zeigt zum einen, wie desillusioniert die AlgerierInnen gegenüber ihrer politischen Klasse sind. Zum anderen sind offenbar viele unserer linken Freunde nicht zur Urne gegangen, weil sie gedacht haben, die FLN werde die Wahlen einmal mehr gegen die Islamisten manipulieren. Unsere Freunde waren in Zeralda oder Paris, um Neujahr zu feiern — eine totale Inkohärenz. Sie wissen nicht mehr, was ein Algerier ist. Ich glaube, daß ein Gutteil der algerischen Linken immer noch nicht erkannt hat, was die FIS ausmacht.

Bleiben wir einen Moment bei den „guten Gründen", die bewirkt haben, daß sich heute eine Mehrheit in den Islamisten erkennt. Da ist einmal die verheerende Wirtschaftslage: hohe Arbeitslosigkeit, explodierende Preise, zerfallendes Sozialsystem...

Das alles spielt eine Rolle. Der junge Algerier findet trotz guter Ausbildung keinen Job, lebt mit zehn oder 15 Personen in zwei Räumen, steht morgens um vier Uhr auf, um die Wasserkanister zu füllen, kämpft stundenlang um ein wenig Fleisch und Gemüse, kann sich kein „morgen" vorstellen und hat vor allem keinen Grund zur Hoffnung, daß sich das zum Guten wenden könnte. Aber die verbreitete These, die FIS ziehe ihren Zulauf aus dem „Lumpenproletariat", greift viel zu kurz. Fast alle FIS-Kandidaten haben Hochschulabschluß. Es sind die „Frustrierten der Arabisierung".

Im Zulauf der Islamisten steckt ein starkes identitäres Moment. Die Identitätsfindung ist der Humus, auf dem der Islamismus wächst. Vor dem Konkurs der Entwicklungshoffnungen und den Niederlagen des arabischen Nationalismus bietet der radikale Islamismus eine messianische, revolutionäre und universelle Alternative an — gegen die okzidentale Hegemonie. Er ist konkrete Hoffnung. Das ist seine Stärke. Das erklärt auch, warum man diesen Leuten einen Gefallen tut, wenn man sie in den Knast wirf. Das Regime hat den FIS-Wahlsieg mit seiner Repression im letzten Juni vorbereitet.

Die Militärjunta will jetzt einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung und dann die langsame Demokratisierung, ohne die Interessen des militärisch-industriellen Komplexes zu gefährden. Kann sie das schaffen?

Nein. Das ist kaum zu machen. Die Außenschuld ist bei 25 Milliarden Dollar, das Barrel Öl bei 17 Dollar und der Dollar auf niedrigerem Stand. Die Islamisten sagen: Gott kennt den Lauf der Zeit, ihr nicht. Interessant, daß ausgerechnet Premierminister Sid Ahmed Ghozali das Wirtschaftswunder bewerkstelligen soll — es war Ghozalis Erdölpolitik in den 70er Jahren, die Algerien in die katastrophale Lage geführt hat. Der IWF wird Algerien nicht helfen. Schaut man genau hin, sind die Islamisten-Revolten in Wirklichkeit IWF-Revolten.

Das Regime hat wenig Spielraum. Niemand will arbeiten, wozu auch? Es gibt keine Perspektive. Drei Viertel sind nach der Unabhängigkeit geboren, geben also Mohammed Boudiaf, dem Präsidenten des neuen „Hohen Staatskomitees", und der Armee wenig Kredit. 70 Prozent haben nichts zu beißen, also auch nichts zu verlieren. Dazu kommen die komplexen Kräfteverhältnisse innerhalb der Nomenklatura, die bremsend wirken. Die herrschenden Klans haben den Staat nicht nur geplündert, sondern aufgekauft und aufgeteilt.

Also droht der Bürgerkrieg?

Wenn man sehr optimistisch sein will, kann man hoffen, daß die Armee ihre politische Macht in sieben bis acht Monaten zur Verfügung stellt und den Taleb Brahimi (ehem. Minister) zu ihrem Kandidaten macht, weil Brahimi die Synthese von Reform-Islam und Nomenklatura darstellt.

Die harte Repression dieser Tage spricht nicht dafür. Mein Szenario ist pessimistischer. Der militärisch-industrielle Komplex glaubt irrigerweise, Algerien ohne die Islamisten regieren zu können. Er strebt die Zerschlagung und das Verbot der FIS an. Der rabiate Abbruch des demokratischen Prozesses stärkt die radikalen Kräfte in der FIS. Sie werden mit Banderillas beginnen, kleinen Attacken mit dem Messer. Die Armee wird hart zuschlagen: Blutbad, Eskalationsspirale, automatische Waffen, Sprengstoff, Stadtguerilla, islamischer Maquis auf dem Land. Ganze Regionen in der Insurrektion. Und — kroatisches Drehbuch — die Kabylei geht unter Ait Ahmed in die Sezession.

Die Frage ist dann, ob die Armee auf die AlgerierInnen schießt. Wir kennen die Obristen und Generäle. Vom Hauptmann an runter wissen wir nicht, wieweit die Islamisten die Armee schon infiltriert haben. Ich gehe davon aus, daß es in den unteren Rängen viel Sympathie für die FIS gibt. Im Iran haben wir gesehen, wie schnell auch eine privilegierte und guttrainierte Armee zerfällt. Die gesellschaftlichen Kosten wären auch bei einer geglückten Repression zu hoch, das Land auf Jahrzehnte in Unruhe, der wirtschaftliche Aufschwung Illusion.

Den einzigen halbfriedlichen Ausgang böte der historische Kompromiß — der islamisch-kapitalistische Maghreb, wie ihn Saudi-Arabien und dahinter die USA und Frankreich wollen: Die FIS übernimmt den Bazar und die moralische Ordnung. Es ist die Solidarność-Formel: Die Islamisten bringen die Leute zur Arbeit zurück, und der kapitalistische Kern bleibt beim militärisch-industriellen Komplex. Frankreich verhandelt schon erfolgreich den Rückkauf der algerischen Erdölfelder.

Unterm Strich könnte man sagen: Die Islamische Republik ist ein unausweichlicher Übergang?

Das wird Ihnen der Politologe Etienne nie laut mit „ja" beantworten. Aber wenn man alles abwägt, ist das der logische Schluß.

Interview: Oliver Fahrni

Bruno Etienne ist Arabist und Professor für Politologie in Aix-en-Provence und Istanbul und hat lange in Algerien gelebt.

Ließ Mielke in Spanien Abweichler liquidieren?

Berlin. ddp

Der frühere Chef des Ost-Berliner Aufbau-Verlages, Walter Janka, hat dem früheren Stasi-Minister Erich Mielke vorgeworfen, er habe im spanischen Bürgerkrieg nicht-linientreue Kämpfer der Internationalen Brigaden liquidieren lassen. Er selbst sei damals von Mielke in einem strengen Verhör auf seine politische Zuverlässigkeit überprüft worden, sagte Janka gegenüber dem „Kurier am Sonntag". Mielke habe ihn auch verhört, als er 1956 wegen angeblich parteischädigenden Verhaltens in Bautzen inhaftiert worden sei. Dabei habe er damals „nicht anderes gemacht, als Reformvorschläge für einen besseren Sozialismus freimütig zu äußern".

Verfahren gegen Mielke wegen Mordes eröffnet

wa. BERLIN, 5. Dezember. Der frühere DDR-Minister für Staatssicherheit, Mielke, wird sich wegen Mordes an zwei Polizeibeamten und versuchten Mordes an einem weiteren Polizisten vor einer Schwurgerichtskammer des Berliner Landgerichts verantworten müssen. Die 23. Große Strafkammer hat jetzt die bereits 1934 gegen ihn erhobene Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen. Die Staatsanwaltschaft war im August zu dem Ergebnis gelangt, daß das 1931 verübte Verbrechen nicht verjährt ist.

Mielke wird zur Last gelegt, am 9. August 1931 am Bülowplatz in Berlin zusammen mit dem Techniker Ziemer die Polizeihauptleute Anlauf und Lenck getötet zu haben. Während Mielke und Ziemer sich dem Verfahren damals durch Flucht in die Sowjetunion entziehen konnten, wurden weitere 23 Mitglieder des kommunistischen „Parteiselbstschutzes" als Mittäter zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Wann der Prozeß gegen Mielke beginnen kann, ist noch offen.

* wichtig * wichtig * wichtig * wichtig * wichtig * wichtig * wichtig *

Liebe Leute, liebe GenossInnen
in den Städten und Dörfern !

Jetzt endlich, nach langen Verzögerungen die Einladung
zum
Bundesweiten
V O R B E R E I T U N G S T R E F F E N
für den" Aktionstag gegen die DVU" am 14.3.92 in Passau

Das Vorbereitungstreffen findet am : **Samstag den 15. Februar**

in Offenbach im **Zentrum 3**
Frankfurterstr.62
Hinterhaus **statt.**

------------Beginn ist pünktlich um 12.00 Uhr --------------------

Es ist absolut wichtig, daß ihr uns Bescheid gebt, zu wievielt ihr kommt (wg. Volxküche) und ob ihr evtl. Pennplätze braucht !!!!!!!

Wir finden es wichtig, daß die Delegierten unser Konzept und unsere Vorschläge (soweit schon bekannt) schon vorher in ihren Zusammenhängen diskutiert haben. Wir freuen uns zwar über die Einschätzungen und Beiträge von Einzelpersonen, wichtiger finden wir aber eine Wiedergabe der Stimmungen und Ergebnisse der Diskussionen in den einzelnen Städten und Dörfern. Damit sollte auch gewährleistet sein, daß die Informationen vom Vorbereitungstreffen auch wieder möglichst viele Antifas erreichen. Außerdem wollen wir uns ausführlich über das Delegiertensystem während des Aktionstages unterhalten, es wäre also von Vorteil, wenn ihr euch auch darüber in euren Zusammenhängen schon mal Gedanken macht. Von daher fänden wir's auch gut, wenn ihr euch schon auf die Leute geeinigt hättet, die Delegierte machen können.
Wir haben versucht so viele Städte wie möglich, schon vor dem Vorbereitungstreffen zu besuchen. Bei einigen scheint es fast unmöglich an irgendwelche Adressen ranzukommen, bei anderen mangelt es extrem an Spontanität in Bezug auf Besuchstermine.
Wir fänden es übrigens auch total wichtig, daß auch die Städte nochmal kommen die z.b. schon in Mainz waren. Bitte schickt uns doch falls ihr nicht aufs Vorbereitungstreffen kommen könnt und trotzdem an weiteren Informationen interessiert seid eine Karte (oder so) und wenn möglich eine Tele-Nummer über die wir euch auch kurzfristig erreichen können.
Wenn wir nichts mehr von euch hören oder sehen, fliegt eure Adresse aus unserem Verteiler raus (Geld wird knapp !)

Also nicht vergessen : Vorbereitungstreffen am 15.02.92 in Offenbach
+ Karte abschicken !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Mit antifaschistischen Grüßen

Autonome Antifa Passau

Für weitere aktuelle Informationen haben wir ab **So 19.1.92** ein Infotelefon eingerichtet.
Dieses Telefon ist Mittwochs und Sonntags von **18-20 Uhr** besetzt. **TELE: 0851/ 36480**
Das Telefon ist wirklich auch nur zu diesen Zeiten von uns besetzt!!

Unsere Adresse: BBS
Gottfried-Schäffer-Str. 6
8390 Passau

B U N D E S W E I T E S   V O R B E R E I T U N G S T R E F F E N   !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Betrifft Videokino Anschlag:

Die Entscheidung, die Veranstaltungshinweise des Videokinos "Anschlag" vorerst nicht mehr aufzunehmen, entstand bei uns durch 2 unterschiedliche Informationen.
1. Der Film "Deutschland Privat" wurde vom "Anschlag" (?) in der Zitty ungefähr mit dem Untertitel "Videohomeporno" angekündigt.
2. Eine Aktion von Frauen, die versucht haben die Aufführung des Films zu verhindern, wurde von den VeranstalterInnen ignoriert.
Beide Informationen waren zwar relativ vage, reichten für uns aber aus, eine Stellungnahme des Videokinos zur Vorbedingung weiterer Veröffentlichungen zu machen. Von einem "Boykottaufruf" war dabei nicht die Rede. Eine ernsthaftere Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Pornografie bleibt für uns weiterhin eine Grundbedingung für die Veröffentlichung in der Interim.

Kommentar zu den Vorworten Nr 177/178
Umgehen mit Meinungen/Aburteilungen,
und der bisherigen Weigerung der Interim, das Gen-Tech-Programm vom Videokino "Anschlag" abzudrucken.

Zunächst ist zur Nr. 177 aufgefallen:
1- Ihr kommentiert einen Artikel des Antirassistischen Zentrums in der TU (ARZ/TU ; "Wenn 1+1 nicht 2 ist", in der Nr.176), als verharmlosend, dem tatsächlichen Sachverhalt nicht angemessen. Frage: kanntet ihr die Diskussion/seid informiert darüber, daß sich Menschen genau darum einen Kopf gemacht haben,die Diskussion und dessen Ergebnis auf 2 VVs dargestellt wurde und der Text dann genau so veröffentlicht wurde? Wenn nein, ist euer Kommentar der Situation im ARZ/TU nicht angemessen, selbst eine Anmaßung.Wenn ja, habt ihr also eine abweichende Meinung kundgetan - das solltet ihr dann aber fundierter und konkreter in der Diskussion mit den realen Menschen (ARZ-Plenum,Gespräch,eigenes Papier) tun. So bleibt ihr in eurem Turm, von oben herab, ungerührt, unberührbar von jeglicher Kritik.
2- Ähnlich die herangehensweise beim Videokino "Anschlag", denen ihr den Abdruck ihres Kinoprogramms (bis auf weiteres?) verweigert.
(Vielleicht wegen augenblicklich gerade besonderer Sensibilisierung zum Thema Sexismus, durch aktuelle Ereignisse im ARZ/TU?-Warum wird auf die Veranstaltung um den Film "Deutschland Privat" erst jetzt, nach mehr als zwei Monaten reagiert?)
Hier die Frage an euch: seid ihr informiert gewesen über den Ablauf und die Diskussionen vor/während/um die Veranstaltung?
(weder in den Interim-Nummern vorher, noch in der Besetzer Zeitung wurde bisher darauf eingegangen. Die Schilderung vom Kino "Anschlag" in der Nr.178 gibt unserer Meinung nach die Situation realistisch wieder. Bliebe nur noch hinzuzufügen, daß einige der Porno-boykottierenden Frauen vom Veranstaltungsabend weiterhin oder wieder das Kinoprogramm im "Anschlag" nutzen.Dies als Hinweis zum Stichwort "differenzierte Umgehensweise", womit gemeint ist, daß, die Filmaufführung zu verhindern, nicht heißen muß, das gesamte Kino abzuschreiben.)
Wenn nein: ihr nehmt doch sonst nicht jedes Gerücht auf, packt es in die entsprechende Schablone und macht auf diesem Bild eure Aburteilung!
Wenn ja: habt ihr also auch dazu eine eigene andere Meinung als das beschuldigte Kinokollektiv.
Hattet ihr eure Urteil darüber aber schon, bevor sie schriftlich reagiert hatten.
Jedenfalls setzt ihr im Vorwort Nr.178 nur noch die letzte Klatsche an,sprecht euer Urteil, setzt Sputnik, Eiszeit,Checkpiont,Anschlag in eins, weil sie alle aus eurer Sicht das Gleiche "begingen".

Wir finden, ihr habt euer Urteil zu leicht gefällt, nach einfachem Schema - haarscharf dann doch an der Realität vorbei - und die "Verurteilten" haben es schwer, sich gegen das von oben herab Gegossene zu wehren.Letztlich liegt in eurer Denunziation dann auch der Buttersäureanschlag oder Farbeier gegen die entlarvten "Vogelfreien" als Konsequenz. Faktisch ist das, was ihr damit betreibt, Spaltung der eigenen Basis (soll's ja auch sein: in die "Guten" und "Bösen") - und das jetzt hier zufällig am Begriff Sexismus, der mich, dich, jawohl, dich auch! genauso trifft.Verdammte platte Heuchelei und Selbstgerechtheit,mit der ihr dabei die Diskussion um das Thema nicht einen Deut weiterbringt.
Die von euch angepißten stellen sich wenigstens mit ihren Auseinandersetzungen den Anfragen. Ihr dagegen seid dabei dem Mythos der Zeitung auf den Leim zu gehen, euch als Instanz zu begreifen, selber zur Legende zu machen.
War das mit eurer "inhaltlichen Konzeption" gemeint, euch als Scene-Sherrifs aufzuspielen?

Wir fordern euch deshalb auf:
--Druckt das Gentech-Kinoprogramm vom "Anschlag" ab
(ist euch klar, was ihr in dem Fall eigentlich boykottiert?
Diese Welt kann niemals so einfach sein, wie ihr sie wohl manchmal gern seht!)
--Enthaltet euch weiterer hingerotzter Kommentare ,bzw. veröffentlicht nur noch fundierte, diskutierfähige Stellungnahmen
(apropos, wie schreibt ihr in der Nr. 177 (sinngemäß): schickt uns doch mal ein paar Texte daunddazu -- ja sind wir denn in der Schule und ihr stellt das Thema? Selbst die Mühe machen, wenn ihr meint, ein Thema sei wichtig!)
--ansonsten als Hausaufgabe: Überdenken der Begriffe "Mythos" "Legende" "Arroganz" "Selbstgerechtheit" "inhaltliche Konzeption"
--oder: Vorworte in den Ordner, getreu eurem eigenen Motto (in der Nr.172):
"Texte, die wir als inhaltlichen Rückschritt ansehen, behalten wir uns weiterhin vor unkommentiert ! (!) im Ordner abzuheften." Grüße an die Wutz!

Die, denen's stinkt

Im Dezember 1991 zeigte das Videokino "Anschlag" (Kreutziger Str. 18) - trotz massiver Kritik von außen - den Porno-Film "Deutschland privat".

Nachdem die Interim sich deswegen weigerte, weitere Termine des "Anschlags" zu veröffentlichen, äußerten sich die "Anschlag"-Menschen schriftlich dazu (s. Interim 178, S. 32).
In ihrem Text setzen sich die "Anschlag"-Menschen aber keineswegs kritisch mit ihrem Tun auseinander, geschweige denn daß sie sich von pornographischen Filmen distanzieren.

Nach diesen Ereignissen haben viele Menschen das Problem, daß sie einerseits nicht mehr ins "Anschlag" gehen wollen, andererseits aber an deren derzeitigen Veranstaltungsreihe zur Gentechnologie stark interessiert sind.

Daher haben wir uns entschlossen, eine ähnliche Veranstaltungsreihe zur Gen- und Reproduktionstechnologie in nächster Zeit an einem anderen Ort zu machen. Ihr hört von uns.

Gegen Pornographie - auch in der "Szene"!

- einige Menschen aus Friedrichshain -

2. Die Debatte um die Steuerung der Einwanderung

Die ganze Breite der Einwanderuns-und Flüchtlingsdiskussion- von Asylrechtsbestimmungen, Ausländergesetzgebung über Einwanderungsquoten bis zu BGS-Einsätzen- spiegelt nur die unterschiedlichen rechtlichen und militärischen Instrumentarien wider, die der Steuerung und Regulation der Einwanderung dienen. Die willkürliche Ausdifferenzierung der MigrantInnen in Asylsuchende, ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge im Status der Genfer Flüchtlingskonvention, Aussiedler etc ist gleichfalls als Selektionsmechanismus eines noch nicht ausgereiften Regulationsmodells zu begreifen. Aber der Kern der dynamischen Debatte besteht gerade darin, neuere Steuerungsinstrumentarien herauszuschälen, die auf die Krise der osteuropäischen Ökonomien und auf den Arbeitskräftebedarf der EG abgestimmt sind. Nur vordergründig steht dabei die Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt der Debatte, denn die europäische Flüchtlingspolitik ist nur Teil einer sozialpolitischen Krisenstrategie, die auf die heraufziehenden Konflikte eines deregulierten europäischen Sozial-und Wirtschaftsraumes entworfen wird. Die Einwanderungssteuerung bewegt sich zwischen den beiden Polen von Verwertung (Arbeitsmigration) und Preisgabe zur Vernichtung (Deportation, Ausweisung), zwischen diesen ist eine breite Skala sozialtechnischer Methoden der Einwanderungskontrolle (Verwahrung/Duldung) angesiedelt. Wie die BRD/EUROPA auf die kontrollierte Arbeitsmigration nicht verzichten können (Kontingentarbeitsverträge), so sind sie immer auf eine restriktive/ liberalisierte Einwanderungssteuerung angewiesen.
Einfluß hat die radikale Linke auf diese Debatte nicht. So bleibt ihr nicht mehr, als Kritik des linken Krisenmanagements, der linken Verwalter des Fluchtelends und ihrer elendigen Debatten um eine multikulturelle Gesellschaft und das Offenhalten eines theoretischen Bezugs auf ein soziales Potential, das zum Träger eines neuen antiimperialistischen Kampfzyklus werden kann.

3. Zur Demographiedebatte

Die Frage der demographischen Entwicklung und ihres metropolitanen Reflexes rückt im Zusammenhang mit den globalen Wanderungsbewegungen in den letzten Jahren zunehmend ins Blickfeld der Auseinandersetzung. Populären rechten und linken Erklärungsansätzen ist dabei aber weithin gemein, daß sie dazu neigen, die Frage der Demographie aus dem politisch-ökonomischen Diskurs wahlweise heraus-

Bericht vom 2. NAUP

Am 29.01.92 traf sich zum zweiten mal das Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum, kurz **NAUP**. Einberufen wurde dieses Plenum, um Gruppen, Läden, Inis und Einzelpersonen zusammenzubringen, um den Umstrukturierungsvorhaben in Neukölln geballter den Kampf anzusagen. Vordringlich geht es dabei um die Verhinderung des "goldenen Dreiecks" der Baumafia und der Stadtverplanungsstrategen. Kernstücke diesen Dreiecks sind das geplante "Forum Neukölln" (Konsumtempel an der Flughafen-/Karl Marx Str.) und das 4 Sterne Hotel, plus Bürohochhaus der Bauwert-Spekulanten-Gruppe an der Hermann-/Werbellinstr. (Ausführlichere Infos 18. Neuköllner Kiez Flugschrift bzw. Interim 177 S.35)
Ziel ist die Verhinderung dieser beiden Großprojekte, aber auch der schleichenden, alltäglichen Umstrukturierung. Auch wenn einigen von uns wegen dieses hochgesteckten Zieles leicht schwindelig geworden ist, werden die Chancen der Verhinderung doch positiv eingeschätzt. Denn: Wer klein anfängt, hat die besten Voraussetzungen groß und stark zu werden.
Die nächsten Schritte sind weiter Öffentlichkeit über diese Projekte zu schaffen. So ist ein Plakat, ein Kiezpalaver und Veranstaltungen in der Diskussion. Vielfältige Aktionen sollen diese Infoarbeit begleiten bzw. sie vorbereiten.
Ein Vorschlag war noch, die leerstehenden Kindl-Festsäle an der Hermannstraße als autonomes (Jugend)Zentrum in Besitz zu nehmen. Der hintere Teil der Kindl-Festsäle soll für die Verlegung der Woolworth-Filiale abgerissen werden. Denn da wo jetzt Woolworth steht, soll das 4 Sterne-Hotel hin.
Das NAUP war ein vielversprechender Anfang und weil wir groß und stark werden wollen, sprich noch viel mehr Leute ...

Das NAUP trifft sich jetzt alle 2 Wochen und zwar immer Mittwochs um 20 Uhr. Das näxte Treffen ist am 12. Februar im Stadtteilladen LUNTE (Weisestr. 53).

Kommt soviel ihr könnt!

Eine Wandzeitung zur Umstrukturierung in Neukölln hängt im Syndikat (Weisestr. 56).

ACHTUNG !!!!
ALLE LEUTE, DIE EINE MELDEADRESSE IN DER MARCHSTRASSE ODER IM EINUFER HABEN ODER BIS VOR KURZEM GEHABT HABEN, MÜSSEN DRINGEND BEI UNS VORBEIKOMMEN: SO SCHNELL WIE MÖGLICH.
DAS GILT AUCH FÜR DIEJENIGEN, DIE SCHON BEI UNS WAREN UND SICH IN ABSPRACHE MIT UNS JETZT ABGEMELDET HABEN. KOMMT NOCHMAL VORBEI!
ES GEHT UM VIEL KOHLE FÜR JEDE/N VON UNS!

Einladung zur Vorbereitung einer



Versammlung zur TotalverweigerunG!

Liebe Leute,
auch aus eurem Bekanntenkreis werden bereits Männer zum Zwangsdienst eingezogen, deren individuelle Lösungsversuche nicht hingehauen haben. Wer zuletzt kommt... nimmt dann für 15 Monate Abschied von seiner antistaatlichen Überzeugung und **dient** an einer angenehmen (??? oder nicht?! Schnell suchen!) Zivildienststelle. Wir denken, es gibt keinen Grund, Totalverweigerung nicht zu versuchen. Deshalb laden wir insbesondere alle, die demnächst von Zwangsdienst betroffen sein könnten, dazu ein, mit uns die bald folgende Versammlung vorzubereiten. Nutzt diese Möglichkeit, aus eurer Vereinzelung herauszukommen!

Kommt am Sonntag, 9.2.92 18 Uhr

in den Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53, 1/44. U-Bahnhof Boddinstr.!

Mit diesen Angeboten wird Ihr Wochenende auf jeden Fall schön.

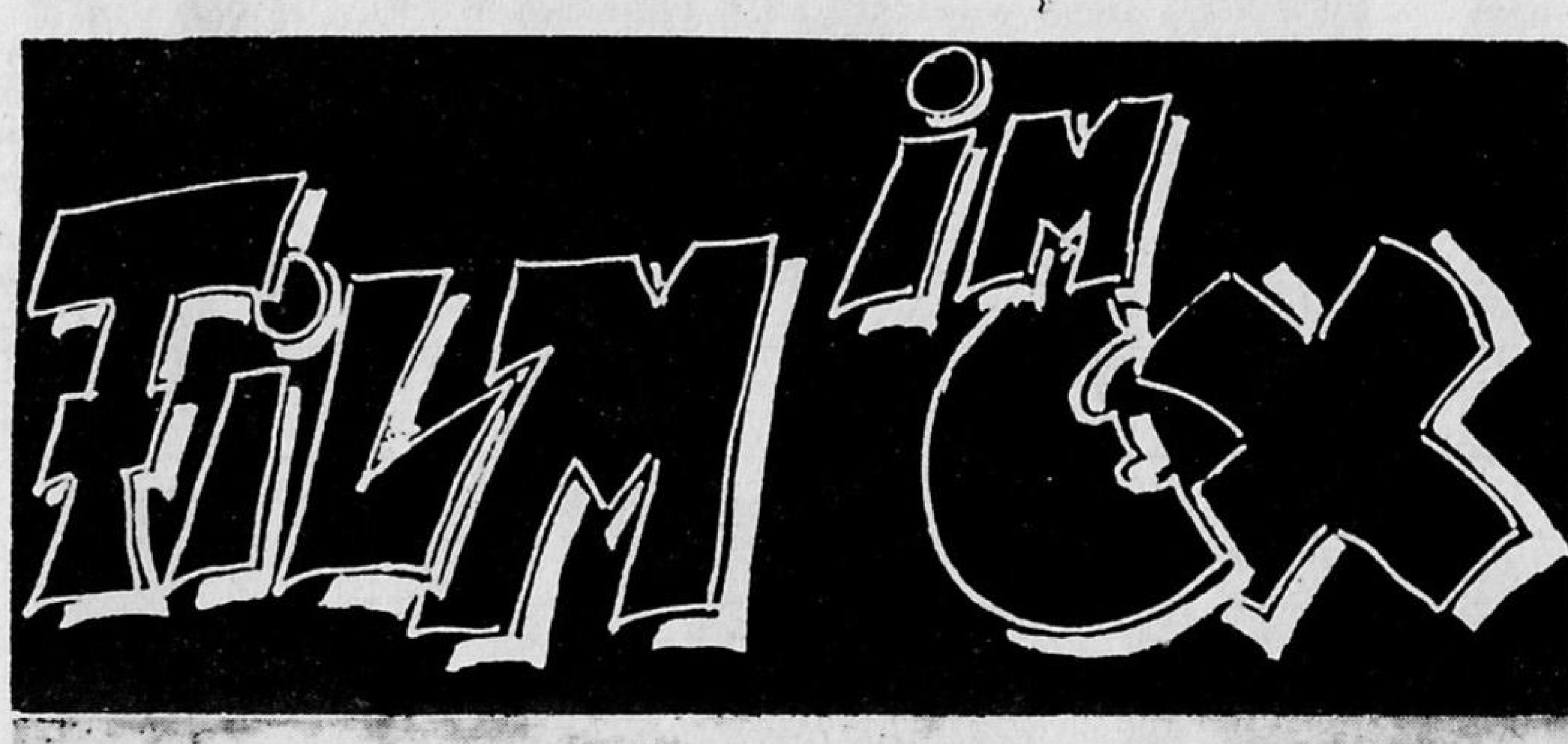
Donnerstag 6.2.

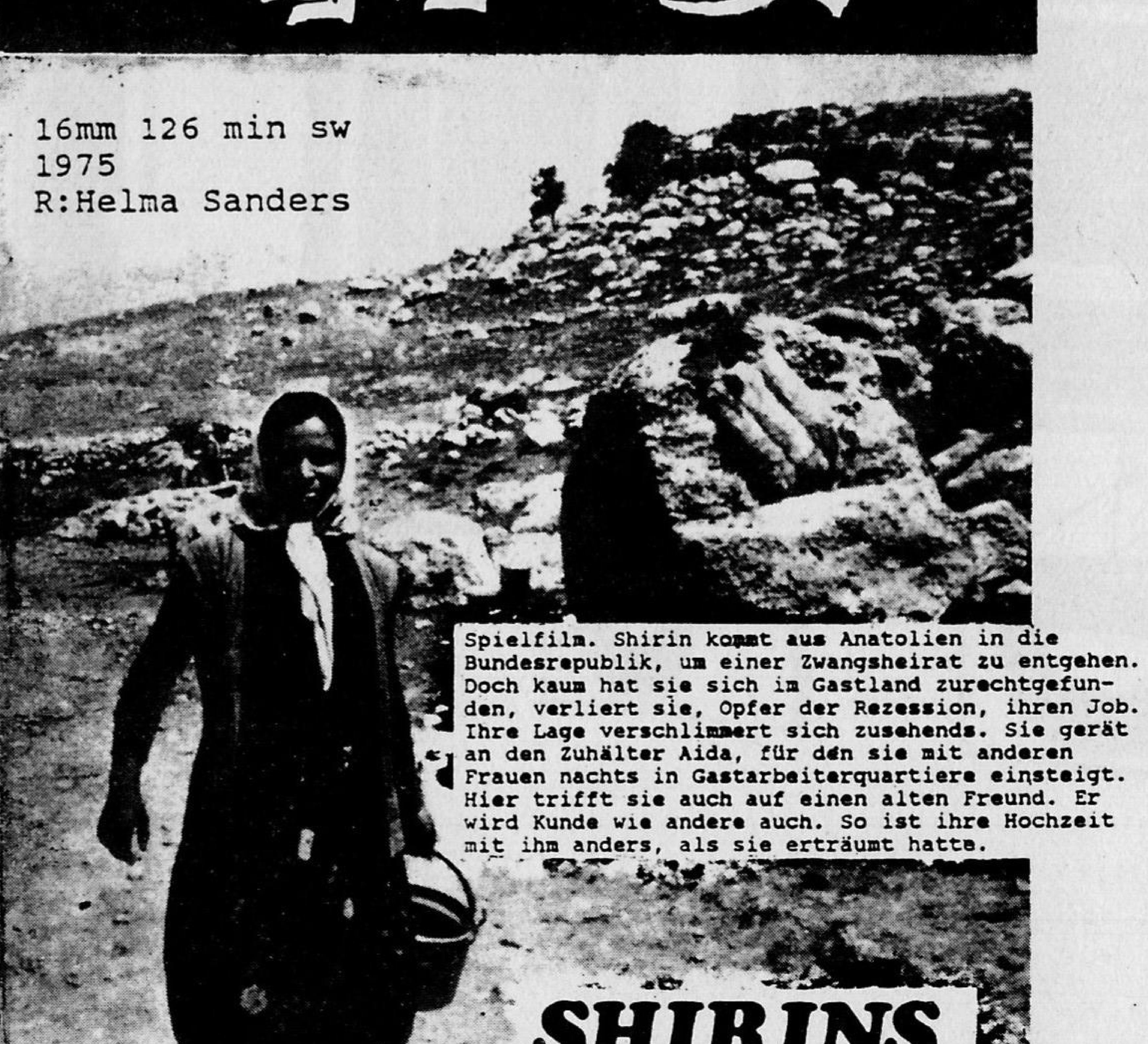
19.00 VV zur DEMO am 8.2., Mehringhof

19.30 Olga Benario, Weserstr.5, 1/44
"Zyankali" Film von F.Wolf (nur für Frauen)
19.00 RATPUB, Kastanienallee 85/86
"Tanja- la Guerillera" Bolivien
20.00 A-Laden, Rathenowerstr.22, 1/21
"Wer ist hier fremd"+"Hochachtungsvoll i.A.P.
21.00 Infoladen Daneben, Rigaerstr.84
"Frame up of Mark Curtis"

Freitag 7.2.

19.00 Stadtteilladen Lunte, Weisestr.53,1/44
"Aufenthalt im Widerstand" (Interviews mit Flüchtlingsfamilien) + Leute vom Antirassistischen Zentrum berichten + Kiezküche
20.30 Cafe Zum Räwier, Schönhauser Allee 20
YOK- Quetschenpaua (Soli-Konzert für Halle)
21.00 Daneben, Kurdistan Info-Veranstaltung mit dem AK Kurdistan





9.2. **HOCHZEIT**



Stammheim - Der Film von Aust
Zeitzeugen: Wie es wirklich war

7. Februar '92 - 17 Uhr
Hochschule der Künste, Hardenbergstraße 33, Hörsaal 158

Samstag 8.2.

12.00 Demo, Potsdamerstr./ Ecke Pallasstr.
Unterstützt die Selbstorganisierung der Flüchtlingen und ImmigrantInnen
10.30 Frühstück im K.O.B.
11.00 LAZ, Crellestr.22 "Spontaneismus und Bewußtsein?/ Kreativität+ Planung?- Seminar
19.00 Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr.1
Die Kampagnen-Party gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
21.00 Daneben, "Einer flog übers Kuckucksnest

Sonntag 9.2.

18.00 Lunte, Versammlung zur Totalverweigerun
20.00 EX, "Shirins Hochzeit"

Dienstag 11.2.

19.31 Olga Benario,"Die freudlose Gasse"
20.00 Clash,Uferstr.13 1/65
Wedding-VV zu aktivem Wahlboykott
21.00 Daneben, "Besos al besos"

Mittwoch 12.2.

19.30 Magnusclub, Bauhofstr.1
Soliveranstaltung mit Cuba
20.00 Lunte, NAUP

Donnerstag 13.2.

9.00 Moabit,Turmstr.91, Raum 571 Prozeß
19.00 RATPUB, P.-Krieg-Reihe "Vatersland"
20.00 A-Laden "Unsere Kinder"
21.00 Daneben"Have you seen la Nueva Mujer?"

Freitag 14.2.

19.30 Clash, Soliveranstaltung zu Kuba

Samstag 15.2.

12.00 Offenbach, Zentrum 3,Frankfurterstr.62
Vorbereitungstreffen zu DVU 14.3.92 in Passau

UNTERSTÜTZT DIE SELBSTORGANISIERUNG DER FLUCHTLINGE UND IMMIGRANTINNEN!!

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

Zeit: SAMSTAG 8.2.92; 12.00 Uhr

Ort: Berlin, Potsdamer.- Ecke Pallasstr.

